

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK &
WELTWIRTSCHAFT

VII. JAHRGANG

2.

HEFT / FEBRUAR 1930

Zur Flottenkonferenz: GADOW: Die wirtschaftliche Seite
der Abrüstung — ULITZKA: Grenzlandministerium —
PLAZIKOWSKI-BRAUNER: Die Tsana-Frage — WEISS:
Zwischen Nedschd und Irak — LANGHANS-RATZEBURG:
Das japanische Reich — ROHDE: Das Internationale
Kupferkartell

BERLIN / KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgeber *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Tel. 480444; *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Techn. Hochschule, Hannover, Scharnhorststraße 14, Tel. Nord 8186 und *Dr. O. Maull*, o. Professor an der Universität Graz, Hilmteichstraße 22, Tel. 2655
unt. ständig. Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Leg.-Rat, o. Prof. a. d. Univ., Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Str. 80 u. Privatdoz. *Dr. Herm. Lautensach*, Gießen, Ostanlage 25. Schriftleitung: *Kurt Vowinckel*, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83, Tel. Pfalzburg 2234

VII. JAHRGANG / HEFT 2 / FEBRUAR 1930

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN:

- * *Erich Obst* *Berichterstattung aus Europa und Afrika* 97
* *Karl Haushofer* *Bericht über den indopazifischen Raum* 101
* *Otto Maull* *Berichterstattung aus der amerikanischen Welt* 110

DEUTSCHE AUSSENPOLITIK:

- * *Reinhold Gadow* *Die wirtschaftliche Seite der Abrüstung und die bevorstehende Flottenkonferenz* 118
Karl Ulitzka *Grenzlandministerium* 125

GEOPOLITISCHE UNTERSUCHUNGEN:

- * *Herma Plazikowski-Brauner*.. *Die Tsana-Frage und das Eindringen der Amerikaner in Abessinien* 128
Leopold Weiss *Zwischen Nedschd und Irak II* 135
Manfred Langhans-Ratzburg *Das japanische Reich geojuristisch betrachtet* . 143
* *Alexander Stelmann* *Mexiko und das übrige Mittelamerika in seiner heutigen geopolitischen Bedeutung* 150

AUS DER WELTWIRTSCHAFT:

- Hans Otto Rohde* *Das Internationale Kupferkartell* 156

LITERATURBERICHT:

- Otto Maull* *Systematisch-erdum spannender Literaturbericht* 164

* *Die Aufsätze enthalten Kartenbeigaben*

EINZELHEFT RM. 2.50

Vierteljahr RM. 6.- / Jahrgang mit Register RM. 25.-

Gebunden RM. 30.— / Register für den Jahrgang RM. 1.— / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke f. den Halbjahresband RM. 2.—

POSTSCHECKKONTO: KURT VOWINCKEL VERLAG / BERLIN 18769 / WIEN 55918

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Reinhold Gadow, Kapitän zur See, Berlin-Schlachtensee, Dianastr. 6 — *Dr. Karl Haushofer*, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — *Dr. Manfred Langhans-Ratzburg*, Gotha, Hindenburgstr. 2 — *Dr. Otto Maull*, o. Professor a. d. Universität, Graz, Hilmteichstr. 22 — *Dr. Erich Obst*, o. Professor a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststr. 14 — *Dr. Herma Plazikowski-Brauner*, Adis Ababa, Abessinien — *Hans Otto Rohde*, Berlin W 35, Derfflingerstr. 11 — *Dr. Hans Joachim Rust*, Hannover, Fundstr. 1b — *Alexander Stelmann*, Studienrat, Ürdingen (Rhein) — *Karl Ulitzka*, Prälat, M. d. R., Ratibor — *Leopold Weiss*, Medina, Hedjaz

**KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83**

Von unserem Marine-Sachverständigen, Kapitän z. See *Gadow*, wird die Flottenkonferenz etwas unter die Lupe genommen: Was treibt die Mächte zur Abrüstung? Sind es innen- oder außenpolitische, sind es ethische Gesichtspunkte? Oder handelt es sich einfach um eine Sparkonferenz? Er kommt zu dem überraschenden Ergebnisse, daß selbst bei günstigstem Ausgang der Konferenz von keinem Land — außer den USA. — mehr als höchstens 10% der Marine-Rüstungsausgaben gespart werden.

Einer der Vorkämpfer des Deutschtums im Osten, Prälat *K. Ulitzka*, M. d. R., weist darauf hin, daß nach dem Ende der Rheinland-Besetzung die Aufgaben des Reiches im Westen keineswegs beendet seien, daß zu ihnen die riesengroße Not unseres Ostens von Oberschlesien bis Ostpreußen trete: er verlangt die Umwandlung des Reichsministeriums der Besetzten Gebiete in ein Grenzland-Ministerium.

Ist es nicht bemerkenswert, daß sich östlich und westlich einer unserer befahrensten Schifffahrtsstraßen, des Roten Meeres, Gebiete erstrecken, die noch kaum von weißer Zivilisation berührt wurden? Daß ein breiter Streifen fast unberührten Gebietes sich vom Persischen Golf bis zur marokkanischen Küste zwischen Europa und das mit Europa schon stark verbundene Afrika legt?

Diesen Ländern am Roten Meer gelten zwei Arbeiten des Heftes: der zweite, aktuelle Teil des ausgezeichneten Aufsatzes von *Leopold Weiss* (Medina): Zwischen Nedschd und Irak und die Ausführungen von Frau *Plazikowski-Brauner* (Adis-Abeba) über die Tsanasee-Frage und das Eindringen der Amerikaner in Abessinien. Es ergibt sich aus ihnen ein klares, unmittelbar an der Quelle gewonnenes Bild davon, wie die Politik der Großmächte um diese Länder spielt, in denen teils politisch, teils — wie vor allem in Abessinien — wirtschaftlich etwas zu holen ist.

Auf eine geopolitisch recht bedeutsame Tatsache weist das weltwirtschaftliche Referat mit einem Aufsatz von *H. O. Rohde* über das Internationale Kupferkartell hin. Er läßt einen Blick tun auf ein Teilgebiet der amerikanischen Vormachtsstellung in der Wirtschaft: wie die großen Kupfervorkommen mehr und mehr in die Hand der USA. geraten, wie der Einfluß immer weiter greift in die verarbeitende Industrie hinein und ihre Krönung nach Schaffung des Kartells in einer schon fast phantastischen Preispolitik findet.

Die Schriftleitung

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika

Das Ergebnis der Haager Konferenz wird parteipolitisch selbstverständlich sehr verschieden beurteilt werden. Aufgabe unserer Zeitschrift dürfte es sein, entsprechend ihrem Grundsatz völliger Überparteilichkeit, nüchtern und sachlich die Tatsachen des Haager Abkommens aufzuführen und die Folgerungen zu skizzieren, die sich daraus für die Struktur der abendländischen Staatenwelt ergeben.

Fußend auf der lügnerischen These von der Alleinschuld unseres Vaterlandes am Weltkriege hat man Deutschland die Lasten des neuen Planes aufgebürdet, nach dem für Jahrzehnte ungeheure Beträge aus der deutschen Wirtschaft zu entnehmen und den Siegermächten zu überantworten sind. Die bisher gezahlten Riesensummen werden Deutschland nicht angerechnet. Das Haager Abkommen regelt endgültig alle finanziellen Fragen, die sich für Deutschland aus dem Kriege ergeben (ausgenommen USA.). Die Revisionsmöglichkeit ist außerordentlich gering. Ein Moratorium kann Deutschland nur im Falle einer Gefährdung der deutschen Währung beantragen. Die Gläubigerregierungen erklären, daß sie nach Inkrafttreten des neuen Planes von ihren „Rechten“ auf Zurückhaltung und Liquidierung des Eigentums deutscher Untertanen, Gesellschaften oder kontrollierter Körperschaften absehen werden. Ungarn erhält seine uneingeschränkte Finanzhoheit zurück, Österreich wird die gänzliche Befreiung von den Tributen und vom Generalpfandrecht zugebilligt.

Absolut genommen stellt das Haager Abkommen eine Ungeheuerlichkeit dar, wie sie die Weltgeschichte bislang nicht erlebt hat. Die Form hat sich gewandelt, der Geist von Versailles aber bestimmte auch die Verhandlungen im Haag. Ob relativ, d. h. unter den gegebenen Umständen, für Deutschland ein günstigeres Ergebnis zu erzielen gewesen wäre, ob man besser daran getan hätte, den ungewissen Dawesplan der ungeheuerlichen Gewißheit des neuen Planes vorzuziehen, ist außerordentlich schwer zu entscheiden und wird je nach der parteipolitischen Einstellung verschieden beurteilt werden.

Snowden hat für die Machenschaften der Kleinen Entente gegenüber Ungarn sehr heftige Ausdrücke gebraucht, und die „Times“ spricht geradezu von Piratentum und Erpressung. Hinsichtlich der deutschen Tribute fand es alle Welt in Ordnung, daß die Lüge von der Alleinkriegsschuld Deutschlands zur Grundlage genommen wurde und unser Vaterland für alle Schulden der Entente an den

Generalgläubiger USA. eintreten muß. Dabei wurden für die maßlosen finanziellen Zugeständnisse Deutschlands nicht einmal politische Kompensationen errungen: keine sofortige und restlose Räumung der Rheinlande, keine Regelung der Saarfrage, keine territorialpolitische Wiedergutmachung an der unmöglichen deutschen Ostgrenze. Auf Schritt und Tritt spürte man das unheilvolle Wirken Tardieus und die Tatsache, daß der Führer der augenblicklichen französischen Abordnung Mitverfasser des Versailler Diktates ist.

Der deutsche Etat der nächsten Jahre mag dank dem Haager Abkommen gerettet sein. Dieser Erfolg aber ist unendlich schwer erkaufte worden. Für Jahrzehnte ist Deutschland versklavt, isoliert und zur Rolle eines Aschenbrödels unter den Mächten der Welt verurteilt worden. Der Lebensstandard des deutschen Volkes wird automatisch weiter sinken, die Etatsnot von Reich, Staat und Gemeinde chronisch werden. Schlimmer fast noch als das ist die Tatsache, daß der großdeutsche Gedanke dank dem Abkommen vom Haag für absehbare Zeit vernichtet ist. Die staatliche Gemeinschaft aller zusammenhängend gesiedelten Deutschen ist zur Utopie geworden durch den klugen Schachzug der Entente, den Österreichern jeglichen Tribut zu erlassen. Mit dem Argument „Anschluß ans Reich bedeutet Teilnahme an den Tributverpflichtungen“ wird die Anschlußfreudigkeit weiterer Kreise des österreichischen Stammes gedämpft bzw. ausgetilgt werden können. Wenn Bundeskanzler Schober demnächst die für Ende Januar geplante Huldigungsreise nach Rom (!) antritt, wird er dort als Repräsentant eines Staates begrüßt werden, der künftighin nicht mehr wider den Stachel der Entente politik zu lösen wagt. Ob diese Neuorientierung für Österreich einen Segen bedeutet, kann allein die Zukunft lehren. Im Interesse des Deutschtums bleibt sie unter allen Umständen tief zu bedauern.

Sehr schmerzhaft berührt weiterhin die Tatsache, daß der von der deutschen Regierung unverständlicherweise geheimgehaltene Polen-Vertrag tatsächlich mit dem Youngplan in Verbindung gebracht worden ist. Es besagt doch wirklich nicht das mindeste, wenn Außenminister Curtius feststellt, daß der Polen-Vertrag juristisch nicht als Element des Youngplanes angesehen werden dürfe. Das ist eine Spitzfindigkeit schwächerer Geheimdiplomatie, denn tatsächlich wird der Polen-Vertrag bei den Akten der Haager Konferenz deponiert, d. h. die verfassungsmäßig zuständige deutsche Volksvertretung darf glücklich wieder einmal Amen und nicht mehr sagen. Gegen ein solches Verfahren muß, ganz abgesehen von den schweren Bedenken gegen den Vertragsinhalt, grundsätzlich schärfster Protest erhoben werden. Will sich die deutsche Reichsregierung denn unbedingt noch mehr Feinde machen, als sie ohnehin schon hat? Ist das Erziehung zu einem gesunden Parlamentarismus, wenn die Regierung als Vorbild zu den ärgsten Methoden der Geheimdiplomatie greift? Die polnische Zusicherung, mit der Liquidation deutschen Eigentums nun endlich haltzumachen, ist im Interesse unserer Volkstumspolitik im Osten natürlich wesentlich. Es fragt sich nur, ob wir, um dieses Ziel zu erreichen, restlos auf alle unsere Rechte und Entschädigungsforde-

rungen gegenüber Polen verzichten mußten. Viele Deutsche, die Erfahrung in Ostpolitik besitzen und die Stimmung der längst schon angerufenen Schiedsgerichte kennen, beurteilen den Polen-Vertrag als ein Machwerk überstürzter Angstpolitik und als eine sehr wohl vermeidbare Schmach. Wie das Deutsche Reich den ihm erwachsenden Verlust an Staatsbesitz (Wert ca. $2\frac{1}{2}$ Milliarden RM.!) verwinden, wie es die vertraglich übernommene Pflicht, die betroffenen Deutschen zu entschädigen, erfüllen wird, bleibt einstweilen rätselhaft. Am Ende, so fürchten wir, wird man auch hier wieder kurzen Prozeß machen und die Grenzdeutschen nach dem Vorbild der Auslandsdeutschen mit unwürdigen Teilbeträgen abspeisen. Das aber wäre ein furchtbarer Schlag für den Osten, dessen Zukunftsbedeutung weite Kreise unseres Volkes einschließlich der Regierung noch immer nicht begriffen haben. Wie gebannt schaut die Mehrheit nach dem Westen und wird nicht gewahr, daß sich unser Schicksal nicht am Rhein, sondern an der Weichsel und Oder erfüllt.

Noch immer können wir es nicht fassen, wie man sich die einzigartige Gelegenheit entgehen und die deutschen Kolonisten aus Rußland nach Nord- und Südamerika weiterziehen ließ. Niemals wieder wird uns ein so gesunder, anspruchsloser und zur Scholle drängender deutscher Menschenschlag zur Ansiedlung im Osten zur Verfügung stehen wie jetzt. Mit relativ bescheidenen Mitteln hätten wir mit Hilfe der deutschen Rückwanderer den völkischen Wall im Osten errichten können, ohne den das Abbröckeln von deutschem Volksboden im Osten unseres Vaterlandes nicht aufhören wird. Wie wir erfahren, sollen im Frühjahr noch weitere Schübe aus Rußland zu erwarten sein. Es kann nicht wahr sein, daß die deutsche Regierung diese neuen Rückwanderer nach Möglichkeit schon in den baltischen Häfen abfangen und gar nicht erst nach Deutschland hereinlassen will. Wo der grausige Ruf „Raum ohne Volk“ mit solchem Nachdruck aus dem deutschen Osten ertönt, haben wir schlechthin die Pflicht, den Rückwanderern aus Rußland mit aller Eindringlichkeit zur Ansiedlung im Osten zuzureden und ihnen den Weg dorthin zu ebnen. Sankt Bürokratius darf mit seinen unpraktischen und falschen Aufstellungen über die Kosten des Siedlungswerkes nicht triumphieren über die lebenswichtigen Belange des deutschen Ostens. Möge das ganze deutsche Volk begreifen, was hier auf dem Spiele steht und welche nie wiederkehrende Gelegenheit wir im Begriff stehen zu verpassen!

Die Staatsmänner, die der Weltpolitik unserer Zeit Ziel und Richtung geben, sind vom Haag nach London geeilt, um an der Flottenkonferenz teilzunehmen. Was dabei herauskommen wird, kann im Augenblick noch niemand beurteilen. Wir rechnen eher mit einer amerikanisch-englischen Rüstungsentente denn mit einer allgemeinen Abrüstung der Seemächte. Die italienische Karikatur, die wir unten wiedergeben, trifft wohl das Richtige, wenn sie das Anlehnungsbedürfnis Englands infolge mannigfacher Empire-Nöte kennzeichnet. In Wirklichkeit handelt es sich dabei keineswegs bloß um die Schwierigkeiten, die Irland, Ägypten (überwältigender Wahlsieg der nationalistischen Wafdpartei) und Indien (Forde-

rung nach absoluter Unabhängigkeit statt der augenscheinlich geplanten Dominionverfassung) bereiten. Dazu kommen das Selbstständigkeitsbegehren im Irak und in Transjordanien, die Schwierigkeiten, die dem Zusammenschluß von Ostafrika begegnen (Gouverneurs-Konferenz von Anfang Januar), die Eingeborenenunruhen in Südafrika und Nigerien und last not least die Versuche der Bolschewisten, die kommunistische Propaganda in England selbst zielbewußt zu organisieren (Gründung des „Daily Worker“). Nimmt man hinzu, daß die französisch-italienische Rivalität im Mittelmeerraum für England alles andere denn gleichgültig sein kann, so begreift man, daß ihm an einem Einverständnis mit USA. in höchstem Maße gelegen sein muß.

Gegenüber dieser werdenden panangelsächsischen Entente unter Führung Amerikas sollte Europa endlich einsehen, daß für seine kleinräumig-nationalegoistische



John Bull, the Wild-beast Tamer:
"Am I taming them or are they
taming me?"

Politik kein Raum mehr in der Welt ist. Die gegenwärtig ausschlaggebende Generation jedoch kann oder will die Probleme unserer Zeit nicht erkennen und beharrt auf Zielen und Methoden der durch den Weltkrieg abgeschlossenen Epoche. Daß darunter auch die afrikanische Menschheit aufs schwerste zu leiden hat, beweist die furchtbare Hungersnot in Ruanda-Urundi (Zwischenseengebiet Deutsch-Ostafrikas). Den Belgiern mußten wir diese volkreichen und wirtschaftsstarken Provinzen unseres ostafrikanischen Schutzgebietes abtreten, weil wir Deutschen angeblich unfähig wären, zu kolonisieren. Was die schon aus dem Kongogebiet her berühmten Belgier in dem ganz anders gearteten Zwischenseengebiet anzurichten wußten, offenbart mit grausiger Deutlichkeit die jetzige Hungersnot, die nach den Worten eines englischen Missionars aus dem einst unter deutscher Herrschaft blühenden Ruanda-Urundi ein „Land der Skelette, der lebenden wie der toten“ gemacht hat. Das Fehlen der Bahn Tabora—Ruanda, die von Deutschland bereits in Angriff genommen war, die Unmöglichkeit infolgedessen, den Hungergebieten rechtzeitig Nahrungsmittel zuzuführen, hat eine Katastrophe ausgelöst, die ein Massensterben und eine Abwanderung von hunderttausend Ein-

geborenen zur Folge hatte (vgl. den Aufsatz von H. Schnee in der „Kolonialen Rundschau“ 1929, Heft 12). Aber was kümmert die Belgier diese grauenhafte Katastrophe, wenn nur sie und nicht etwa die Deutschen als Herren in Ruanda-Urundi walten. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Nach Jugoslawien, über dessen Reformen wir in Heft 12, 1929 berichteten, hat jetzt auch Rumänien sein Staatsgebiet neu gegliedert. Die nebenstehende Karte gibt einen ersten Überblick.



K. HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Allindischer Kongreß in Lahore, 29. 12. 29. als Symptom. — Wichtigkeit guter Journalisten-Beobachtung: Sokolsky; Toynbee (Südostasiatische Inselhäfen); Maurice Larrouy: „Le beau périple“; Colin Roß. — British-Raj-Dominiumszustand oder Unabhängigkeit in Indien? — Verwahrung. — Landheer-Verkleinerung in Japan und Australiens Mißtrauen. — Spottbilderbogen. — Wehrpolitische Sparsamkeit der Sowjets im mandschurischen Eisenbahnstreit im Verhältnis zum Erfolg. — Mitwirkung der Furcht vor sozialen Strömungen. — Verschiedene Formen ihrer Auswirkung bei Kolonialmächten. — Praktische Erfahrung mit Massenbewegungen in China und Indien; Ferngefühl für sie in Japan; China-Literatur und Japans Staatspersönlichkeit als Zeugen. — Gesetzmäßigkeiten? — Notizbuch: Geopolitische Katastrophen in Indien und Wassermangel in Australien. — Wirkung von Hochwasser. — Verkehrs- und Rassenmischungs-Fragen.

Der geopolitisch wichtigste Tag der jüngsten Zeit, mit der stärksten Weiterwirkung, war wohl kurz vor der Jahreswende 1929/30, 29. 12. 29 in Lahore (Punjab, Ind.). Er brachte die Hissung der weiß-grün-roten Flagge (mit dem „charka“, altindisches Spinnrad, als Wahrzeichen) durch den Präsidenten des allindischen Kongresses Pandit Jawaharlal Nehru (den Jüngeren — im Gegensatz zu Motilal Nehru, den Älteren), und die Annahme der von ihm, von Gandhi und Kelkar eingebrachten Beschlüsse. Der Tag bleibt wichtig auch für den indopazifischen Gesamttraum, obgleich die radikaleren Vorschläge von Subash Chandra

Bose (auf Trennung, Gegenregierung und Generalstreik, wie Ämterboykott) mit 131 gegen 89 Stimmen, die Kelkars (auf Streichung der Anerkennung der vermittelnden Rolle des Vizekönigs Lord Irwin), nach einer vorläufigen Mehrheit von 115 gegen 111 Stimmen, bei einer von Gandhi veranlaßten formellen Abstimmung sogar mit 157 gegen 134 Stimmen abgelehnt wurden. Der Kongreß in Lahore war von dem radikalen Drängen der Jugend und einer „nationalsozialistischen“ Stimmung beherrscht, wie wir in Europa sagen würden; der gleichzeitig in Südindien abgehaltene nationalliberale Gegenbund erklärte sich, unter Sir Firuzi Sethna, für den Dominionstatus, aber nicht ohne eine dringende Bitte an die Regierung, die Stärke der Unabhängigkeitsbewegung nicht zu unterschätzen.

Eine wildbewegte Menge von etwa 30000 Menschen, darunter 5000 Frauen, warf sich, den freiwilligen Schutzkordon durchbrechend, in revolutionärer Extase in die Flaggenhissungszeremonie, mit dem Rufe: „Lang lebe die Revolution“ — nach geschichtlichen Erfahrungen eine „*contradictio in adjecto*“. Gleichzeitig demonstrierten 10000 bewaffnet einziehende Sikhs, daß sie nicht mit Allem einverstanden seien, was der Hindukongreß beschließen werde; und die Mehrheit der Islambekenner steht grollend abseits, während die rührigen unter den Fürstenstaaten ihre Interessengemeinschaft mit der britischen Krone betonen. So fehlt es der bedeutenden Geste des Kongresses an der Wucht, die ihr ebenso nötig wäre, wie dem Zentralrat der Kuo-Min-Tang bei der Durchführung der so laut proklamierten Abschaffung der Fremdenrechte um das Neujahr 1930.

Trotzdem unterschätzen wir die Bedeutung der „Flaggenhissung“ des Unabhängigkeitsgedankens nicht; und ebensowenig wird es das britische Labour-Kabinett tun dürfen, dem ein solches Vorbeben eine ernste Mahnung ist. Kommt sie schon zu spät oder ist die angelsächsische Rückversicherung für 21. 1. 1930 schon eine Parade für rechtzeitig durch MacDonald geahnte Entwicklungen?

Wie weit warnende Vorbeben und sonstige Anzeichen vor wirklichen und vor politischen Erdbeben wahrgenommen werden können, das wird noch lange eine strittige Frage sein. Jedenfalls sind Tatsachen bekannt, die bezeugen, daß die Fein- und Fernfähigkeit für solche Ereignisse sehr verschieden, wie auf Tiere, auch auf den *homo sapiens* verteilt ist.

Sicher ist, daß der schwerfällige Apparat der Wissenschaft, der alle herangezogenen Quellenstoffe erst Jahre hinterher völlig durcharbeiten vermag, meist zu spät kommt. Deshalb führen wir immer wieder hellhörige und scharfsichtige Vorreiter der Wissenschaft, besonders Journalisten, mit ihren Funden und Übersichten an, damit sie die pol.-geographische Wissenschaft wie die Zeitgeschichte rechtzeitig auswerten kann, so z. B. einen Leitaufsatz der „Frkf. Ztg.“ vom 28. 12. 29: „Erdbeben im Osten“, mit dem wir in allem Wesentlichen nach unsern eigenen Beobachtungen so sehr übereinstimmen, daß wir unseren Lesern raten, ihn sich zu verschaffen und ihn Wort für Wort zu wägen.

Eine Aufsatzreihe von George E. Sokolsky: „The story of the Chinese Eastern Railway“, fortlaufend seit dem Frühsommer im „North China Herald“,

Shanghai, erschienen und gesammelt von dort zu beziehen, gibt glänzende Streiflichter auf dieses krisenschwangere chinesisch-russische Unternehmen, und die Entwicklungsgeschichte der von ihm unzertrennlichen mandschurischen Politik der Großmächte und Chinas; namentlich im IV. Teil (Russischer Eroberungsanlauf; Britisch-Japanische Allianz; Russisch-Japanischer Krieg); VI und VII (Nachkriegsentwicklung während des russischen Niederbruchs im Fernen Osten); VIII und IX (Washington-Konferenz und Mukdener Abkommen), schließlich die jüngste Entwicklung.

Professor Arnold Toynbee schilderte auf seiner Fahrt zur Konferenz in Kyoto fortlaufend seine Eindrücke dem „Manch. Guardian“ u. a. in einem Kabinettstück: „The isles of the sea“ (Die Inseln der See) das gemeinsame Fremdelement, das „wachstumspitzenmäßige“ und die bodenständige Kontrastfarbe von Bombay, Colombo, Penang, Singapore, Hongkong, den wichtigsten Ausbeutungsinselfhäfen an den „Goldfransen des Bettelmantels“ von Großasien. Hier könnte Banse einige Wünsche nach treffender künstlerischer Kennzeichnung solcher Emporen erfüllt finden!

Wie die britische „Geography as world-power“ nach Fairgrieve und Mackinder und schmiegsamere französische Erdkunde nach Vidal de la Blache, Gallois, Brunhes Martonne („Débats“, 1. 1. 30., F. Poncet) als kulturpolitisches Florett gehandhabt, so unterscheiden sich Toynbee's Fahrtberichte von denen Maurice Larrouy's „Le beau périple“, worunter die Reisebriefe an den „Temps“ (30. 10; 19. 12; beide 1929; 2. 1. 1930) aus Kanton, Hongkong, Peking, Charbin geopolitisch hervorragen. „Es gibt viel mehr als ein China“. — „In keinem andern Land besitzen die Ströme eine so unvergleichliche Bedeutung und Wichtigkeit“. (Man vergleiche die fast einzig und allein auf seiner Yangtse-Beherrschung begründete Macht Chiang-Kai-sheks in Nanking!) „Mündungshäfen sind nicht nur meerüber und stromeinwärts doppelgesichtig, sondern auch noch das Riesenkarawanserei einer ungeheuren schwimmenden Bevölkerung.“ — „Die Außenlehre der Sowjets ist der absolute Nationalismus für alle Völker, die sie in ihren Bannkreis zu ziehen beabsichtigen. Wer ihr widerstrebt, wird als Imperialist, Kapitalist, Feind behandelt.“ „Aber als die Nankinger Regierung den Boden unter sich zittern fühlte, war ihr Gegenstoß, war die Niederkämpfung „terrible, atroce!“ „Und nun wurde Nanking der Imperialist, der Kapitalist, der Feind.“ . . . „Wahrscheinlich sind wir im Zuge (von Peking nach Mukden) die Einzigen, die gezahlt haben. Der Begriff Requisition erreicht in China eine in Europa nie geahnte Ausdehnung, namentlich für jegliche Sorte ziviler und militärischer Beamtschaft im Frei- und Schwarzfahren. Ich stelle das seit Yünnan ununterbrochen fest“. — (In wenig Worten das ganze Leid chinesischer Eisenbahnen!) „Nachtfahrt: langsames Tempo schon zwischen Changchun und Charbin; zwei schwerbewaffnete Draisinen voraus, auf dem Zug in gleicher Uniform Chinesen, Rot- und Weißrussen, die sich tödlich hassen! Jeden Augenblick kann etwas passieren: Chinesische Räuber, weiße, rote Russen! So donnert der Zug über die Sungari-Brücke und steht in Charbin.“ —

Dann geht es kopfüber in das Nachtleben von Charbin! So folgt Aperçu, Causerie, mancher blendende Hieb aufeinander: immer öffentliche Meinung formend, Weltbild gestaltend!

Ähnlich zog vor dem Briten und Franzosen der Deutsche Colin Roß durch die östliche Welt. (Vgl. z. B. Voss. Ztg. 3., 18., 21. Dez. 1929: „Der Stille Ozean als Weltzentrum“ u. a.) Aber wenn er fragt: „Wer weiß in Deutschland etwas von den pazifischen Konferenzen?“ — dann wird er die Leser der Geopolitik wohl ausnehmen müssen! Sie stehen nicht in der Reihe der von Colin Roß beklagten Indolenz gegenüber dem größten Zukunftsraum der Weltpolitik!

Aber wir müssen Colin Roß, Maurice Larrouy und Arnold Toynbee, wie auch dem Japaner Yomato Ishihashi (The Washington Conference and after, Stanford Univ. Press, California, 1928), den Indern Motilal Nehru und Sir Ibrahim Rahimtoola (India Times, 17. 8. 29) mit ihren Verfassungsentwürfen, wohl zugeben, daß diese rechtzeitige Information nicht möglich wäre ohne Journalistenleistungen ersten Ranges. Diese freilich müssen fortwährend verglichen und gegeneinander ausgewogen, zuweilen auch mit dem wissenschaftlichen Fundament untermauert werden.

Was sagt uns nun der überreich zuströmende Nachrichtenstoff über die drei wichtigsten Fragen des indopazifischen Raumes nach der Jahreswende 1929/30, die wir als einen ungewöhnlich entscheidenden Zeitpunkt, schon wegen Indien und China, bezeichnet haben, und wegen Japans Rolle bei der Londoner Konferenz auch für den ozeanischen Teil, nicht nur den festländischen als richtunggebend ansehen müssen?

Für Indien ist — wenn auch ohne die befürchteten größeren Unruhen als Begleiterscheinung — der Dominiumszustand als gleichberechtigtes Glied im Weltreich, mit voller Selbstverwaltung (Autonomie) als letztes der in absehbarer Zeit erreichbaren Ziele verschwunden, denn darüber hinaus ist — zum erstenmal als Mehrheitswunsch — die völlige Unabhängigkeit als Wunschziel aufgestellt worden! Die Amplitude liegt also jetzt nicht mehr zwischen „British-raj“ und „Dominiumszustand“, sondern zwischen nicht mehr haltbarer Fremdherrschaft und utopischer völliger Freiheit, also um den Dominiumszustand als Mindestforderung herum — was ja auch Lord Irwin im Grunde als Nahziel der Londoner Politik anerkannte, wenn es auch MacDonald nicht zuzugeben wagte. Dem Erreichbaren mag der Entwurf Sir Ibrahim Rahimtullahs (Wortlaut: Times of India, 12. 8. 29. gekürzt) vielleicht von allen vorliegenden am nächsten kommen: da man aber in Indien mindestens so viel erreichen will, schießt man weit über das als Wunschziel zu nah gesteckte Ziel der Simonberichte und der indischen Liberalen hinaus und droht mit Gewaltmitteln, die man aber dann doch nicht anzuwenden magt.

Daß wir in der „Geopolitik“ nicht wie hysterische Verehrer hinter Heiligen, z. B. Gandhi, seien sie auch noch so „große Seelen“, darein laufen, sondern sie sachlich als geopolitische Anzeichen werten, sei nur nebenbei — im Hinblick auf leichte Anwürfe in der Tagespresse — gesagt. Was meint ein deutscher Bericht-

erstatter z. B. damit, wenn er uns als „Verehrer von Gandhi“ denunziert? „Verehrung“, z. B. für die mannhafte und vom Standpunkt höchster Würde der Menschheit bewundernswerte Rede Gandhis vor Gericht, und Bewertung politischer Tätigkeit und völkischer Leistung sind doch so verschiedene Dinge, daß man ihre Vermengung wohl nur urteilslosen Köpfen zutrauen sollte. Oder welchen Sinn soll es haben, wenn unbekannte Größen zehn Jahre nachher die Leistungen anerkannter Beobachter und Forscher, wie die Niedermeyers in Persien, bekritteln, die ihre Gegner ganz anders respektieren, als ihre vielleicht innerpolitisch anders eingestellten deutschen Verkleinerer (man lese nur, was Russen und Briten über Niedermeyer, Wassmuth u. a. geschrieben haben, was Lawrence von den aus dem Nahen Osten in unvergleichlicher Haltung abziehenden Deutschen sagt). Wer nicht schon irgendwie persönlich im indopazifischen Bereich, in „Asia Major“ gearbeitet hat und über eigene Anschauung verfügt, der lasse von allzu überheblicher Kritik, sonst wird ihm gesagt werden müssen, daß es immer noch besser sei, kürzere Zeit irgendwo draußen an Ort und Stelle Gefahren und Mühen auf sich genommen zu haben und Selbstgesehenes recht und schlecht zu beschreiben, als nur vom Hörensagen und Bücherausziehen die Männer zu bemängeln, die unter schwierigen Verhältnissen ihr Fell zu Markt getragen haben.

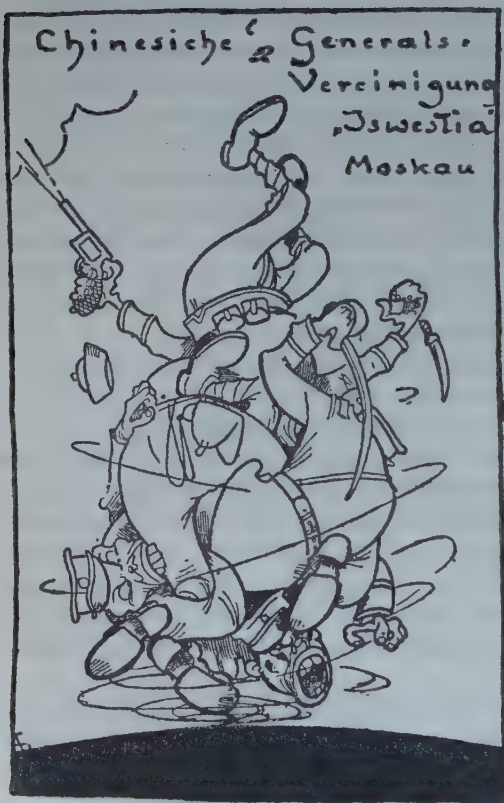
Wer die Festlandmassen der Monsunländer, Indien und China, aus eigener Tätigkeit dort kennt, der wird allerdings über das Zeitmaß (Tempo) der Selbstbestimmungsbewegung in beiden keine genauen Vorhersagen fordern, sondern höchstens Hauptrichtungen und Wendeflaggen ihrer hindernisreichen Bahn gezeigt haben wollen. Zwei solche Wendeflaggen stehen nun unhedingt am Eingang dieses Jahres: die Proklamierung der Unabhängigkeit durch den allindischen Kongreß, der Mindestforderung des gleichberechtigten Dominiumszustandes auch von den britentreuen, konservativen Sirs und Liberalen in Indien, und die gesetzliche Abschaffung der Fremdenrechte und ungleichen Verträge durch China; der „Friede“ zwischen Nordchina und Sowjets mag als dritte, als Zwischenflagge kleineren Ausmaßes erscheinen.

Eine breite — (wohl aus indonesischen und Philippinenerfahrungen der Briten, wie U.S.-Amerikaner heraus zuerst von beiden Angelsachsenmächten als nützlich erkannte) — irische Bank zum Abbremsen südostasiatischer Unabhängigkeitsbewegungen hat sich sicher mit der von MacDonald in dem Bergjagdhaus Hoovers erlangten Rückversicherung zwischen Indiens wie Chinas Augenblickszustand und ihren Enderfolg geschoben. Ihre Festigkeit wird durch Ausgleich der Seemächte mit Japan — falls es in London dazu kommt — wesentlich verstärkt werden, aber Japan spielt selbst um seine Zukunft dabei.

Immerhin wäre die Verkleinerung seines Landheeres um die Hälfte, die als Möglichkeit in die Fernostpresse („Niji“) geworfen wurde, eine große Erschwerung des französischen Standpunkts in Abrüstungsfragen, wie groß man auch die landseitige Sicherheit eines Inselreichs von Japans Art einschätze. So ganz glaubt man übrigens auf den pazifischen Gegenufern die großmütige Geste nicht — was am

besten das australische Spottbild des Hundes („Poor, silly pup!“) beweist, der sich die Zähne hat ausziehen lassen und nun der großen Katze ihren Krallengebrauch als unfair vorwirft!

Daneben ist auf die 214 340 Offiziere und Mannschaften der japanischen Friedensstärke, die 800 000 ausgebildeten Mannschaften der Roten Armee, und die drei Millionen unter Waffen stehenden Chinesen verwiesen; auch sonst triefen die



drei andern, der „Iswestija“, dem „North China Daily News“ (vom 9. 11. 29) und dem „Manch. Guardian“ 10. 12. 29 entnommenen Bilder nicht gerade von unbedingtem Vertrauen der großen Wehrträger der Erde untereinander. Im Zusammenhang damit ist nun, nachdem die für den Druck auf die Mandschurei mobilisierten Teile der Roten Armee teilweise im Triumph als Sieger ohne Blutvergießen durch Nordasien — mit guter Regie — wieder heimgefahren sind, ein Rückblick auf die Kräfte geopolitisch interessant, die man in Moskau für genügend hielt, um den Eisenbahnstreit erfolgreich zu beenden — nachdem man Jung-China mürbe gemacht hatte. Trotz inneren Spannungen hat die Wehrmaschine der Sowjets technisch ausgezeichnet gearbeitet. Man hatte vier Kräftegruppen vorgesehen: 1 Infanteriedivision mit 1 Kavalleriebrigade und einigen Fluggeschwadern von Wladiwostok her, über Progranitschnaja, durch Artillerie aus dem

offenbar wieder besser ausgestatteten Wladiwostok verstärkt; 2 Infanteriedivisionen, 1 Kavalleriebrigade und das Fluggeschwader Nr. 18, aus der Tiefe bis von Irkutsk ausholend, zum Vorgehen über Mandschuli; als dritte Gruppe würde aufgetreten sein die unberechenbar steigerungsfähige irreguläre Streitmacht der Mongolei unter dem dortigen Organisator Kosich: verstärkt durch das Kavallerieregiment von Troitzko-Savsk und die Kavallerieschule der Buriäten Mongolen Republik (400 Säbel) und gemischte Abteilungen der mongolischen Nationalarmee gegen die Strecke Chailar—Tsitsikar, die propagandistisch wahrscheinlich in

HAUSHOFER: BERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

107

Nordchina am meisten gefürchtet worden ist; als vierte und kleinste Gruppe war 1 Infanteriedivision und der Rest des Fluggeschwaders Nr. 19 auf der Linie Blagowjeschtschensk—Charbin vorgesehen. Dazu gesellte sich allerhand technischer Kinderschreck, und außerdem sollten die Sowjet-Kanonenbootflottillen Amur und Sungari säubern. Endlich würden Trupps von kommunistischen Chinesen und Koreanern — (in der Mandschurei sind etwa 760 000 nur sehr zum Teil japanfreundliche Koreaner angesiedelt!) —, sowie sowjetfreundliche Hung-hutzenbanden aufgetreten sein, die sich auf die rückwärtigen Verbindungen, mit dem Schlagwort: „Alle Macht den Räten!“, zu werfen hatten. In vierzehn Tagen



hoffte man, die chinesische Ostbahn wieder im Besitz zu haben, wenn statt friedlicher Lösung die Gewalt hätte sprechen müssen.

Sehr hoch also hatte man, im Vertrauen auf Flugdienst und chemische (Gas-) Abteilungen, den Gegner mit den Vorbereitungen nicht eingeschätzt; 4 Divisionen, 3 Kavalleriebrigaden, 1 Freikorpsgruppe und 2 Fluggeschwader auf einem Grenzraum von 3200 km Ausdehnung, gegen eine Bahn von rund 1300 km Länge angesetzt; das zeigt doch, wie sehr man sich auf die unwägbaren Vorteile, auf die Zersetzung im feindlichen Lager verließ, und wie sehr der ganze Anachronismus des mandschurischen Eisenbahnkriegs ein geopolitischer Widersinn war. Einem starken China gegenüber wird man von Moskau aus schwerlich den Rückkauf der Bahn verweigern; einem schwachen, innerlich haltlosen nur bluffenden gegenüber genügte das bloße Zeigen einer so schwachen eisernen Zange aus vier kon-

zentrischen Ansätzen gegenüber einem strategisch allerdings sehr unglücklich zugeschnittenen Objekt. Daß die Furcht vor der in Südchina ja schon erprobten kommunistischen Organisationsfähigkeit beim Nachgeben in China, aber auch beim Mirut-Prozeß (vgl. Times of India, 7. 12. 1929, S. 2) gegen die extremen indischen Nationalisten in Indien und selbst in Japan eine Rolle spielt, ist sicher.

Damit ständen wir wieder vor einem unverhüllten Anblick des unter der Decke stärksten Antriebs für Handeln und Unterlassen im Indopazifischen Raume; der Angst vor praktischer Anwendung der alten Drohung: „Kann ich die Götter in den oberen Sitzen der Macht nicht beugen, so werde ich die Unterwelt in Bewegung setzen“ („Flectere si nequeo superos Acheronta movebo“). Sie spricht z. B. aus dem schlechten Gewissen des chinesischen Wirtschaftsministers H. H. Kung (Frkf. Ztg. 16. 1. 30). Die Drohung wirkt aber nur, wenn die Mächtigen das unbehagliche Gefühl haben, daß mit den Unteren nicht nur geblufft wird, sondern daß die Geister wirklich in Bewegung gesetzt werden. Das ist der große Unterschied zwischen dem indopazifischen Untergrund in den Monsunländern und Mitteleuropas Zuständen.

Begründete Furcht der Oberen kann entweder zu Gewaltmaßregeln gegen die Unteren, namentlich fremdrassige führen, wie sie z. B. Anfang 1930 die niederländische Kolonialverwaltung gegen die malaiische Unabhängigkeitspartei durch Verhaftung ihrer Führer ergriffen hat. Oder sie kann, wie in den Philippinen, bei einem sehr starken Machthaber, wie US-Amerika, zu dem brutalen, augenblicklich erfolgreichen Versuch des wirtschaftlichen Auskaufs der Führer verleiten, trotz allem japanischen Geschrei über „Die Philippinen als Bedrohung“ (North China Daily News, 1929, S. 213). Danach soll „ehrliebe Abrüstung solange nicht möglich sein“, als diese Inselgruppe „Bestandteil des US.-amerikanischen Reiches ist.“ Das glauben wir allerdings auch! Als Gegenmittel wird ein pazifisches Locarno mit Unabhängigkeitsgarantie für die Inseln (die ja doch eigentlich nicht seefahren und jemand bedrohen können) durch alle, die sie gegenwärtig haben möchten, vorgeschlagen! Eine gemeinsame koloniale Raubmacht-Rückversicherung.

In China und Indien aber hat man praktische Erfahrungen mit Massenbewegungen und ihrer dämonischen Wucht genug, um sie nicht ohne Not wachzurufen; und in Japan fühlt man die Ferngefahr mit der Instinktsicherheit, die dem Inselreich seine fast zweieinhalbtausendjährige evolutionäre Erfahrung verlieh. Man sieht dort seit 1927 das Überwiegen der städtischen Bevölkerung (1927 mit 51⁰/₁₀₀; Urbanismuskrise); man zählte damals 4 1/2 Mill. „Wurzellose.“ Man freut sich wohl auf der einen Seite, daß die, im eigentlichen Burgfrieden (Transpazifik, 19. 9. 29) 2 218 000 Einw. zählende Reichshauptstadt in ihren 15 „ku“ (Vierteln) durch Einbeziehung von 84 Vorstädten und halbverstädterten Dörfern auf ein Groß-Tokyo von 4 880 000 Einw. gebracht werden kann und damit in die engste Reihe der Großameisenhaufen der Erde rückt. Auch der Sieg über Groß-Osaka wäre dann endgiltig, obwohl in der kooperierenden Groß-

stadtgruppe Osaka-Kobe-Kyoto mehr Tradition und natürliche Lebenskraft steckt, die auch große Erdbebensicherheit genießt. Aber man ist doch auch nicht blind für große, labile Dichteschwankungen, für Überspannungsanzeichen, wie denn überhaupt die japanische bevölkerungspolitische Literatur wertvolle Versuchsergebnisse vermittelt. (Englisch u. a. in Auszügen in Veröffentlichungen der Staatswirtschaftlichen Abteilung der Universität Kyoto.)

Aufschlußreich ist schon der bloße Vergleich zwischen der Japankunde und der neuesten China-Literatur: Wegeners ausgezeichnete gedrängter Landeskunde (Leipzig 1930); Kuo Shien-yens und Karl Hinkels: „4600 Jahre China“ (Göttingen 1930) worin mit streng soziologischem Leitmotiv, von hoher ethischer Warte namentlich das Agrar- und Arbeiterproblem (30 Mill.), wie Reservearmee (ca. 15 Mill.) der gelben Erde vorbildlich mit sozialer Einstellung behandelt werden; das vortreffliche „China“ in Bd. IV des Großen Brockhaus; Tchai Tsoun-tchuns mehr geojuristisches Buch, (Paris, Geuthner, 1929), alle mit guten Quellenangaben. Ihr Vergleich mit dem sicheren Grund, auf dem die Japankunde steht, verrät, wie viel leichter es ist, der meerumflossenen fest umrissenen japanischen Lebensform in ihrem Beispielwert beizukommen, als Jung-China, mit seinen fließenden, gleitenden Linien und schwankenden Zahlen und seiner verworrenen sozialen Dynamik.

Auch Hartmut Pipers kühner staatsbiologischer Vergleich der gesetzmäßigen Abläufe in China und Japan — sicher ein interessantes wenn auch gewagtes Vorausgreifen in erst noch zu gestaltende und in ihren „Gesetzen“ erst noch zu belegenden Lebensformbetrachtung — führt zu ähnlichen Schlüssen, warnt aber vielleicht davor, heute schon Gesetze sehen zu wollen, wo erst Spuren von ihnen wahrgenommen werden können und die Stoffsammlung dafür in den Anfängen steckt. Auch H. Offe schweben solche Arbeiten auf den von Ratzel und Kjellén gezeigten Linien vor.

Aus dem geopolitischen Notizbuch des Jahres 1929 ist nachzuholen:

Eine auch wehrgeographisch wie wirtschaftsgeographisch gleich wichtige Besonderheit der Monsunländer zeigten im Hochsommer die Wassergefahren, die als Folge eines ungewöhnlich starken Niederschlagseinbruches im N. W. Penjab vom 26. bis 28. 8. eingetreten waren. Sie bewirkten eine völlige Verkehrsunterbindung in allen Indusübergängen; von Attok über Kalabagh bis Dera Ismael Khan-Mari Indus, also eigentlich im Grunde eine momentane Lähmung der Wehrstruktur und ungeheure Wirtschaftsgefahren für das stromab gelegene Sind. Es ist keine Kleinigkeit, wenn eine Sammelrinne, wie der Indus, mit einer Schwellhöhensteigerung von 22 m sich auf seine Uferwehren wirft: 3 m mehr, als die gefürchtete Shyok-Damm-Welle v. 1928 und 2 m mehr, als die höchste bisher bekannte Flutwelle von 1882, die doch vielen Bauten zugrunde gelegt war. Ein Bruch des großen Werkdammes von Sukkur, mit unabsehbaren Folgen, rückte immerhin in Gesichtswerte. Letzte Ursache sind ähnliche morphologische Gründe von Niederschlagshäufung, wie sie Prof. Dr. Lex vor dem Kriege für Südostbayern

nachgewiesen hat, nur in ganz anderen Ausmaßen: ein weiterer Beitrag zur „politischen Kompetenz der Klimatologie“ (W. Krebs!). „Times of India“, 31. 8. 29, S. 8 zeigt die berühmte, wehrtechnisch so wohl gesicherte Attokbrücke im Bilde zur Zeit der Shyokflut, aber auch, wie nahe diesem Verkehrs- und Verteidigungs-genick der Nordwestgrenze die Hochflut kam. Die Bahn selbst ist unterbrochen gewesen, ein Geleise war weggeschwemmt.

Was in Indien gelegentlich zu viel an Wasser ist, das hat Australien dauernd zu wenig. Es ist bezeichnend, daß der Ausbau der Verkehrsschlagadern (Fortsetzung der Bahn von Oodnadatta bis Alice Springs auf der kommenden Nord-südlinie Adelaide—Port Darwin) (Times, 12. 11. 29, Karte) und die Weiterentwicklung des Flugverkehrs endlich auch zur besseren Untersuchung des großen zentralaustralischen Seebeckens des Eyre-Sees führte (C. T. Madigan; Times 11. 12.; 19. 12.; 27. 12. 29); Griffith Taylors Untersuchungen, über die wir auch sonst unsre Leser auf dem Laufenden halten, sind für die Rassenmischung in Australien von Adolf Reichwein, von hoher ethischer Warte, in den „Soz. Mon. Heften“ 1929, S. 1151 „Anthropogeographie“ kommentiert.

Wir weisen auf sie, wie auf die Frankfurter „Sinica“ und auf die „Ostasiatische Rundschau“ — namentlich das reiche Heft 22/1929 — als wertvolle Ergänzung hin.

OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

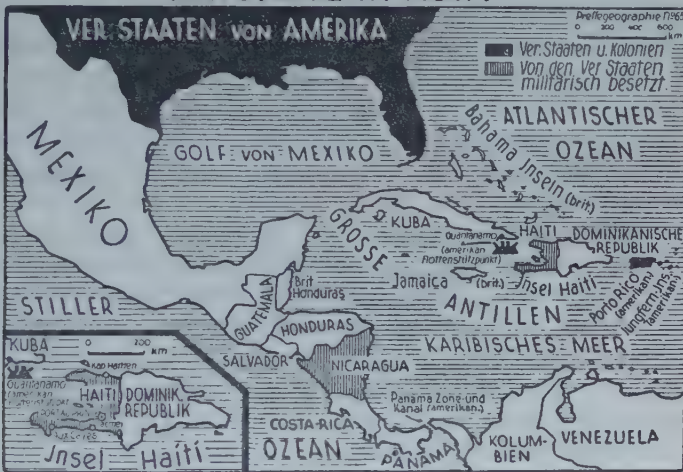
Haiti, eine Studie zur Lage. — Vereinsstaatliche Zolldiskussion. — Angriff auf die Prohibition. — Amerikanische Automobilindustrie. — Deutsch-amerikanisches Finanzabkommen. — Planung amerikanischer Atlantik-Schnelldampfer-Linien. — Ölkrieg. — Flottenkonferenz. — Aufstand in Uruguay. — Brasilianische Kammer. — Plan einer südamerikanischen Zollunion.

Im letzten Heft wiesen wir, kurz Tatsachen referierend, auf die Vorgänge auf Haiti hin. Inzwischen hat die „Foreign Policy Association“ als Information Service Vol. 5 Nos. 19—20 ein starkes Heft erscheinen lassen, das sie als „the American Occupation of Haiti“ betitelt. Es wendet sich in einer historischen Rückschau und in einer Analyse der Gegenwartsbedingungen den eigenartigen Verhältnissen des Staats Haiti, besonders seiner seit jüngerer Zeit merkwürdigen Stellung in halber Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, zu. Wir stützen uns bei der folgenden Betrachtung auf diese Publikation.

Die Republik Haiti nimmt das westliche Drittel der Insel Haiti ein, die in ihrem Ostteil die Dominikanische Republik trägt. In einer im Vergleich zu den meisten lateinamerikanischen Ländern erstaunlichen Weise ballt sich eine Bevölkerung von 2,5 Mill. Menschen auf dem kleinen Raum von 28 676 qkm bei einer Volksdichte von fast 90. Ein solcher Volksdichtewert wird von keinem anderen lateinamerikanischen Staat nur annähernd erreicht. Lediglich auf dem vereinsstaatlichen Portorico ist er innerhalb der lateinamerikanischen Welt, größere

Einheiten dabei betrachtet, noch höher (159 auf 1 qkm). Eine ähnlich eigenartige Stellung nimmt auch Haiti hinsichtlich seiner Rassenstruktur ein. Einst natürlich, wie ganz Amerika, von Indianern besiedelt, ist es infolge mehrhundertjähriger (seit 1503) Sklavenzufuhr seit 1800 schwarz. Die Statistik (Gothaisches Jahrbuch) verzeichnet 90% Neger und 10% Mulatten, die darauf hinweisen, daß lebhaft Mischungen zwischen den europäischen Herrschervölkern und den Sklaven erfolgt sind. Früh von Spaniern erobert und kolonisiert, ist es seit dem Frieden von Ryswick (1697) in französischer Hand bis 1804 gewesen. Diese französische Periode war sicherlich kulturell entscheidend für die Bevölkerung und das Land. Die französischen Pflanzer bauten Zuckerrohr, Indigo, Kakao und Kaffee an,

Aufstand in Haiti.



von denen der Kaffee für die Wirtschaft wichtig geblieben ist. Bewässerungs- und Entwässerungswerke und Wege stammen aus jener Zeit. Und die französische Kultur eroberte sich die Städte. Sie herrscht dort heute noch. Die Amtssprache ist durchaus bezeichnenderweise französisch; und die Umgangssprache ist Kreolisch mit französischem und afrikanischem Patois. Die Religion ist ganz vorherrschend, wenn auch andere Religionen und Konfessionen anerkannt werden, das Römisch-Katholische; die Geistlichkeit ist vorwiegend französisch. So hat die zweite Periode der Kolonialherrschaft viele Zeugen hinterlassen, entschieden mehr als die erste, trotzdem sie in den Jahren der französischen Revolution (1791 Negeraufstand) erschüttert worden war, und, nach einem mißglückten Versuch der Franzosen, sie wieder aufzurichten, im Jahre 1804 infolge der Proklamation der Republik Haiti ganz abtreten mußte.

Dieser Freiheitskampf und die Ausrufung der Republik, die Verselbständigung zum Staat, betont wiederum eine andere recht merkwürdige Seite der kleinen

Republik. Haiti ist der einzige moderne Negerstaat, der aus eigener Kraft entstanden ist. Diese Kraft ist entschieden in der intensiven Aufnahme der lateinamerikanischen Kultur zu sehen, die in ihren romanischen Elementen von zwei lateinischen Völkern nacheinander gebracht worden ist, den Spaniern und den Franzosen. Das bedeutet zwar einen in diesem Ausmaß vereinzelt, aber darum gerade um so beachtlicheren Nachweis der kulturellen und politischen Bildungsfähigkeit der schwarzen Rasse, der durch die einzelnen Maßnahmen der jungen Republik lehrreich belegt werden kann. Denn das verselbständigte Haiti hat sich nicht einfach mit einer um die Zukunft unbekümmerten Loslösung von Frankreich begnügt. Während der ersten 30 Jahre litt die Republik unter dauernder Furcht vor der Rückkehr an Frankreich, und sie hielt, um einer solchen nach Möglichkeit vorzubeugen, ein Heer. Wirtschaftlich drückten die Schuldenlasten, die an Frankreich zu zahlen waren, und auch die Umstellung von Zucker und Indigo im Grunde nur auf den Kaffee war vorzunehmen. Die schwarzen Haitianer haben das alles besorgt und so ihre Unabhängigkeit über 100 Jahre, bis 1915, zu wahren gewußt. Das politische Leben verlief freilich in dieser Zeitspanne nicht ungetrübt. 17 von 22 Präsidenten wurden durch Revolutionen gestürzt. Das sind Zustände, wie sie der Art nach auch zeitweise anderen lateinamerikanischen Staaten nicht fremd waren.

Raymond Leslie Buell, der Verfasser der genannten Studie, verweist in sehr interessanter Weise auf einen ständigen Revolutionsherd von Haiti in den Bergen bei Kap-Haitien. Dort organisierten sich nicht selten Banden, die lediglich auf einen Führer warteten, um eine Revolution zu machen. Unter ihm traten sie dann den Marsch auf Port-au-Prince an, um die Regierung zu stürzen, die gerade am Ruder war, und im Falle des Erfolgs von dem Führer, dem sie sich verkauft hatten, den Lohn zu erhalten. Solche Hinweise belegen immer wieder deutlich die Zellennatur der Räume, von denen politische Bewegungen ausgehen, im speziellen Falle der Revolutionsherde. Aus der Entstehung der Republik und solch zahlreichen Wandlungen der Regierungen Haitis erklärt sich, daß die herrschende Klasse militärischen Charakter annahm. Die meisten der Präsidenten von 1915 waren Generale. Daß solche Militärherrschaft mit ihrem vielfältigen Wechsel der wirtschaftlichen Blüte Haitis nicht sonderlich zuträglich war, ist ganz selbstverständlich.

Die wirtschaftliche Kultur war denn auch im Vergleich zu der der kolonialen Periode zurückgegangen. Der Kaffee wurde vielfach von verwilderten Bäumen gesammelt, die durch die französischen Farmer gepflanzt worden waren. Immerhin exportierte Haiti 1906 mehr Kaffee als 1790, wie J. N. Léger gezeigt hat. Bildungsbestrebungen lagen durchaus nicht etwa vollkommen darnieder. 1895 unterhielt die Regierung 773 Schulen mit rund 45000 Schülern, von einer Bevölkerung von 350000 Köpfen, die für den Schulbesuch in Frage kamen. Auch für den höheren Bildungsaufbau waren Stätten geschaffen. Allein dieses erzieherische System funktionierte nicht so, wie es sollte; bestimmt reichte es für die ländliche Bevölkerung nicht aus.

Das waren die Bedingungen, unter denen sich das Leben auf Haiti abspielte, als es im Jahre 1915 in die jüngste Phase seiner Entwicklung eintrat, und die auch noch für die Beurteilung der gegenwärtigen Verhältnisse maßgebend sind. Fremde Interessen in und an Haiti haben während dieser ganzen Phase nie aufgehört zu bestehen. Zum Teil waren sie rein privatwirtschaftlicher Natur. Es gab in den Städten Haitis französische, deutsche, holländische und syrische Händler, die als Fremdkörper in der Republik lebten, auch als solche geachtet wurden, während der Revolutionen unmittelbar nichts zu fürchten hatten, nur an dem Wirtschaftsleben des Staates teilnahmen. Bei solcher Teilnahme waren sie freilich tief abhängig von der Wirtschaftslage, zumal 95% der Staatseinnahmen aus den Zöllen kamen. Buell hat sich eingehend in seinen Untersuchungen mit allen Wechselfällen der Finanzschwierigkeiten beschäftigt, bei denen der dauernde politische Wechsel von großer Bedeutung war, jener Lage, die schließlich zur Intervention und Okkupation durch die Vereinigten Staaten geführt hat. Die Intervention von 1915 wurde zu einem Teil mit humanitären Zielen begründet, die der Ablösung der bisherigen Verhältnisse durch gesündere Zustände dienen sollten; zum anderen Teil galt sie aber ganz offensichtlich der Festigung der amerikanischen wirtschaftlichen Interessen. Dazu kamen aber, und nicht zuletzt, strategische Erwägungen, die den Wert Haitis für die Stellung der Vereinsstaatler im amerikanischen Mittelmeer in Betracht zogen. Nicht daß es den Vereinigten Staaten damals an brauchbaren Positionen gefehlt hätte, wenn auch ihr Interesse seit 1891 an der Mole Saint Nicholas zu beobachten ist. Das erlahmte aber, seitdem Sachverständige erkannt hatten, daß die Mole als Marinestation absolut wertlos sei; offiziell verzichteten die Vereinigten Staaten damals, weil sie den Anschein territorialer Besitznahme nicht erwecken wollen. Damit war aber Haitis Freibrief nicht geschrieben. Denn im Grunde bezog sich das vereinsstaatliche Interesse nicht auf die Ausnutzung einer bestimmten Position, noch weniger auf die wirtschaftliche Seite, sondern es wurde vor allem wachgehalten durch die Furcht, eine außeramerikanische Macht könnte sich der schwachen Republik bemächtigen und die vereinsstaatlichen Kreise im amerikanischen Mittelmeergebiet empfindlich stören. Dabei kamen namentlich Frankreich und Deutschland in Frage. Frankreich hatte den einstigen Besitz noch nicht vergessen und war wirtschaftlich stark an Haiti interessiert. Mehr als die Hälfte des Exports ging nach Frankreich. Wie gesagt kam auch Deutschland als Zielpunkt solcher Befürchtungen in Frage, da deutsche Händler und die Hamburg-Amerika-Linie mehr als 90% des Handels der Republik Haiti kontrollierten. Französische, deutsche und englische Kriegsschiffe besuchten oft die Gewässer von Haiti. In den Jahren 1913 und 1914 glaubte die Union, daß sich Deutschland mit dem Gedanken trage, zum mindesten eine Kohlenstation auf Haiti zu errichten, da private Versuche in der Hinsicht gemacht worden waren und auch Deutschland zu verstehen gab, daß es seine Ansprüche auf Teilnahme an einer Zollkontrolle nicht aufgeben könne, wenn eine solche auf Haiti errichtet werde.

Wie das mehrfach bei den politischen Schachzügen der Union zu beobachten ist (Panama, Jungferninseln), hat Amerika auch im Falle Haiti gehandelt, während den anderen Mächten die Hände durch den Weltkrieg gebunden waren. Mit der Landung des Admirals Caperton am 28. Juli 1815 kam Haiti für die Spanne von 1915—1929 unter die amerikanische Kontrolle, die sich staatsrechtlich auf Grund einer Konvention mit der Republik vollzog. Über die Abmachungen und Maßnahmen im einzelnen und deren Durchführung berichtet Buell. Sie leiten über zur Vollendung der amerikanischen Okkupation in den Jahren 1922 bis 1929. Ganz unbestritten müssen die heilsamen Einflüsse anerkannt werden, die sich in dieser Periode der Zusammenarbeit von Vereinsstaatlern und Haitianern auf dem Gebiete des Finanz- und Wirtschaftswesens, bei der Herstellung von Ordnung und Sicherheit, besonders auch in der Befriedung des Innern, im ganzen Bereich der öffentlichen Arbeiten, namentlich darunter dem Bau von modernen Straßen, in den hygienischen Maßnahmen der Durchführung eines Erziehungssystems zu agrikultureller und industrieller Arbeit offenbaren, von Maßnahmen und Verordnungen die freilich häufig nicht ohne Druck durchgeführt werden konnten. Schon allein wirtschaftliche Vorteile haben die Amerikaner für solche Bemühungen entschädigt. Während die Ausfuhr Haitis nach Frankreich in den Jahren 1921 bis 1925 von 62,29% auf 49,77% sank und damit der Einfluß Frankreichs zurückgedrängt wurde, stieg die vereinsstaatliche Einfuhr allmählich auf 82,1%. Wichtiger als solche Entwicklung ist aber die politische Lage, in der Haiti bis in die jüngste Zeit verharret. Sie eindeutig zu charakterisieren, ist schwer. Man spricht von verkapptem vereinsstaatlichem Protektorat. Wichtiger ist, sie zu beschreiben, wie das Buell im einzelnen getan hat. Es ist richtig, daß die Union in Haiti nur eine Marinebrigade von 37 Offizieren und 500 Mann hält. Das entspricht nur einem Viertel der Besatzungstruppen von 1922. In dem Maße gilt es, daß die Vereinsstaatler ihre Marinetruppen aus Haiti zurückgezogen haben. Allein die Regierung und Verwaltung steht unter Kontrolle der vereinsstaatlichen Regierungsbeauftragten. Die Kontrolle wird ausgeübt durch den High Commissioner, General John H. Russell, der darin unterstützt wird durch folgende Beamte: den Financial Adviser-General Receiver, den Engineer in Chief of the Public Works Service, den Director General of the National Public Health Service, den Director General of the Service of Agriculture und Vocational Education und den Commandant of the Garde. Etwa hundert Amerikaner besetzen mittlere und untere Stellen, und abermals amerikanische Offiziere sind in der haitianischen Gendarmerie zu finden. So durchsetzen rund 750 Amerikaner die haitianische Regierung und Verwaltung oder sorgen für Schutz und Aufrechterhaltung der Ordnung. In einer im einzelnen nicht weiter zu verfolgenden komplizierten Zusammenarbeit mit den verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsstellen funktioniert die haitianische Staatsmaschine, natürlich nicht ohne Zwischenfälle und zeitweise Rückwärtsbewegung der Räder, wie namentlich unter der Regierung des Präsidenten Dartiguenave (1915—1922), der Opposition gegen die amerikanische

Kontrolle machte, während sich seit der Wahl des Präsidenten Borno die Regierung mit der amerikanischen Kontrolle abgefunden hat. Dagegen fehlt es aber nicht an Widerstand gegen die amerikanische Herrschaft aus Kreisen außerhalb der Regierung, die der haitianischen Elite angehören. Sie erklären, daß Borno verfassungswidrig gewählt sei, daß er nicht das Volk vertrete, sondern daß er lediglich ein Mittel der amerikanischen Herrschaft sei. Wirklich zu Wort kommen ist aber bei der Kontrolle über die Presse und die öffentlichen Versammlungen in Haiti schwer. So wirkt sich der amerikanische Einfluß auch in der Breite aus, der nach oben hin vollkommen in der verantwortlichen Kontrolle des American High Commissioner konzentriert ist.

Es hat natürlich auch außerhalb von Haiti nicht an Kritik an diesem System gefehlt. Ganz sicherlich hat es trotz aller Verdienste um die Haitianer diese von dem einen Ziel weitab geführt, zu dem es sie hinzuleiten versprach, von der Teilnahme an der Selbstverwaltung. Auch in den Vereinigten Staaten selbst ist solche Kritik nicht ausgeblieben. Nicht allein die diesem Bericht zugrunde liegende Studie der Foreign Policy Association ist Beleg dafür. Auch Senator Borah trat anfangs Januar für die Ernennung eines zivilen Gouverneurs in Haiti ein, dem zum mindesten die Aufgabe zufallen müsse, die Wahlen zu überwachen. Diese Erklärung hängt eng zusammen mit der Botschaft des Präsidenten Hoover vom 3. Dezember 1929 an den Kongreß, daß eine Kommission die haitianische Frage zwecks einer endgültigen politischen Lösung studieren solle. Borah möchte dagegen noch einen Fortschritt sehen, bevor die Kommission an die Arbeit gehe. Diese Fragestellung drängt sich besonders auf durch die zwar nicht unhaltbaren, aber doch nur auf Zeit geregelten Verhältnisse auf Haiti. Die Konvention von 1915, auf Grund deren heute die Union Haiti kontrolliert, läuft 1936 ab, und es entsteht damit die Frage: Was dann? Mehr als daß es diese lebenswichtige Frage für Haiti gibt, kann natürlich im Augenblick nicht aufgezeigt werden.

In der vereinsstaatlichen Zolldiskussion hat sich der Senat mit vorwiegend demokratischen Stimmen gegen die republikanischen für die Beibehaltung der Zuckerzölle erklärt und eine Erhöhung abgelehnt. Im Repräsentantenhaus brachte ein Republikaner einen Antrag ein, der sich gegen die Prohibition wendet. Er verlangt, daß die sogenannte 18. Abänderung der Verfassung für ungültig erklärt werde, weil sie nur von 10 Staaten ratifiziert worden sei. Auch im Senat wurde der Antrag gestellt, das Prohibitions-gesetz abzuschaffen. Es verlautet, daß in der amerikanischen Automobilindustrie Unzufriedenheit herrscht, weil sich die Regierung zu keinem Kampfe gegen die Sperrmaßnahmen, die von einigen europäischen Staaten gegen die Invasion amerikanischer Automobile in Aussicht genommen werden, verstehen will.

Zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist ein deutsch-amerikanisches Finanzabkommen über die deutschen Zahlungen an die Vereinigten Staaten am 28. Dezember vereinbart worden, das die Höhe und Technik der Zahlungen, die nach dem Young-Plan von Deutschland an die Union

zu leisten sind, regelt. Deutschland wird danach nicht über die Bank für internationale Zahlungen, sondern direkt an die Vereinigten Staaten zahlen.

Beachtung verdient auch die Planung amerikanischer Atlantik-Schnelldampferlinien, die den Wettbewerb mit den ausländischen Schifffahrtslinien aufnehmen sollen. Zwei Schnelldampfer vom Typ „Bremen“ sollen auf der Route New York—Plymouth—Cherbourg eingestellt werden und den Ozean in fünf Tagen überqueren.

Es ist ferner die Befürchtung laut geworden, daß der vor einem halben Jahr zwischen Royal Dutch-Shell-Gruppe (Deterding) und der Standard-Oil-Company geschlossene Waffenstillstand gefährdet ist und der Ölkrieg aufs neue ausbrechen wird, weil Dederding auf dem amerikanischen Markt selbst zur Offensive vorgegangen ist, wenn es nicht gelingt auf der Konferenz in Chikago neuerdings Verständigungen zu erzielen.

Am 21. Januar hat der englische König im St. James-Palais die Londoner Flottenkonferenz eröffnet, während Besprechungen über die Abrüstungsfrage zur See schon seit geraumer Zeit gepflogen worden sind. Die Konferenz soll von da an noch zwei Monate etwa dauern. Die Konferenz zielt bekanntlich auf die Anerkennung der englisch-amerikanischen Parität hin bei gleichzeitiger Anerkennung des Prinzips des Kellog-Paktes. Die große Frage wird es sein, ob diese amerikanisch-englische Verständigung im Einklang mit den Meinungen der übrigen Seemächte zu bringen ist. Soweit die letzteren bis jetzt zu überblicken sind, sind weder Japan noch Frankreich mit den ihnen zugebilligten Verhältniszahlen zur Errechnung ihrer Flottenstärke zufrieden und verlangen Aufrüstung hinsichtlich der großen Einheiten. Dazu kommt die Unterseebootfrage, die von den einzelnen Mächten in ganz verschiedener Weise beantwortet wird. Besonders die Haltung, die Frankreich von Anfang an eingenommen hat, läßt den Ausgang der Konferenz nicht sehr hoffnungsvoll erscheinen. Sicherlich bietet aber die amerikanisch-englische Verständigung eine gute Basis für alle weiteren Besprechungen. Daß es dabei auch nicht an Einflüssen fehlen wird, die außerhalb der Regierungen liegen, zeigt die Propaganda, die in den Vereinigten Staaten gegen die amerikanisch-englische Verständigung arbeitet, in der sich Rüstungsfirmen mit Marineleuten zusammenfinden. Ebenso wenig hat es auch jetzt schon an Überraschungen gefehlt. Mussolini hat dafür gesorgt. Während Italiens Tendenz sichtlich auf volle Anerkennung der Parität mit Frankreich ausgeht, hat Mussolini erklärt, Italien sei bereit, so ziemlich seine ganze Kriegsflotte abzurüsten, wenn die anderen Mächte sich zu der gleichen Absicht bekennen.

Mehr als eine Zeitungsmeldung über einen Aufstand in Uruguay in der Provinz Rivera liegt nicht vor. In der brasilianischen Kammer wurde der Abgeordnete Sousafilze durch den Führer der liberalen Allianz Simoeslopez erschossen.

In der Zeitung „Nacion“ hat (nach der Zeitschrift „Ibero Amerika“) der argentinische Volkswirt Bunge den Plan einer südamerikanischen Zollunion

veröffentlicht, die zunächst Argentinien, Chile, Bolivien, Uruguay und Paraguay umfassen soll. Es sind das also die ihrer Lage nach aufeinander angewiesenen La Plata-Staaten, an welcher Lageposition auch Bolivien Anteil hat, das aber in pazifischer Blickrichtung die Beziehungen zu Chile, dem fünften zugeordneten Staate, nicht entbehren kann. Diese Zollunion umfaßte bei einem Flächenraum von 6 Mill. qkm eine Bevölkerungszahl von rund 25 Mill. Menschen. Ihr Außenhandel präsentierte sich in einem ungefähren Wert von 10 Milliarden Mark. In seiner Bedeutung für den Weltmarkt würde dieser Zollverein nur hinter den Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Frankreich und Japan zurückstehen. In der Rindviehhaltung träte sie neben die Vereinigten Staaten und Indien an die dritte Stelle, ebenso käme sie in der Wollproduktion und in der Pferdehaltung nur hinter Rußland und Australien. Ihre Leinsaaterzeugung betrüge 75%, ihre Getreideproduktion 30%, ihre Maisproduktion 51% der Weltproduktion. Auf dem Gebiete des Bergbaus würde diese Wirtschaftsprovinz durch die Bodenschätze Boliviens und Chiles charakterisiert. In den fünf Staaten ist heute eine Papiergeldmenge von 3 Milliarden Mark im Umlauf, der eine Golddeckung von 3,3 Milliarden Mark gegenüberstehe. Es ist kein Zweifel, daß dieser Plan auf ein in vieler Hinsicht innerlich engverknüpftes Gebiet hinweist, das durch einen wirtschaftlichen Zusammenschluß eine hochgradige Autarkie zu erreichen vermöchte, und daß auch dieser Zusammenschluß zu einem nicht unwesentlichen Teil heute noch schwebende territoriale Fragen löse. Auch in Chile ist der Plan diskutiert worden.

REINHOLD GADOW:

*Die wirtschaftliche Seite der Abrüstung und die Londoner
Flottenkonferenz*

Am 4. Dezember v. J. richtete Lloyd George, rüstig wie immer im Bekritteln der Suppen, die er der Welt einbrocken geholfen hat, im Unterhaus heftige Angriffe gegen die „Schlafmützigkeit der Genfer Abrüstungskommission“ und verlangte nach Maßnahmen, um diese Kommission „zur Arbeit zu zwingen“. Es entsteht sehr naturgemäß die Frage nach den Gründen für die zugestandenermaßen bisher erfolglos gebliebene Tätigkeit des Völkerbundsrats und seiner Ausschüsse in dieser Richtung. Ist denn namentlich das wirtschaftliche Motiv, das so vielfach in der Betonung des Friedens- und Abrüstungswillens in den Vordergrund gestellt wird, so wenig zwingend, daß nach der Abrüstung der Mittelmächte 10 Jahre vergehen konnten, ohne daß die eingeleitete Bewegung Nachahmung fand? Da findet man nun mit einem gewissen Erstaunen, daß von den vier Seiten des Abrüstungsproblems — der wirtschaftlichen, der militärisch-technischen, der ethischen und der rechtspolitischen — die erste fast völlig vernachlässigt wurde. Während den militärisch-technischen Arbeiten und mindestens tastenden politischen Fühlungsnahmen in Genf und überall ein breiter Raum gewidmet wurde und die moralische These Bände von Deklamationen füllt, ist die Literatur zur wirtschaftlichen Seite äußerst mager. Die Abrüstungskommission selber bzw. ihre Unterkommission von wirtschaftlichen Sachverständigen hat sich völlig darauf beschränkt, den aktiven Anteil der Wirtschaft am Rüstungswesen (im Sinne des „potentiel de guerre“) und die etwaige Rückwirkung eines Giftgasverbots u. dgl. auf die chemische Industrie zu studieren sowie einen Normaletat zu entwerfen, der die Staatsausgaben für Rüstungszwecke miteinander zu vergleichen gestatten soll. Darüber hinaus gibt es nur sehr vereinzelte Arbeiten, die die Belastung der Völker durch die Rüstung und das Maß der Entlastung bei eintretender Abrüstung behandeln. Die Vermutung ist daher nicht von der Hand zu weisen, daß einmal diese ganzen Faktoren und Kräfte nur sehr schwer rechnerisch zu erfassen sind, und daß infolgedessen vielfach Übertreibungen und unsichere Urteile über ihre Bedeutung unberechtigt Gangbarkeit erlangt haben.

Was ist eigentlich „Rüstungsaufwand“?

Was die tatsächliche Belastung einer Volkswirtschaft durch Ausgaben für Rüstungszwecke angeht, so kann eine Studie des englischen Professors P. J. Noel

Baker*) als Führer und Anhalt dienen. Zunächst jedoch einige Tabellen als Anschauungsmaterial.

Tabelle 1.

Nationalvermögen**) (in Milliarden Mark)

	1913	1923 (Index 175!)
Ver. Staaten	840	1709
Deutschland	331	113
England (ohne Dom.)	290	316
Frankreich	240	281

Tabelle 2.

Volkseinkommen (in Milliarden Mark)

(nach Dr. Schwoner)

	1913	jetzt (Index 175!)
Ver. Staaten	145	(1926) 288
Deutschland	43	(1929) 60 ?
England	45	(1925) 83,4
Frankreich	30	(1925) 33

Tabelle 3.

Volkseinkommen pro Kopf (in Mark)

	1913	jetzt (Index 175!)
Ver. Staaten	1450	2620
Deutschland	633	970
England	958	1855
Frankreich	750	825

Tabelle 4.

Rüstungsaufwand pro Kopf (in Mark)

	Ver. Staaten	Deutsch- land	England	Frank- reich	Italien	Japan
1914 (nach Nauticus)	10,2	33,-	35,4	32,4	17,8	7,2
1929 (nach Annuaire Militaire, Genf) (Index 175!)	23,-	11,-	52,-	53,-	28,-	16,-

Für die Betrachtung dieser Tabellen ist die Klärung einiger Begriffe unerlässlich. Auf den ersten Blick erscheint die Feststellung des Rüstungsaufwandes pro Kopf als besonders sinnfällig, indem zum Ausdruck gebracht wird, mit welcher Schwere den einzelnen Steuerträger die Ausgabe für Landesverteidigung trifft. Tatsächlich bedeuten die Zahlen in Tabelle 4 für 1929 den Betrag, der vom Staate in Form von direkten Steuern für Wehrzwecke erhoben wird, also den Wehretat als Teil des Staatsetats, verteilt auf die Steuerträger. Gesetzt nun den Fall, daß ein Teil der Wehrmachtsausgaben statt durch Steuern durch Anleihen gedeckt wird, so würde der Anleihedienst, der im Haushalt an anderer Stelle erscheint, den Wehrausgaben hinzuzurechnen sein.

Nun gibt es aber über einen solchen Fall hinaus eine ganze Reihe anderer indirekter Belastungen für Wehrzwecke. Nach Professor Baker steht da an erster Stelle die Belastung der Verkehrsorganisation für militärische Zwecke, nämlich die strategische Führung unwirtschaftlicher Bahnlinien und Landstraßen sowie die Errichtung und Unterhaltung militärischer Bahnhofs- und Hafenanlagen, auch die Auflage schiffbaulicher Vorkehrungen für die Reedereien (Geschützstände auf Hilfskreuzern) u. dgl. Man wird dem zustimmen können, nicht ohne festzustellen, daß für Deutschland diese Art von indirekten Ausgaben durch den Friedensvertrag ausgeschlossen wurden.

Weiter findet Baker eine Belastung der Volkswirtschaft in der künstlichen Anregung und Subventionierung von Industrien, die für die Landesverteidigung gebraucht werden. Auch hier liegt ohne Frage eine Rüstungsausgabe vor,

*) Baker, Disarmament. London, The Hogarth Press. — **) Nach Mario Alberti.

die im Wehretat nicht ohne weiteres enthalten zu sein braucht, sofern nicht eine rigorose Handhabung der Haushaltsordnung durch Parlament und Kontrollbehörde, wie bei uns, ihre richtige Nachweisung erzwingt. Auf der anderen Seite nähert man sich hier unsicherem Boden, da zahlreiche Fälle bekannt sind, wo die Anregung und Unterstützung von Industrien für Wehrzwecke zu großartigen Entwicklungen und Erfindungen auf verwandtem, nicht militärischem Gebiet geführt hat. Als Beispiel im eigenen Lager diene u. a. die Gußstahlindustrie (Krupp und Bochumer Verein), die Chemische Industrie (Pulver, Sprengmittel, Stickstoff), ferner die Tuchindustrie (Kottbus und Chemnitz und die preußischen Heeresaufträge), die optische Industrie und die Luftfahrt. Alle diese Fälle liegen im Grenzgebiet zwischen Produktivität und Unproduktivität der Rüstungsausgaben, wenn man unter Produktivität die Schaffung der Grundlage erweiterten Arbeits- und Volkseinkommens für die Zukunft versteht. Ja, man kann hier schon gleich weiter greifen und die Produktivität der gesamten Wehrmachtsausgaben für viele Fälle und ganze Perioden der Geschichte bejahen, wie z. B. die der deutschen Ausgaben bis 1871 oder die der englischen bis zum letzten Burenkriege, der amerikanischen bis 1898 (Cuba, Haiti, Philippinen) oder auch weiter bis zur Gegenwart, wenn man will, worüber noch zu sprechen sein wird. Nach Sombart*) gilt für die gesamte Zeit des Frühkapitalismus, d. h. bis Ende des 18. Jahrh., der produktive, weil erobernde und sichernde Charakter des „Militarismus“, also der Wehrausgaben.

Wir werden sehen, ob diese Grenze zu Recht gezogen ist und kehren zurück zu den sonstigen Formen der nationalen Belastung durch Wehrprogramme. Die von Baker des weiteren angeführten Grenz- und Zollschränken Europas sind ohne Zweifel im höchsten Grade wirtschaftsschädlich, besonders in der Konkurrenz mit den einheitlichen überseeischen Wirtschaften, fallen aber wohl nicht in diesen Zusammenhang, da sie ja nicht eine Folge der Rüstungen, sondern ihnen parallel geordnete Symptome eines politischen Zustandes sind. Schwerer würde das Argument wiegen, daß eine zunehmende finanzielle Rüstungsbelastung höherer Größenordnung die wirtschaftliche und soziale Aktivität und Schaffensfreude lähmt (Gegenbeweis: Deutschland 1900—1914), aber das ist kein Attribut der Rüstungslasten allein, sondern gilt für die gesamte Wirtschaftsbelastung durch öffentliche Ausgaben, wie wir sie heute trotz niedrigem Anteil der Wehrausgaben (Tab. 5) schmerzlichst erleben.

Ferner muß, ohne daß die Liste damit vollständig sein soll, eine militärische Belastung erblickt werden im militärischen Teil des Pensionsfonds (Neupensionäre), der bekanntlich in vielen Ländern auch an anderen Stellen des Haushalts erscheint und in der militärischen Jugenderziehung, wie sie z. B. in Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten, gehandhabt wird, sowie in dem in Frankreich zivilisierten Kontroll- und Aushebungsapparat.

*) Sombart, „Krieg und Kapitalismus“.

Dagegen erscheint wieder sehr bestreitbar, ob die Einstellung von Arbeitskräften in Form von Soldaten (und Wehrmachtsarbeitern) ein Verlust oder Gewinn für die Volkswirtschaft ist. Verlust jedenfalls nur in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur und nur so weit, als die Produktivität ihrer Beschäftigung im Heeresdienst (s. o.) absolut verneint werden muß, was selten zutrifft. Auch dann ist der Gewinn an Erziehung und körperlicher Ertüchtigung des Ersatzpersonals zum mindesten in Erwägung zu stellen. Ob die Absaugung erwerbsloser Arbeitskräfte vom überfüllten Arbeitsmarkt und von der Fürsorge im Falle der wirtschaftlichen Krise nicht auch als relativer Vorteil, mindestens nach der arbeitsmoralischen Seite hin, aber auch mit Hinblick auf die Erleichterung für die älteren, verheirateten Arbeitnehmer, also nach der strikt sozialen Seite, als Plus gebucht werden kann, ist zum wenigsten diskutierbar, soll uns aber nicht weiter beschäftigen*).

Diese ganze Erörterung über den eigentlichen Umfang des Rüstungsaufwands soll illustrieren, wie schwer der Begriff als Ganzes zu erfassen ist — daher die monatelangen Bemühungen der Abrüstungskommission, „Rüstung“ zu definieren —, und wie wenig sicheren Anhalt, außer im Falle Deutschlands, die im Haushalt unter „Wehretat“ nachgewiesenen Ausgaben für einen Maßstab geben. Auch ist es hierbei nicht zu verwundern, wenn selbst Fachleute bei dieser Art Statistik in Sümpfe geraten, schon bei Betrachtung der öffentlichen Ausgaben überhaupt. (So schreibt Quessel in den „Sozialistischen Monatsheften“, daß heute weit mehr als die Hälfte des deutschen Nationaleinkommens in öffentliche Kassen fließt. Vergleicht man damit Tabelle 3, wo Deutschlands Einkommen mit 60 Milliarden beziffert ist, so würde die öffentliche Hand davon über 30 Milliarden beanspruchen. Das stimmt natürlich nicht, denn der Reichsetat 1929 ist auf rd. 10 Milliarden, der der Länder und Gemeinden auf rd. 5–10 Milliarden ermittelt, zusammen also 15–20 Milliarden = $\frac{1}{4}$ oder höchstens $\frac{1}{3}$ des etwas zu hoch geschätzten Einkommens). Immerhin wird man mit den verfügbaren Daten zu arbeiten haben, um überhaupt zu einer Anschauung zu gelangen, und da erscheint es doch gegenüber unserer Tabelle 4 noch zweckmäßiger, von der zwar anscheinend sinnfälligen Belastung pro Kopf, die in der Praxis aber wenig besagt, abzugehen und die Gesamtbelastung der Nation für Rüstungszwecke, als Prozentsatz ihres gesamten öffentlichen Aufwandes, dem Weiteren zugrunde zu legen. Was darüber hinaus nach unserer vorstehenden Untersuchung als Zuschlag gerechnet werden muß, muß willkürlicher Schätzung überlassen bleiben und wird sich in der Praxis, außer bei Deutschland, vielfach gegenseitig aufheben (siehe Tabelle 5, Seite 122).

Wirtschaftliche Vernunft oder Politik?

Ein Überblick über die bisher gegebenen Tabellen 1–5 ist für unsere Zwecke lehrreich. Aus Tabelle 5 ergibt sich die hohe Anspannung des Rüstungsanteils bei

*) Vgl. Dr. Colm in „Handbuch der Abrüstung“, 6 Stück, S. 4 ff., der die Wirtschaftlichkeit dieses Moments bestreitet.

Tabelle 5*). Prozentsatz des Wehrhaushalts 1928/29 am Gesamthaushalt
(In Mark)

	Gesamthaushalt	Wehrhaushalt	%
Ver. Staaten	14,7 Milliarden	2,9 Milliarden	18,0
Endland (ohne Dom.)	rd. 16,0 "	2,3 "	14,2
Deutschland (nur Reich)	9,4 "	0,7 "	(7,6)
Frankreich	7,5 "	2,2 "	28,9
Italien	4,8 "	1,1 "	23,4
Japan	3,2 "	0,95 "	28,8
Niederlande	1,1 "	0,17 "	15,4
Schweiz (mit Kantonen)	0,68 "	0,069 "	10,0
Durchschnitt: 19,8			

Frankreich**), Italien, Japan, ganz im Einklang mit der wohlbekannten Charakteristik der Außenpolitik dieser Länder. Für Amerika gilt nur ein gemäßigter Durchschnittssatz, der sich bei Beziehung auf die Bruttosumme — ohne die Einnahmen aus dem Schuldendienst von 42 Milliarden Kriegsforderungen an die Alliierten — sogar noch weiter senkt. Bei England liegt der Satz noch weiter unter dem Durchschnitt (immer ohne Berücksichtigung der deutschen Ziffer), jedoch erhöht er sich bei Aussonderung des nämlichen Schuldendienstes aus dem Gesamtetat, umgekehrt wie bei Amerika. Ein Hinweis auf das starke Gefälle vom Durchschnitt zum deutschen Prozentsatz sollte genügen, um alle inner- und außenpolitische Einwendungen gegen die Höhe unserer Rüstungsausgaben zu entkräften, besonders wenn die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand in Deutschland (15—20 Milliarden s. o.) zugrunde gelegt werden. Selbst wenn diese, die zu hoch sind, durch die Finanzreform allmählich um 2 Milliarden und mehr gesenkt werden sollten, bleibt unser Rüstungssatz weit selbst unter dem der klassischen Neutralen, Niederlande und Schweiz, die ihrerseits in angemessenem Abstände unter dem Weltdurchschnitt liegen.

Was die anderen Übersichten angeht, so lesen wir aus Tabelle 1 und 3, daß Amerika — alles weitere unter Berücksichtigung des Index — sein Nationalvermögen sowie sein Volkseinkommen nahnhaft erhöht (nominell verdoppelt) hat. Der Abfall Deutschlands ist deutlich. England (jedoch ohne Weltreich!) sieht sein Vermögen realiter vermindert, sein Einkommen (brutto) verbessert, Frankreich hat noch schlechter abgeschnitten, jedoch dürften neuere Zahlen viel höher ausfallen.

Wir stehen also vor der Tatsache (Tab. 5), daß Amerika und England trotz des größten Kriegsgewinns relativ kleine „Versicherungsprämien“ zu ihrer Erhaltung aufwenden, dabei aber am willigsten auf die Abrüstung hinarbeiten, während Länder, wie Frankreich und Italien, die man als „Sieger mit Ach und Krach“ ansprechen darf, ihre Mittel am stärksten anspannen, jedoch der Abrüstung am stärksten widersprechen. Damit widerlegt sich einmal die oft ver-

*) Nach v. Oertzen „Rüstung und Abrüstung“, Mittler & Sohn. — **) Im Voranschlag für 1930 soll die Gesamtheit der militärischen Belastung über 50% betragen! (Abg. Daladier am 10. Dez. in der Kammer).

tretenen Behauptung, daß Rüstungen und Krieg unter allen Umständen ein schlechtes Geschäft seien, da die Tatsache des Kriegsgewinns mindestens für Amerika nicht geleugnet werden kann und die Sicherungsprämie tragbar bleibt, und wir gestatten uns, Norman-Angell (*The Great Illusion*) sowie Prof. Sombart (s. o.) auf Grund dieser Gegenbelege zu widersprechen.

Auf der anderen Seite ist die Behauptung von der Unproduktivität der Rüstungen und Kriege für den Verlierer zur Evidenz erwiesen (was kaum nötig war), für die schwachen Gewinner nur dann, wenn man die rein wirtschaftlichen Resultate in Zahlen betrachtet. Nimmt man aber im Falle Frankreichs den Gewinn an Arbeitskräften, Bodenschätzen und Sicherheit der nationalen Lage mit ihren wohlbekannten politischen Vorteilen, so ergibt sich auch hier ein starkes, mindestens zunächst machtpolitisches Plus, das unzweifelhaft auch steigende wirtschaftliche Erträge in Aussicht stellt. Bei Italien scheint die positive Bilanz gleichfalls noch mehr in der Zukunft zu liegen. Bei Japan liegt der besondere Fall des außenpolitischen Rückschlags vor, auch ist das Land als Kriegsteilnehmer den übrigen nicht gleichzusetzen.

Für die vorliegende Studie ergibt sich als wesentliches Resultat, daß die rein wirtschaftliche Seite der Rüstungen und der Abrüstungsfrage, je nach dem Reingewinn des verflorenen Krieges, Motive stärkerer, schwächerer und indifferenter Art für ihre künftige Behandlung aufweist, die jedenfalls als allen Staaten gemeinsames Moment nicht jenen zwingenden Antrieb zur Abrüstung ergeben können, den Lloyd George bei den Genfer Bemühungen vermißt. Vielmehr werden bei einigen Staaten für ihre Haltung zu der zeitgemäßen Bewegung die wirtschaftlichen Motive mitsprechen, bei anderen rein politische, die noch nicht mit Wirtschaftsgründen belegt werden können, weit überwiegen. In diesem Sinne soll die kommende Flottenkonferenz kurz betrachtet werden.

Die Flottenkonferenz

Die Grundlagen der zwischen MacDonald und Hoover vereinbarten Abrüstungsbesprechungen sind bekannt: Verständigung über Zahl und Stärke der Kreuzer, möglichst Herabsetzung der künftigen Linienschiffstonnage bei Neubauten, Bekämpfung der U-Bootswaffe. Die Kreuzerfrage scheint der Lösung nahe, wenn England Amerika eine größere Zahl starker 10000 t Kreuzer einräumt, und Amerika England eine größere Gesamtzahl von Kreuzern (großen und kleineren) zugesteht. Frankreich hat hierzu nicht viel zu bemerken, kämpft aber um seine Kreuzerzahl. Auch Japan verlangt eine höhere Quote als ihm zugedacht ist. Der materiell wichtige Streit, ob die Flottenstärken nach Gesamttonnage oder nach Schiffsklassen festgesetzt werden sollen, ist durch Kompromiß erledigt: Man wird nach Schiffsklassen rechnen, jedoch einen gewissen Prozentsatz der Tonnage für Änderungen freigeben, die 1 Jahr vorher angekündigt werden sollen (Beispiel: Frankreich wünscht 1932 statt 1 Kreuzer zu 10000 t 10 U-Boote zu 1000 t zu bauen und kündigt das 1931 an). Die Beibehaltung des U-Boots wird Frankreich

wahrscheinlich mit allen Mitteln verteidigen, Japan wird ähnlich stimmen, Italien soll von England in seinem Sinne bearbeitet sein. Über die Flottenverständigung hinaus hofft man dann der Gesamtabrüstung in Genf einen neuen Impuls zu verleihen.

Die wirtschaftliche Auswirkung dieses Vorhabens, ausgedrückt in Etatentlastung, kann in Übereinstimmung mit allem vorher Gesagten nur gering bewertet werden. Zwar hat Präsident Hoover in seiner Kongreßbotschaft vom 3. Dez. d. J. sehr hohe Zahlen für Amerika genannt und die Ausgabe von 1200 Mill. \$ für die nächsten 6 Jahre allein für Schiffsneubauten in Aussicht gestellt, wenn die Verständigung nicht gelänge und nach dem Plan des Washington-Vertrages von 1922 weitergebaut werden müßte. Aber diese Ziffer ist als Schreckschuß zu werten, denn es ließen sich dafür nach amerikanischen Preisen 42 Kreuzer, 2 Flugzeug-Mutterschiffe, 18 U-Boote und 2 Linienschiffe bauen, was ganz unwahrscheinlich und in der genannten Zeit technisch unmöglich ist. Für den Gesamthaushalt 1929: 3800 Mill. \$, wäre es eine jährliche Mehrbelastung von 200 Mill. \$ = 5,30/0, also immer noch unter dem Satz von Frankreich, Italien und Japan (Tab. 5). Kommt die Verständigung zustande, so wird nur ein Teil dieser Mehrbelastung erspart, schätzungsweise jährlich 100—150 Mill. \$, was zwar noch fühlbar, aber für Amerika nicht zwingend ist. Zugleich ist hiermit, da Amerika seine sonstigen Rüstungsausgaben kaum zu vermindern gedenkt, das Maximum der Ersparnis erreicht.

Viel weiter reicht natürlich die Bedeutung der Flottenparität und unangreifbaren Machtstellung besonders in Verbindung mit den Plänen einer Revision des Seerechts, durch welche die Stellung des *arbitre mundi* von England an Amerika übergeht. Für England, das seine Bestände nur aufrechterhalten, nicht vermehren will und kann, ist die Einsparung noch wesentlich geringer. Für Frankreich, Italien und Japan gilt dasselbe: Nirgends, außer in Amerika, kann sich das Ergebnis über ca. 100/0 der bisherigen Marineausgaben, d. h. bei Italien über 20/0, des Gesamthaushaltes erheben. Immerhin ist zuzugeben, daß auch diese geringe Entlastung zu begrüßen wäre, besonders wenn weitere Auswirkungen auf die Gesamtrüstungen via Genf in Aussicht ständen. Aber wir hatten ja erkannt, daß das Motiv der Entlastung für die nicht-angelsächsischen Sieger als schwach oder indifferent anzusehen ist, und so ergibt sich nur geringe Hoffnung aus dieser Richtung. Vielmehr kommen wir, in praktischer Anwendung der vorausgegangenen Untersuchung, zu dem Schluß, daß auch diese Konferenz in einem Teilerfolg oder Kompromiß steckenbleiben wird, und das jedenfalls die unmittelbar wirtschaftlichen Momente, die sie zum Argument zu erheben vermag, am Stand der Dinge nichts ändern werden. Dagegen wird mit endgültiger Klarheit der rein politische Charakter der Abrüstungsfrage sichtbar werden. Und wie die Angelsachsen die alte Streitfrage „erst Sicherheit oder Abrüstung“ praktisch dahin gelöst haben, daß sie die politische Verständigung und den Kellogg-Pakt — also eine Quasi-Garantie — den technischen Verhandlungen vorangestellt haben,

so kann auch für Europa nur der gleiche Weg — erst Angleichung der Interessen und Ausgleichung der Differenzen, dann Abrüstung — als aussichtsvoll, nicht aber der Druck der Finanzen als ausschlaggebend bezeichnet werden. Wie hoch will man unter solchen Umständen die Chancen der großen Abrüstung bewerten?

Die Seefloten der Großmächte!



Zur Londoner Konferenz. Januar 1930

KARL ULITZKA:

Grenzlandministerium

Die kurze Anregung betreffs der Umbildung des Reichsministeriums der Besetzten Gebiete, die Professor Dr. E. Obst in seinem Dezemberbericht gab, fand schnell ein Echo von politisch-parlamentarischer Seite. Wir geben den Ausführungen des im Grenzkampf erprobten Prälaten Ulitzka um so lieber Raum, weil sie die Diskussion weiterführen, vor allem aber, weil sie den Blick richten auf die drängenden Aufgaben im Osten, an deren Lösung das deutsche Volk in den nächsten Jahrzehnten seine ganze geschlossene Kraft wird setzen müssen.

Die Schriftleitung.

Nehmen wir das zu Erwartende als gegeben an, dann gibt es mit dem 1. Juli kein besetztes Gebiet mehr auf deutschem Hoheitsgebiete. Dann hat auch der Name „Ministerium für die besetzten Gebiete“ seine Existenzberechtigung verloren. Nur der Name. Nicht das Ministerium selbst; denn seine Aufgaben werden durch den Abzug der französischen Truppen nicht gelöst. Durch die Besetzung und die veränderte Grenzlage hat ja das Randgebiet im Westen große, unmittelbare und mittelbare Schäden wirtschaftlicher und kultureller Art erlitten, die sich zum Nachteil des ganzen Staates auswirken. (Siehe die vom Reichstag geforderte und von der Reichsregierung am 2. April 1929 ausgegebene Denkschrift.) Darum bedarf das besetzte Gebiet auch weiterhin einer ganz besonderen Fürsorge durch Reich und Staat, und das Ministerium für die besetzten Gebiete hat ein Programm solcher Fürsorge schon ausgearbeitet, dessen Verwirklichung mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Außerdem genügt wohl der Hinweis auf das Saarland, um jeden Zweifel an der Notwendigkeit der Fortdauer des Ministeriums auszuschließen.

Aber haben nicht andere Grenzgebiete gleichfalls durch Besetzung schwere und noch nicht geheilte Schäden erlitten? Wir nennen Oberschlesien. — Und mit Recht sagen die Landeshauptleute der 6 preußischen Ostprovinzen (Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Nieder- und Oberschlesien) in ihrer Denkschrift vom 25. Januar d. J.: „Lastete auf Deutschlands Westen bisher eine sichtbare Besatzung, so auf dem deutschen Osten die unsichtbare Besatzung schwerster Wirtschaftsnot, die die Bewohner dieser Landesteile im Ringen für das gemeinsame Wohl zermüht, eine dem Staatsganzen abträgliche Resignation und damit nicht zu unterschätzende Gefahrenmomente schafft.“ Daß diese gefährliche Notlage zum allergrößten Teil durch die unmögliche Grenzziehung verursacht ist, geht aus der Denkschrift klar hervor, ebenso das außerordentlich ernste Ausmaß der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und auch politischen Not.

Dazu kommt, daß im Westen und Osten viel nachzuholen ist. Man hat vor dem Weltkriege kaum bewußt systematische Grenzpolitik betrieben. Sonst wäre z. B. der wirtschaftliche und kulturelle Tiefstand des Eifelgebietes nicht zu erklären. Ganz zu schweigen von der Grenzzone des Ostens. Hätte man im Osten und speziell in Oberschlesien statt der unpsychologischen, verfehlten hakatistischen Politik mehr eine solche systematischer positiver Fürsorge, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art auf lange Sicht betrieben, dann hätte die Volksabstimmung ein wesentlich günstigeres Ergebnis gezeitigt und hätte das Schicksal des umstrittenen Gebietes sich anders entschieden. Noch sind die Grenzen im Osten nicht endgültig. Nicht bloß im Deutschen Reich, sondern auch im Ausland lebt das Gefühl, daß man es hier noch mit einem ungelösten Problem zu tun hat. Die Grenzen im Osten sind ungerecht, unvernünftig und unnatürlich und lassen weder Deutschland noch Polen zur Ruhe kommen. Wann eine Korrektur kommen, wie sie erfolgen wird, das kann heut niemand voraussagen. Eine Forderung ergibt sich für uns aus diesem Zustande: daß wir die Korrektur, die die Voraussetzung für die von allen erstrebte Befriedigung im Osten ist, fördern müssen. Das kann aber z. Zt. am besten dadurch geschehen, daß wir unsere östlichen Grenzgebiete mit besonderer Aufmerksamkeit und Pfléglichkeit behandeln.

Die gleichen Aufgaben aus den gleichen Ursachen und schließlich die gleiche Dringlichkeit und Wichtigkeit ihrer Lösung aus staatspolitischem Interesse fordern aber naturgemäß auch die gleiche, fürsorgliche Behandlung im gleichen Ministerium, d. h. aus dem „Ministerium für die besetzten Gebiete“ muß ein „Ministerium der Grenzlandfürsorge“ oder ein „Grenzlandministerium“ werden. Die Grenze ist das unverlöschliche Sinnbild vom Wachsen und Werden des Staates. Hier wird der ewige Kampf um Sein und Bestand des Reiches geführt. Grenzland hat die Aufgabe, Bollwerk des Staates zu sein. Darum duldet die Grenzzone, ob im West oder Ost, Nord oder Süd, keine Lauheit ohne Gefährdung des Staatswohles. Darum ist Grenzland ein Begriff gesamtdeutscher Verantwortung.

Nichts kann uns die Notwendigkeit einer einheitlich gefaßten Grenzlandpolitik deutlicher vor Augen führen als ein Blick über die Grenzen. Denn dort ist eine bewußte Grenzpolitik an der Arbeit. Frankreich führt seine Siedlungen, Industrieunternehmen, Verkehrsstraßen bis an die Grenze des Saargebietes. Holland ist vorbildlich mit seiner Grenzpolitik im Kohlenrevier, wirkt kulturell und wirtschaftlich geradezu als Magnet. Ebenso läßt sich die Tschechoslowakei in ihren Eisenbahnen-, Brücken- und Wegebauten, in ihrer Schulorganisation usw. von dem großen Ziel der Eingliederung und Festigung ihrer Randgebiete leiten. Und Polen? Nur einer, der nicht sehen will, kann die Planmäßigkeit und Großzügigkeit der polnischen Grenzpolitik geringschätzen. Angefangen von der Auswahl der leitenden Beamten, deren beste Legitimation oft ihre allpolnische Einstellung ist, bis zur Unterstützung des Westmarkenvereins und des Verbandes der Aufständischen, vom Bau der Umgehungsbahnen bis zur Paßregelung, von der Parzellierung des Großgrundbesitzes bis zur Förderung der in polnischen Wirtschaftsverbänden organisierten Kleinkaufleute und Gewerbetreibenden. Und vergessen wir nicht die polnische Kulturpropaganda durch die überall errichteten Lesehallen, durch die Erholungsheime und Studienfahrten für die Schüler nach dem Inneren Polens oder, wie voriges Jahr, zur großen Ausstellung in Posen, durch die Kinderspeisung, Kindergärten, landwirtschaftliche Fortbildungskurse, Theater, die Gründung der Diözese Kattowitz, die amtlich als Diözese Schlesien bezeichnet wird, endlich die starke militärische Belegung der Grenze — alles dient nicht nur der politisch-kulturellen Festigung des an Polen gefallen Landes, sondern auch zugleich einer aktiven Grenzpolitik.

Auch das Deutsche Reich und Preußen hat sich der Erkenntnis nicht verschlossen, daß unsere Grenzgebiete einer besonderen Fürsorge bedürfen. Der Etat des Reichsministeriums des Inneren enthält z. B. einen Fonds für Grenzfürsorge. Es gab den Fonds für kulturelle Fürsorge, einen anderen zur Förderung von Wirtschaft und Arbeit im besetzten Gebiet. Aus dem Haushalt für die Kriegslasten flossen Beihilfen zu den Polizeilasten der Gemeinden des besetzten Gebietes. Wir erinnern an den Reichskommissar und das Notstandsgesetz für Ostpreußen — aber schon diese mangelhafte Aufzählung offenbart auch deutlich die Zersplitterung und Gelegentlichkeit der Aktionen. Die Denkschrift der Ostprovinzen betont darum sehr mit Recht, daß man dem deutschen Osten diejenige Beachtung und Hilfe zuteil werden lassen müsse, die eine Reorganisation der deutschen Ostgebiete zum Wohle des gesamten deutschen Volkes auf die Dauer gewährleisten.

Die Stelle nun, die all die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Belange all unserer Grenzgebiete zusammenfassen und pfleglich behandeln kann und muß, ist eben das zum Grenzlandministerium verwandelte Ministerium der besetzten Gebiete. Weiteste Kreise haben diese Forderung schon öfters gestellt. Wir übersehen nicht die Schwierigkeiten, die sich aus der Überschneidung der Kompetenzen von Reich und Länder einerseits und der verschiedenen Ministerien untereinander andererseits ergeben. Aber wir halten sie nicht für unüberwindlich.

Ähnliche Ministerien sind in anderen Staaten eingerichtet worden. Was aber anderswo möglich ist, sollte auch in Deutschland nicht unmöglich sein. Und wenn je ein Zeitpunkt von selbst eine solche Umwandlung des Ministeriums für die besetzten Gebiete nahelegte, dann ist er jetzt gekommen, wo die politische Gesamtlage allein schon darauf hindeutet. Freilich wird eine solche Stelle besonderer Fürsorge für die Grenzgebiete nur dann mit Erfolg arbeiten können, wenn ihr neben der Aufgabe, die vorhandenen Nöte und Mängel festzustellen und Vorschläge zu ihrer Abstellung und für positiven Aufbau zu machen, die entsprechende Entscheidung über die zu treffenden Maßnahmen und die zu bewilligenden Mittel zufällt. Von ausschlaggebender Bedeutung wird es auch sein, daß die zu schaffende Stelle, sowohl was die Leitung wie auch was die Zusammensetzung in personeller Beziehung anlangt, so gestaltet wird, daß ihr die ihr anzuvertrauende Bevölkerung von vornherein volles Vertrauen entgegenbringt. Wenn die Schaffung eines Grenzlandministeriums von der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit allein abhinge, so könnte und müßte es schon heute bestehen. Problematisch wird die Verwirklichung der allgemein erkannten Notwendigkeit nur durch die Frage nach dem Wie? Die Lösung ist schwierig, aber sie muß gefunden werden.

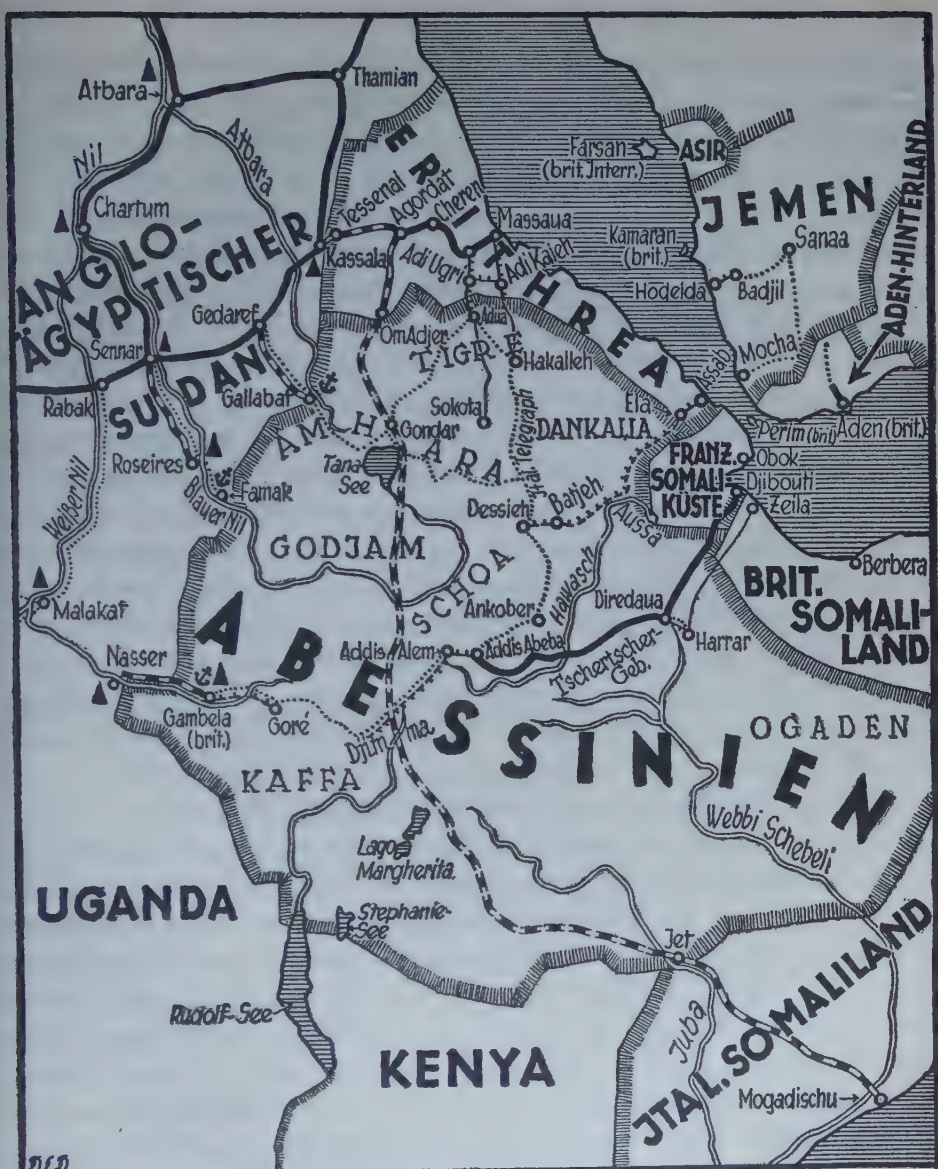
HERMA PLAZIKOWSKI-BRAUNER:

Die Tsana-Frage und das Eindringen der Amerikaner in Abessinien

Seitdem man begonnen hat, Afrika als Objekt europäischer Politik zu betrachten, begann ein Kuhhandel um Abessinien zwischen seinen drei Nachbarn. Die übrige Welt hatte früher dort keine nennenswerten Interessen. Diesem Zustande hat jetzt das Problem um das Wasser des Blauen Nil ein Ende gemacht, — ein Problem, das selbst wieder eine Menge anderer Probleme geschaffen hat, und dessen Lösung noch die Ursache zu schweren Verwicklungen im Verhältnisse der Westmächte untereinander geben kann.

Welche Interessen hat England?

Englands ganze Entwicklung ging darauf aus, seinen Verbrauch aus eigenem Länderbesitze zu bestreiten, sich vom Auslande unabhängig zu machen und darüber hinaus Lieferer für das Ausland zu sein. Die vorsichtige englische Staatskunst hat zu gelegenen Zeiten weite Gebiete erworben, die vorerst als wichtige Faktoren für die Zukunft in Rechnung gesetzt wurden. Mit der Erwerbung des Sudan hat sie sich zweierlei gesichert: 1. Ist der Sudan ein Glied in der Kette der Kap—Kairo-Bahn, mit deren Besitz ein wichtiges Mittel zur Beherrschung Afrikas in Englands Hand liegt. 2. Ist er in weiten Strecken



Ende der Flußschiffahrt

das Mittel für England, Amerikas Vorherrschaft auf dem Baumwollweltmarkte zu untergraben. Dazu fehlt es dem Sudan an Wasser. Die Regenmengen der in Betracht kommenden Gebiete reichen zu ihrer Erschließung nicht aus. Die naturgegebene Wasserzufuhr für diesen Zweck ist unbedingt der Blaue Nil mit seinen reichen Wassermengen. Es ist eine Lebensnotwendigkeit für die wirtschaftliche Ausbeutung des Sudan und Ägyptens, daß diese Wasser in einem geregelten Betriebe nutzbar gemacht werden. Die natürlichen Überschwemmungen des Blauen Nil sind dem Spiele des Zufalls zu sehr unterworfen, als daß man große wirtschaftliche Projekte darauf aufbauen könnte.

Das Problem des Blauen Nil und des Tsanasees ist mit vorurteilsfreiem Auge besehen ein rein wirtschaftliches. An dem Kampfe zweier Konkurrenten gewinnt der Verbraucher, und das ist in diesem Falle ein großer Teil unserer Erde. Eine objektive, reibungslose und vollständige Lösung der Frage wäre vom neutralen Standpunkt aus nur zu begrüßen. Leider ist aber in diese Frage von unberufener Seite soviel Politik hineingetragen worden, daß ihre Lösung sehr erschwert wird; denn infolge der so hervorgerufenen Stimmung werden an den guten Willen der beteiligten Mächte sehr hohe Ansprüche gestellt. Es ist im Grunde gleichgültig, wer der politische Herr des Wassergebietes ist, wenn beide Teile sich vertraglich binden und keiner seine Grenzen und Rechte zu überschreiten gedenkt.

Es scheint, daß England noch keine Absichten hegt, das Land des Wasserreichtums von Abessinien politisch loszulösen. Diese Besitzergreifung wäre für England ein neues politisches Problem, das in Zeiten politischer Ruhe eventuell, aber auch da nur mit schweren Opfern gelöst werden könnte, und dessen Lösung bis zum befriedeten Besitze jedenfalls wertvolle Jahre verschlänge. Heute aber, wo der Ruf nach Gleichheit und Selbstbestimmung aller Völker über die ganze Erde getragen wurde, wo England in verschiedenen Teilen seines Weltreiches ernsthafte Schwierigkeiten drohen, ist die Inangriffnahme neuer kriegesischer Eroberungen sicher nicht ins Auge gefaßt. England hat seinen Zweck, die Einrichtung der sudanesischen Baumwollgroßkulturen, ganz erreicht, wenn es die heute zum Teil nutzlos verrinnenden Wassermengen des Blauen Nilgebietes sich nutzbar machen kann.

Das Einzugsgebiet des Blauen Nil in Abessinien beträgt etwa 217 000 qkm Fläche, dagegen ist die Einzugsfläche des Tsanasees noch nicht 7% der des Blauen Nils. Die stärksten Zufluß- und Regengebiete sind südlich und westlich vom See. Schon allein das in Gesireh zu bewässernde Land würde mehr ver-

brauchen als der Tsanasee aufspeichern kann, abgesehen von dem Verlust auf dem weiten Wege. Wieviel weniger kann eine Stauung des Tsanasees dem Zwecke Englands genügen, eine Konkurrenz gegen das amerikanische Baumwollkönigtum möglich zu machen. Sie würde aber genügen als eiserne Wasserration für die in den Baumwollfeldern arbeitende Bevölkerung in den Zeiten schlimmster Trockenheit.

Die Schwierigkeiten, die sich dem Unternehmen von abessinischer Seite an sich schon entgegenstellen, sind erheblich und durch politische Hetze und Unklugheit vergrößert worden.

Eine Stauung des Tsanasees in der Höhe, wie sie die Engländer durchführen wollen, würde diejenigen Landesteile ständig unter Wasser halten, die jetzt nur während der Monate des Hochstandes mit Wasser bedeckt sind. In der Zeit des Tiefstandes aber sind diese vom Wasser durchtränkten Gründe das sog. „Walkamaret“, ein überaus fruchtbarer Ackerboden. Auf dieses Ackerland will die Bewohnerschaft nicht verzichten. Eine Schwierigkeit der Verständigung liegt auch darin, daß aller Besitz am Tsanasee Kirchen- oder Familienbesitz ist, und es in vielen Fällen fast unmöglich ist, alle Beteiligten unter einen Hut zu bringen. Dagegen: wenn man die Fläche des Walkabodens mit den weiten unbebauten fruchtbaren Gegenden auch nur der umliegenden Landesteile vergleicht, ist sie ein verschwindend kleiner Teil. Der Wert des Grund und Bodens und der des Getreides ist ein verhältnismäßig sehr geringer. Durch Verleihung anderer fruchtbarer Strecken mit Vorrechten und einer geldlichen Entschädigung zum Ausgleich des Fruchtbarkeitsunterschiedes, könnte bei klugem Vorgehen eine Befriedigung der Besitzer erreicht werden.

Der heikelste Punkt ist die Überschwemmung der mit Heiligtümern übersäten Inseln. Es sind meist nur mehr Trümmerstätten, doch bei einem an seiner religiösen Tradition so sehr hängenden Volke ist auch deren Zerstörung ein Grund zu schwerer Erbitterung. Es kommt dazu, daß die abessinische Geistlichkeit in allen politischen Fragen als Hetzer eine üble Rolle spielt. Doch wäre auch da eine Lösung möglich, wenn England in loyaler Weise mit vollkommener Schonung der religiösen Gefühle der Bevölkerung die Heiligtümer nach neuen Orten überführen ließe. Vor allem aber ist die Priesterschaft durch entsprechende geldliche Entschädigung zu gewinnen.

Das alles kann geschehen unter einer starken, das Vertrauen des gesamten Volkes genießenden Regierung. Denn das abessinische Volk ist im Vertrauen wie im Mißtrauen unbedingt. England aber hat selbst durch stete Einmischung

in die innerpolitischen Verhältnisse Abessiniens die Kraft und den Kredit der Regierung geschwächt. Es hätte leichteres Spiel, wenn es nicht allzuoft versucht hätte, die Geschicke eines Volkes willkürlich formen zu wollen, dessen Charakter uns Weißen ein Rätsel ist, und in dessen Gedanken- und Gefühls-gänge wir uns kaum je werden hineinleben können. Wenn die Frage des Tsanasees heute gelöst werden soll, so wird die Bewohnerschaft des Sees und mit ihr die des ganzen Landes in eine schwere Erbitterung geraten, die das Unternehmen in jeder nur möglichen Weise schädigen wird. Es ist eigentlich zu spät für England, wenn es sich jetzt in geradezu auffallender Weise zurückhält. Dafür ist Italien in den Vordergrund getreten, das an sich hier unbeliebt ist. Es ist anzunehmen, daß England hinter Italiens Auftreten steht, und es ist unwahrscheinlich, daß Italien jenseits des Suez-Kanals etwas ohne Englands Willen oder Zustimmung unternimmt. Soviel aber ist sicher, daß die Ausnützung der Konzessionen, die Italien erworben hat oder anstrebt, ein Vorschreiten der Dezentralisierung Abessiniens mit sich bringt, die England nur recht sein muß, wenn es mit dem geeinigten Abessinien auf keine friedliche Weise zu seinem Ziel kommen kann.

Das Argument, daß das Wasser des Einzugsgebietes des Tsanasees besser für Baumwollkulturen in Abessinien verwendet werden solle, wird zu unrecht gegen den englischen Plan aufgeführt. Gerade dieses Gebiet kommt für Baumwollbau nicht in Betracht, vielmehr die westlichen, südlichen und östlichen Tiefländer Abessiniens, von denen nur die ersten im Einzugsgebiet des Blauen Nil liegen. Gerade diese und die südlichen Gebiete haben die genügende Regenmenge, die eine künstliche Bewässerung überflüssig macht. Abessinien könnte mit dem Sudan zusammen das amerikanische Baumwollkönigtum stürzen. Diese Möglichkeit liegt aber in weiter Ferne. Der Abessinier, und sei es der fleißigste, ist noch immer faul nach unserem Begriff. Geld lockt ihn nur dann, wenn ihm nicht zugleich der Schweiß der Arbeit droht. Zudem ist die Wirtschaft des Landwirts in keiner Weise gesetzlich geschützt, und jederzeit der Willkür der Gouverneure und aller ihrer Beamten ausgesetzt. Die Verhältnisse im Baumwollbau liegen so, daß nur der kleinere Teil der Bevölkerung seine Kleidung aus der einheimischen Kultur bestreiten kann, die Menge kleidet sich in amerikanischen Baumwollstoff, der zum Teil schon von belgischem und in billigeren Qualitäten vom japanischen verdrängt wird.

Wie Amerika sich einschob

Das Drängen Englands zur endlichen Erledigung des Tsanaseeplanes hat in Amerika das Interesse für Abessinien wachgerufen. Für Abessinien selbst gewann Amerika nach dem Weltkriege Wichtigkeit, als es für Frankreich galt, das Italien gegebene Versprechen für sein Eintreten in den Krieg einzulösen, nämlich ihm Djibouti abzutreten. Damals kam als Vertreter der Siegermächte ein amerikanischer Abgesandter, der an Abessinien die Frage stellte, ob es mit der Besitzänderung in seinem Zugangshafen einverstanden sei. Abessinien antwortete natürlich: „Nein, wir haben eine alte Blutrache mit Italien und können nicht dulden, daß es noch mehr Teile an unseren Grenzen besetze.“ Damit blieb Djibouti französisch. Abessinien aber blieb in stetem Verkehr mit Amerika. Es bildete sich in Abessinien die Meinung, daß Amerika sein natürlicher Beschützer sei, und als eine amerikanische Mission ankam, um in allen Teilen des Landes Hospitäler und Schulen zu errichten, wurde sie freundlich aufgenommen. Sie hat sich bereits an mehreren Orten erfolgreich niedergelassen.

Als England nun zum Ziele zu kommen drängte, war Abessinien bereits von allen Seiten belehrt und wußte um die Wichtigkeit des Unternehmens der sudanesischen Baumwollgroßkultur für amerikanische Wirtschaft. Es wandte sich dahin. Amerika sollte — der Gedanke war schon 1924 da — tätig in die Lösung des Problems eingreifen. Es war nach der politischen Verhetzung, zu der England selbst nur zuviel beigetragen hatte, für Abessinien naheliegend, dem nunmehr unvermeidlichen Übel den Giftstachel zu nehmen und das Problem zu zerreißen zwischen dem Verbraucher und einem Unternehmer. Wenn der persönliche Haß gegen England schon so groß war, konnte ja der Unternehmer ein zwischen den Parteien stehender Neutraler sein. Diesen Gedanken ließ man aber beiseite. Amerika sollte am Tsanasee den Staudamm bauen, der England im geregelten Betriebe die Mittel an die Hand gibt, dem amerikanischen Baumwollbau einen ernsthaften Stoß zu versetzen.

Es ist vorauszusehen, daß England einmal an den politischen Herrn des Wasserzuflußgebietes, zum anderen Mal an den Unternehmer so hohe Tribute wird leisten müssen, finanziell oder in einer anderen Form, daß das Budget der Baumwollgroßkulturen zu hoch belastet wird, als daß ihre Konkurrenzfähigkeit effektiv werden könnte. Oder: Wenn die Kulturen mit dem tiefer abgefangenen Überschuß des Blauen Nil soweit gediehen sind, daß sie selbst kein Wasser mehr benötigen, so kann doch der Erfolg ganz in Frage gestellt werden, wenn die Arbeiter sie verlassen müssen, weil sie selbst der Verdurstung preis-

gegeben sind in Zeiten äußerster Trockenheit. In diesem Falle aber ist die eiserne Ration des Tsanaseewassers da, eventuell als Kopfstation einer Reihe von Stauseen mit ähnlicher Aufgabe. Die Regierung kann wohl im äußersten Falle die Bevölkerung gegen Hunger schützen, aber nicht vor dem Verdursten, und somit beruht unter Umständen der ganze Erfolg auf dem guten Willen dessen, der das nötige Wasser in der Hand hat und es verweigern kann.

Art. 3 des Grenzregulierungsvertrages Englands mit Kaiser Menelik vom 15. Mai 1902 besagt, daß ohne Englands Einverständnis weder im Tsanasee noch im Blauen Nil noch im Sobat Staudämme errichtet werden dürfen, die den Abfluß des Wassers nach dem Sudan hindern. Wenn Verträge gelten, wäre England gegen jede ihm nicht zusagende Einmischung geschützt. Aber heute werden alle Verträge vor dem Forum der Welt verhandelt und da gönnt keiner dem anderen einen Vorteil, für den er selbst nicht einen anderen Vorteil einhandeln kann.

Und Deutschland?

Daß Amerika sich an Abessinien nicht mehr desinteressieren will, beweist der Umstand, daß es eine Gesandtschaft hier unterhält. Es will aber sichtlich nach dem Sturm von Aufregung, den sein Eingreifen in Englands Pläne dort hervorgerufen hat, nicht offen und aktiv auftreten, sondern sucht einen Strohmann zu gewinnen. Der Propaganda nach, die dafür gemacht wird, wäre dieser Deutschland. Welchen Grund hätte Deutschland, darauf einzugehen, nachdem es vom Lande eines Wilson so oft und so schwer betrogen ist? Was bietet Amerika im Spiele der internationalen Politik als Äquivalent? Denn wenn Deutschland das unternimmt, setzt es in Abessinien alle Chancen dran, die es bis heute als neutraler befreundeter Staat hat, worauf seine Beliebtheit beim abessinischen Volke beruhte. Diese Stellung würde dann auf das im Hintergrunde stehende Amerika übergehen, dessen machtpolitische Interessiertheit an der Frage durch das Vorschieben Deutschlands verborgen bliebe. Wenn Deutsche das Land und die Heiligtümer unter Wasser setzen, wodurch Einheimische von ihrer Scholle und die gefährlichste Klasse des Volkes, die Priester, aus ihren Heiligtümern vertrieben werden, tritt Deutschland in die Rolle Englands ein und erbt dessen Verhaßtsein. Und wenn die Abessinier allzuviel Schwierigkeiten in den Weg rollen, und die abessinische Regierung nach ihrer gewohnten Weise die Schikaneure nicht zur Verantwortung zieht und selbst keinen Willen zeigt, die Verträge einzuhalten, welche Macht wird sich da hinter Deutschland stellen, um Abessinien zu zwingen, den eingegangenen

Verpflichtungen nachzukommen? Es kann der Fall eintreten, daß Deutschland dann verlassen dasteht, daß Amerika kein so großes Interesse daran hat, wenn es nicht entsprechend von England hinzugezogen wird, und daß England unter diesen Bedingungen seinerseits wenig Interesse daran hat, daß der Staudamm mit deutscher Arbeit und amerikanischem Gelde erbaut werde. Es kann auch der Fall eintreten, daß Amerika im Einverständnis mit Abessinien die Fertigstellung des Dammes als gar nicht wünschenswert ansieht.

Es heißt, daß Deutschland für den Staudamm amerikanisches Kapital erhalten habe. Weshalb gibt Amerika Geld zu einem Unternehmen, durch welches seine eigene Stellung auf dem Baumwollmarkt gefährdet ist?

Amerika wahrt den Anschein, daß es nicht die interessierte Partei, nur der gerufene Helfer sei. Lohnt es sich für Deutschland, sich selbst zu exponieren und den anderen ihr Spiel zu erleichtern?

LEOPOLD WEISS:

Zwischen Nedschd und Irak II

VI

Und nun beginnt der aktuelle Teil der Angelegenheit. Wie bereits erwähnt, verbietet § 3 des ersten Protokolls von Uqair beiden Parteien, Befestigungen an der irakisch-nedschdischen Grenze anzulegen. Im Sommer 1927 aber erbaute die irakische Regierung ein Fort am Grenzbrunnen von B'seyya, legte eine Militär-garnison hinein und kündigte offiziell an, daß demnächst weitere Forts in der Grenzzone errichtet würden. Zwei davon (es-Sâfa und Salmân) sind auch inzwischen fertiggestellt worden. Ibn Sa'ud protestierte brieflich gegen diesen offenen Vertragsbruch und erhielt — nach Monaten — eine ausweichende Antwort.

Im September 1927 (er war damals in Mekka) telegraphierte Ibn Sa'ud nach Bagdad: „Ich höre, daß unter meinen Grenzstämmen eine große Erregung wegen der vertragswidrigen Festungsbauten herrscht. Die Lage ist gefährlich, da die Stämme auf eigene Faust vorzurücken drohen.“ Wie gewöhnlich, kam die Antwort erst nach Monaten (diesmal waren es drei), als die Explosion bereits erfolgt war. In den letzten Oktobertagen rückte der bereits früher genannte Feyssal ed-Dauisch an der Spitze seiner Muteyr-Beduinen vor, zerstörte das Grenzfort B'seyya, tötete die Soldaten und Bauarbeiter, ohne den umwohnenden irakischen Stämmen auch nur das Geringste anzutun. Britische Flugzeuge er-

schiienen, besichtigten die Lage und kehrten — gegen ihre sonstige Gewohnheit —, ohne eine einzige Bombe abzuwerfen, wieder heim. Es wäre ihnen damals leicht gewesen, ed-Dauisch zurückzuweisen (wozu ihnen ja die Verträge von Bahrah und Haddah das Recht gaben) und damit die Angelegenheit aus dem kriegesischen Fahrwasser in ein diplomatisches hinüberzuleiten; die Frage der Fortsbauten hätte dann auf dem Verhandlungswege ruhig weiterbehandelt werden können. Es scheint aber nicht im Interesse der irakisch-englischen Regierung gelegen zu sein, den Dingen einen ruhigen Verlauf zu geben — es drängt sich vielmehr dem unparteiischen Beobachter die Vermutung auf, daß man drüben eine schärfere Entwicklung geradezu wünschte. Wie wäre es anders zu erklären, daß die britischen Kampfflugzeuge den durch ihre Untätigkeit ermunterten ed-Dauisch auch weiterhin ungeschoren ließen, solange er sich auf irakischem Territorium befand, und daß sie ihn ganze zehn Tage lang Raubzüge verüben ließen, ohne irgend etwas gegen ihn zu unternehmen.

Inzwischen war Ibn Sa'ud in Riadh eingetroffen. Abordnungen der nördlichen Stämme erschienen und verlangten einen großen Kriegszug gegen den Irak. Ibn Sa'ud wies sie schroff ab, erklärte den ed-Dauisch für einen Staats- und somit (nach islamischem Recht) einen Religionsverbrecher und ließ seine Auffassung durch ein Fetwa (religiöses Edikt) der nedschdischen Ulema bekräftigen. Er ließ bewaffnete Abteilungen aus den Provinzen Hayel und el-Hasa zur Bewachung der nördlichen Grenzgebiete abgehen. ed-Dauisch kehrte als ein Geächteter nach seinem Wohnort Artaiya zurück und erhielt den Befehl, dort seine Aburteilung abzuwarten. Gleichzeitig wurden die Unterstützungen an Geld und Lebensmitteln, die Ibn Sa'ud den meisten seiner Stämme aus dem Staatsschatze gewährte, für ed-Dauischs Muteyr-Abteilung widerrufen. Die irakische Regierung wurde von diesen Maßnahmen offiziell in Kenntnis gesetzt, und es wurde ihr mitgeteilt, daß der schuldige ed-Dauisch einer schweren Bestrafung entgegensiehe.

Dieser neue Konflikt hätte somit leicht geregelt werden können. Als aber die Dinge soweit waren, teilte der britische Hohe Kommissar im Irak Ibn Sa'ud telegraphisch mit, daß ein Flugzeuggeschwader abgeschickt würde, um ed-Dauisch (der sich nunmehr auf nedschdischem Territorium befand), zu bestrafen und ihn — zum Gehorsam gegenüber Ibn Sa'ud zurückzubringen. Ibn Sa'ud sandte sofort einen Kurier nach Bahrein und ließ von dort nach Bagdad telegraphieren. Er protestierte gegen die beabsichtigten Maßnahmen unter Berufung auf die Verträge von Bahrah und Haddah, die eine Verfolgung von Verbrechern auf

dem Territorium der andern Partei verbieten; er brauche nicht die englische „Hilfe“, um seine Autorität gegenüber ed-Dauisch geltend zu machen; und er warnte vor den Folgen, die eine britische Flugzeugaktion über nedschdischem Gebiet unter den schon genügend erregten „Echuân“ haben könnte . . .

Die Warnung blieb ungehört. Ende Januar 1928 überflog ein britisches Luftgeschwader das nedschdische Grenzterritorium und warf einige Bomben ab. Die nördlichen „Echuân“ gaben darauf untereinander die Losung zu einem Rachezug gegen den Irak aus — und nur der eisernen Energie Ibn Sa'uds war es zu verdanken, daß die große Bewegung rechtzeitig aufgehalten wurde und es nur hie und da zu kleinen Grenzplänkeleien kam.

Noch einmal versuchte man zu verhandeln. Im Sommer 1928 erschien Sir Gilbert Clayton als Vertreter Großbritanniens in Dschiddah, um alle die schwebenden Konflikte zu „bereinigen“. Man konnte zu keiner Einigung gelangen, da die Ansichten der beiden Parteien hinsichtlich der Grenzbefestigungen in der Grenzzone einander schroff gegenüberstehen. Denn was ist Grenzzone? Darüber eben gehen die Meinungen auseinander. Der Vertrag von Uqair enthält keine eindeutigen Bestimmungen darüber, — weil Ibn Sa'ud, der damals persönlich die Verhandlungen mit dem britischen Oberkommissar Sir Percy Cox geführt hatte, einen allzu ausgeprägten Sinn für Ehrlichkeit und Worthalten auch in der Politik hat und dasselbe (wenigstens damals) auch bei der Gegenpartei voraussetzte. Es genügte ihm, daß Sir Percy ihm vor Abschluß des Vertrages die mündliche Versicherung gab, daß die britische Regierung das ganze Gebiet von der nedschdischen Grenze bis zum Schad-el-Arab als Grenzzone betrachte. Aber selbst, wenn man eine solche „mündliche Versicherung“ als beweiskräftiges Argument in einem politischen Streit objektiv nicht gelten läßt, so hat Ibn Sa'ud in diesem Fall einen andern Anhaltspunkt: vor mehr als zwei Jahren wurde er von dem britischen Hohen Kommissar in Bagdad aufgefordert, die neugegründete „Echuân“-Siedlung Lina, welche mehr als 70 englische Meilen von der irakischen Grenze entfernt war, aufzugeben, weil sie (und das ist angesichts des militanten Charakters der „Echuân“ nicht verwunderlich) gegen den § 3 des Protokolls von Uqair (Verbot von Befestigungsbauten, militärischen Anlagen und Garnisonen in der Grenzzone) verstoße; und Ibn Sa'ud stimmte dieser Auffassung bei und zerstörte Lina. Aus diesem Präzedenzfall geht eindeutig hervor, bis zu welchen Entfernungen von der Grenze jedenfalls nicht gebaut werden darf. Als nun die Engländer 1927 das Fort von B'seyya in 55 englische Meilen Entfernung von der Grenze anlegten, konnte

Ibn Sa'ud mit gutem Gewissen sagen: „Was mir recht war, muß auch euch billig sein“ — und vertrat dieselbe Auffassung auch in den Verhandlungen mit Sir Gilbert Clayton im Sommer 1928. Seine Forderung war und ist: Zerstörung der drei bestehenden Forts (B'seyya, Salmán und es-Safa) und kein Bau von neuen. Der britische Standpunkt ist: wir wollen zwar vorläufig keine neuen Befestigungen bauen, aber die bereits bestehenden (auch B'seyya ist inzwischen wiederhergestellt worden) müssen bleiben. Hierbei wurde ein neues Argument vorgebracht: die Grenzziehung vom Jahre 1922 habe eine fehlerhafte Karte zur Grundlage gehabt — die aber inzwischen korrigiert worden sei: und auf dieser korrigierten Karte habe es sich gezeigt, daß B'seyya ganze 75 Meilen von der Grenze entfernt und also als außerhalb der Grenzzone liegend zu betrachten sei! Es ist nur selbstverständlich, daß Ibn Sa'ud einer so einseitigen Grenzberichtigung nicht die geringste Sympathie entgegenzubringen vermag. Die Konferenz von Dschiddah ging ergebnislos auseinander.

VII

Es fragt sich nun, welches Interesse Großbritannien an dem Bau der Befestigungen an der nedschdischen Grenze hat? Auch wenn der bedeutsame, oben erwähnte Brief des Hohen Kommissars im Irak, Sir Henry Dobbs (vom Juni 1927), in welchem er Ibn Sa'ud für die Ruhe und Disziplin unter den nedschdischen Grenzstämmen dankte, überhaupt niemals geschrieben worden wäre, könnte man nur mit äußerstem Skeptizismus die englische Behauptung aufnehmen, die Grenzbefestigungen seien lediglich „defensiv“ gedacht: um nedschdische Übergriffe auf das Territorium des Irak unmöglich zu machen. Dieser „defensive Charakter“ ist mehr als fraglich: er ist unwahr. Welchen wirklichen Sinn können nun die Grenzbefestigungen haben?

Wir wissen schon seit langem, daß England einen kurzen Landweg nach Indien zu konstruieren sucht; das bisherige System einer Kette von befestigten Häfen (Gibraltar, Malta, Aden usw.) kann der schnellen Entwicklung der modernen Verkehrstechnik nicht mehr genügen: ein Überlandweg ist — zum Teil wenigstens — notwendig. Dies ist der Sinn der britischen Mandate Palästina, Transjordanien und Irak. Im Verfolg derselben Idee wußte Großbritannien seine Verträge mit Ibn Sa'ud (Uqair, Bahrah und Haddah) so zu gestalten, daß ihm ein breites Verbindungsstück — der sogenannte „britische Korridor“ — zwischen Transjordanien und Irak verblieb. Durch diesen „Korridor“ soll, wie allgemein bekannt, die künftige Eisenbahn Haifa-Bagdad gehen,

welche die wochenlange Schiffsreise nach Indien zum größten Teil in eine kurze Überlandreise verwandeln würde. Außerdem soll eine parallele Rohrleitung das mesopotamische Petroleum der britischen Mittelmeerflotte zuführen.

In neuerer Zeit scheint man nun diesen Plan zugunsten eines andern, noch kürzeren Überlandweges verändert zu haben: ebenfalls mit dem Kopfpunkt Haifa — aber mit dem Endpunkt Basrah . . . eine Krönung des Verkehrsproblems England-Indien. Eine nicht geringe Rolle spielt hierbei das südpersische Petroleumgebiet der Anglo Persian Oil Company, deren Aktien zu zwei Drittel der britischen Regierung gehören. Ihr wichtigster Petroleumhafen, die Insel Abadan am Kopf des Persischen Golfs, würde somit unmittelbar an das Mittelmeer angeschlossen werden. Die Flankensicherung dieses Systems soll eine neue Eisenbahnlinie gewährleisten: zwischen dem Hafen Aqaba am gleichnamigen Meerbusen und dem Städten Maan an der Hedschasbahn, wodurch also eine unmittelbare Landverbindung zwischen dem Mittelländischen Meer, dem Roten Meer und dem Persischen Golf hergestellt würde. Ein sehr heikler und verletzlicher Punkt des britischen Imperiums, der Suezkanal, würde somit aufhören, die Quelle ewiger Gefahren und Sorgen zu sein — und diese Tatsache allein würde genügen, die englische Kolonialpolitik zu den größten Anstrengungen anzuspornen. So wird es begreiflich, warum England dem Hafen Aqaba eine so große Bedeutung beimißt.

Wenn wir auf der Karte eine gerade Linie zwischen den Orten Haifa—Basrah ziehen, so sehen wir, daß sie nicht — wie die Linie Haifa—Bagdad — durch einen „britischen Korridor“, sondern zum Teil durch nedschdisches Gebiet und zum andern Teil längs der nedschdisch-irakischen Grenze geht. Es ist offensichtlich die Absicht Großbritanniens, durch Errichtung einer planmäßigen Kette von Forts längs der Grenze auf die Stämme des nördlichen Nedschd einen ständigen Druck nach dem Süden auszuüben, um einem künftigen Vorrücken der Grenze in dieser Richtung den Boden vorzubereiten.

Daneben sollen wohl die Fortsbauten, falls die Verwirklichung der Hauptstrecke Haifa—Basrah sich als in der nächsten Zukunft unmöglich erweist, vorläufig als ein Druckmittel zur Erreichung anderer, mit der Flankensicherung des Systems zusammenhängender Absichten erreicht werden. Die eine Sicherungs- und Zubringerlinie soll, wie bereits oben erwähnt, in der Strecke Aqaba—Maan—Hedschasbahn bestehen; die zweite läßt sich in dem englischen Bestreben erkennen, die unter Ibn Sa'uds Oberhoheit stehende Strecke der Hedschasbahn zwischen Medina und Maan unter britischen Einfluß zu bringen.

Wie man weiß, ist diese Strecke im Weltkrieg, während Husseins Aufstandes gegen die Türken, von vereinten arabisch-englischen Streitkräften zerstört worden; und man weiß auch, daß Ibn Sa'ud ihre Wiederherstellung sehr am Herzen liegt, aber mangels verfügbarer Mittel immer wieder verschoben werden mußte. Nun hat die britische Regierung vor Jahresfrist Ibn Sa'ud den Vorschlag gemacht, ihre finanzielle und technische Mithilfe am Wiederaufbau zu leisten, wofür Ibn Sa'ud ihr (der britischen Regierung) das Mitaufsichtsrecht über diese Strecke einräumen sollte. Wie zu erwarten war, hat Ibn Sa'ud diesen Vorschlag, der einer britischen Durchdringung des nördlichen Hedschas gleichkäme, aufs entschiedenste abgelehnt. Aber die englischen Wünsche beschränken sich nicht nur auf die Eisenbahnstrecke Maan—Medina: es wurde Ibn Sa'ud auch nahegelegt, der britischen Regierung gegen eine bedeutende Entschädigung die Konzession zur Errichtung einer englischen Flottenbasis in Rabegh, einem kleinen Ort am Roten Meer nördlich von Dschiddah, sowie eine Bahnverbindung zwischen diesem Hafen und Medina zu gewähren — also wieder Anschluß an das große nordarabische Eisenbahnsystem, welches wir oben ausführten. Auch diese Konzession war von Ibn Sa'ud nicht zu erreichen.

Durch Fortführung der Befestigungsbauten an der irakisch-nedschdischen Grenze soll nunmehr für den Nedschd eine so unerträgliche Lage geschaffen werden, daß Ibn Sa'ud nach und nach zu einem Kompromiß gegenüber den drei englischen Konzessionswünschen (Mitaufsicht der Hedschasbahn Maan—Medina, Flottenbasis in Rabegh und Eisenbahnlinie Rabegh—Medina) gezwungen würde. Sollte aber dieses nordwestliche „Flankensystem“ einmal zur Ausführung gelangen, so würde damit (ein Blick auf die Landkarte überzeugt uns davon) Nordarabien derart in die Zange genommen, daß es Ibn Sa'ud nun nicht mehr möglich wäre, auch den Bau der Eisenbahn längs der irakisch-nedschdischen Grenze nach Basrah zu verhindern; der Verlust seiner nördlichsten Provinz Dschôf (zwischen der Großen Nefoud-Wüste und der syrisch-irakischen Hammâda gelegen) wäre die unvermeidliche Folge. Denn sollte die Kette der umstrittenen Forts in ihrer ganzen geplanten Ausdehnung zur Ausführung gelangen, so wäre an eine Verteidigung der Provinz im Kriegsfall nicht zu denken. Ibn Sa'ud weiß, welche Rolle die Möglichkeit einer Annexion von Dschôf in dem englischen Eisenbahnplan spielt — da es organisch nicht möglich ist, eine Eisenbahnlinie von Haifa nach Basrah zu führen und als gesichert zu betrachten, wenn die Stadt Dschôf als militärischer Stützpunkt im Besitz einer andern Macht verbleibt. Wir haben bereits erzählt, wie auf der Konferenz von Kuweyt

(1924) von transjordanischer — und somit von englischer — Seite an Ibn Sa'ud die Forderung gestellt wurde, Dschöf an Transjordanien abzutreten; er hat diesen Versuchsballon noch nicht vergessen.

VIII

Daneben aber hat Ibn Sa'ud noch andere, näherliegende Gründe, dem Bau von Befestigungen an der irakischen Grenze seine Zustimmung zu versagen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß das in Frage kommende Grenzgebiet eine typische Steppenlandschaft mit nomadischer Bevölkerung ist. Die Beduinen sind ausschließlich auf Viehzucht angewiesen und genötigt, in Anpassung an die jeweiligen Weideverhältnisse ihren Wohnsitz mehrmals im Jahre zu verändern. In der trockenen Periode, welche in Arabien den größten Teil des Jahres ausmacht, gibt der Wasserstand in den Brunnen des betreffenden Weidegebietes den Ausschlag für die Richtung ihrer Wanderbewegung. In früheren Zeiten waren die Gebiete des Irak und des Nedschd niemals scharf gegeneinander abgegrenzt; so gab es auch keine Hemmung für die Bewegung der Stämme, es sei denn die, welche sich diese untereinander nach altüberlieferten Abkommen selbst auferlegten; nämlich die Abgrenzung der den einzelnen Stämmen zukommenden Weidegebiete. Als aber Großbritannien das türkische Erbe im Irak antrat und Ibn Sa'ud durch seine Eroberung von Hajel (1921) unmittelbarer Nachbar des britischen Mandatgebietes geworden war, sah man sich veranlaßt, eine endgültige Grenze zwischen diesem und dem Nedschd festzulegen. Das geschah 1922 in dem Protokoll von Uqair, wobei man sich — und das war angesichts der territorialen Verwickeltheit der „Weidegebiete“ nicht anders möglich — zu einer durchaus künstlichen, lediglich geographischen Grenzziehung mit Bleistift und Karte entschloß. Doch wurde hierbei den Bedürfnissen der beiderseitigen Grenzstämme Rechnung getragen, indem man den Grundsatz einer freien Wanderbewegung der einzelnen Stämme innerhalb ihrer alten Weidegebiete weiterhin gelten ließ und sich lediglich über die Staatszugehörigkeit der verschiedenen Gruppen und die praktische Handhabung der Grenzgerichtsbarkeit einigte (dieser letztgenannte Punkt wurde im Vertrag von Bahrah, 1. November 1925, endgültig geregelt).

Soweit schien alles in Ordnung zu sein, und auch die Frage der ewigen Grenzübereien hätte sich bei beiderseitigem guten Willen schließlich regeln lassen. Als man aber in England den neuen Eisenbahnplan Haifa—Basrah ins Auge faßte, veränderte sich die Sachlage. Denn nunmehr ist der britischen

Politik viel daran gelegen, die künftige Eisenbahnlinie aus dem Gefahrenbereich einer möglichen nedschdischen Aktivität herauszubringen: und deshalb der Gedanke eines „Drucks nach dem Süden“, der die nedschdischen Beduinenstämme mit Hilfe einer Kette von Befestigungen in ihren Wanderzügen über die politische Grenze hinaus hemmen und sie zwingen soll, sich neue Weidegebiete weiter im Süden zu suchen. Dem aber kann und wird Ibn Sa'ud niemals zustimmen, denn es bedeutet nichts anderes als die wirtschaftliche Ausschaltung eines ziemlich bedeutenden nedschdischen Gebietsstreifens und somit eine tatsächliche — wenn auch für den Augenblick nicht „nominelle“ — Gebietsberaubung des Nedschd. Es darf nicht übersehen werden, daß der König 1922 der künstlichen Grenzziehung nur im Hinblick auf die vertraglich festgelegte Bewegungsfreiheit seiner nördlichsten Stämme zugestimmt hatte.

Wenn man dieses erwägt, wird man begreifen, weshalb die britisch-irakischen Grenzbefestigungen wie ein rotes Tuch auf die „Echuân“ wirken. Wenn ihnen von englischer Seite der Vorwurf gemacht wird, das einzige Motiv ihrer Kriegszüge während der letzten 18 Monate sei lediglich ein blutdürstiger Fanatismus, der sie zu einer prinzipiellen HaßEinstellung gegen „Ungläubige“ dränge, so entspricht dies nur zu einem kleinen Teil der Wahrheit. Die ganze Wahrheit läßt sich auch hier — wie so oft — erst finden, wenn man die wirtschaftlichen Gegebenheiten mit in Betracht zieht. Und diese liegen in unserm Fall einfach genug: die Beduinen des nördlichen Nedschd sind nicht gewillt, sich von dem britischen Imperialismus mit seinen Sorgen um einen kurzen Landweg nach Indien ihr ohnehin schon karges Brot rauben zu lassen.

IX

Immer noch liegt die nächste Zukunft im Dunkel verborgen. Von englischer Seite ist wiederholt der sinnige Vorschlag ergangen, die Angelegenheit der Grenzbefestigungen — die ja den sichtbaren Kern des ganzen Konflikts ausmacht — einem neutralen Schiedsgericht vorzulegen, das darüber zu entscheiden hätte, ob die Forts „innerhalb“ oder „außerhalb“ der sogenannten Grenzzone liegen. Aber Ibn Sa'ud sieht sein Recht zu klar, um es zu einem „Problem“ zu machen. Ein Schiedsgericht scheint ihm nur in einer Richtung möglich zu sein: nicht die Frage der Befestigungen, sondern der Grenze überhaupt neu zu untersuchen, da man ja auf der Gegenseite den Standpunkt vertritt, eine fehlerhafte Karte habe den Grenzverhandlungen in Uqair zugrunde gelegen. Wenn er — wie zu erwarten ist — weiterhin mit allem Nachdruck die Schleifung

der Grenzforts fordert, wird man wahrscheinlich von englischer Seite die oben erwähnten Konzessionen als „annehbare Entschädigung“ für seine Forderungen wieder in den Vordergrund stellen. Aber auch Ibn Sa'ud versteht es, mit weiten Zeiträumen zu rechnen und sieht in der Gegenwart die Zukunft. Er lehnt alle Konzessionen und auch die vertragswidrigen Befestigungsbauten ab. Dies ist bei ihm nicht etwa rhetorische Geste, sondern Ausdruck eines tiefen, religiösen Gerechtigkeitsgefühls; einer Ungerechtigkeit zuzustimmen, hieße — in Ibn Sa'uds Auffassung — sich selber eine Ungerechtigkeit zuschulden kommen zu lassen. Er wird es nötigenfalls auch wissen, seinem Standpunkt den Nachdruck der Tat zu verleihen; und daß er nicht schwach ist, weiß England nicht weniger als er selbst. In der ausländischen Presse hat man in den letzten Monaten mit großem Eifer zu beweisen gesucht, daß Ibn Sa'uds Reich in einer schweren innerpolitischen Krise stehe und von einer allgemeinen Aufstandsbewegung der Stämme bedroht sei; aber das ist nichts weniger als wahr. Die „Aufstandsbewegung“ ist weder allgemein noch auch hat sie krisenhaften Charakter. Ihr Movens ist die Unzufriedenheit einiger Stammesführer mit Ibn Sa'uds allzu großer Duldsamkeit gegenüber seinen nördlichen Nachbarn. Aber gerade im Augenblick einer kriegerischen Verwicklung mit dem Ausland würden alle Reibungen mit einem Schlag verschwinden und alle Stämme des Reiches stünden in geschlossener Front hinter ihrem Führer Ibn Sa'ud.

MANFRED LANGHANS-RATZBURG:

Das japanische Reich geojuristisch betrachtet II

5. Wichtige Hoheitsrechte im Ausland

Es handelt sich hierbei um zum Teil sehr weitgehende Rechte Japans auf dem ostasiatischen Festland außerhalb des eigentlichen japanischen Besitzes. Japan hat diese Form gewählt, weil, wie bei Rußland, im Augenblick nicht mehr zu holen war, oder weil, wie bei China, der Neid anderer Mächte nicht mehr zu erzwingen zuließ. Es würde aber eine vollständige Verkennung der machtpolitischen Kräfteverteilung in Ostasien bedeuten, wollte man übersehen, daß Japan allenthalben hier seine Posten vorgeschoben und so, kartographisch gesprochen, den ganzen Ostrand des Erdteils japanisch angetönt hat. Wir erwähnen allerdings nur solche Rechte, die natürliche Landschaften in ihrer Gesamtheit erfassen und nicht nur (wenn auch noch so systematisch erworbene

und wirtschaftlich wie geopolitisch wichtige) räumliche Einzelercheinungen darstellen, wie Bergbaurechte usw. der japanischen Regierung in China. Denn nur bei ersteren liegen rechtlich faßbare Schritte in der Richtung auf die angestrebte Ausübung der Gebietshoheit über die betreffende Landschaft vor. Aus dem gleichen Grunde bleiben nachfolgend unbesprochen die Rechte auf abgabefreie Fischerei an den russischen Küsten des Japanischen, Ochotskischen und Behring-Meeres, auf freie Schifffahrt auf Amur, Ussuri, Sungari und Liaho (insgesamt 7000 km Strecke) auf Freiheit des Reisens, Handelns und Siedelns in der Südmandschurei und, in abgeschwächtem Maße, in der östlichen Inneren Mongolei usw.; alle diese Rechte sind nicht dem japanischen Staat als solchem sondern nur der Gesamtheit seiner einzelnen Staatsbürger zugesprochen, so daß hierauf irgendwelche Ansprüche auf eine gegenwärtige mittelbare oder künftige unmittelbare Verwaltung des Raumes durch die japanische Staatsgewalt nicht gegründet werden können.

Allen Hoheitsrechten gehen an politischer Bedeutung und wissenschaftlichem Interesse voran die Verwaltungsrechte im Südmandschurischen Eisenbahngebiet (South Manchurian Railway Zone), die erst durch Clydes⁵⁾ tief-schürfende Monographie ins rechte Licht gesetzt worden sind. Durchzieht und beherrscht doch das Eisenbahngebiet den wichtigsten Teil der Mandschurei, jenes an landwirtschaftlichen Erzeugnissen ebenso wie an hochwertigen Kohlen und Erzen überreichen Landes, das unter hauptsächlich japanischer Leitung einen unerhörten wirtschaftlichen Aufschwung nimmt und das für die japanische Wirtschafts- und Machtentfaltung tatsächlich unentbehrlich ist. Und der Lebensnerv dieser südlichen Mandschurei ist eben ihr Eisenbahngebiet! Es handelt sich dabei unumstritten um die Hauptlinie Rjojunko (Port Arthur)-Changchung mit einigen Stichbahnen und der Anschlußbahn Mukden-Antung nach Korea, insgesamt 1054 km Bahnlänge; da das Eisenbahngebiet in je 1 km Breite rechts und links der genannten Bahnen hinzieht und für die Bahnhöfe einige Ausbuchtungen einbezieht, kann es auf 2243 qkm geschätzt werden. Dabei sind also nicht mitgerechnet die von den Japanern aus den unten angegebenen Gründen selbst nicht als voll zugehörig betrachteten Strecken Changchung-Charbin und Changchung-Kirin. Auf dem Südmandschurischen Eisenbahngebiet wohnen über 300 000 Menschen, von denen schon ein Drittel Japaner sind.

Geschichte und Umfang der Eisenbahnrechte sind einigermaßen verwickelt. Nachdem China im Vertrag vom Dezember 1895 von Rußland eine größere Anleihe erhalten hatte, wobei die Russisch-Chinesische Bank ins Leben gerufen

worden war, mußte es den Russen gewisse Versprechungen hinsichtlich einer von ihnen zu bauenden Bahn durch die Mandschurei machen. Ob diese Versprechungen in dem von Li Hung-tschang und Witte am 3. Juni 1896 abgeschlossenen Petersburger Vertrag enthalten und nur allgemeiner Natur waren oder ob sie in dem neuerdings als Fälschung bezeichneten sogenannten Cassinivertrag vom 8. April 1896 schon eine nähere Festlegung gefunden hatten, bleibe dahingestellt. Jedenfalls regelte dann der zwischen China und der Russisch-Chinesischen Bank in Berlin am 8. September 1896 abgeschlossene und am 20. Dezember 1896 näher ausgeführte Vertrag den Bau der Ostchinesischen Bahn (Mandschuria-Charbin-Pogranitschaja) derart, daß die Bank die Ostchinesische Eisenbahngesellschaft errichtete, deren Aktionäre und Beamte nur Chinesen und Russen werden konnten, deren Vorsitzender ein Chineser sein, und die unter unmittelbarer Aufsicht des russischen Finanzministeriums stehen sollte. Die Konzession der Gesellschaft umfaßte Bau und Betrieb der Eisenbahn sowie Steuer- und Polizeihochheit auf dem gesamten Eisenbahngebiet, das in seiner Gesamtheit in das Privateigentum der Gesellschaft überging, während die bisherigen privaten Grundeigentümer ihre Grundstücke nur pachtweise behielten. Die Konzession erstreckte sich auf 80 Jahre von dem Jahre der vollen Betriebseröffnung, d. h. von 1903 ab, worauf die gesamten Anlagen unentgeltlich an China zurückfallen sollten; außerdem sollte China das Recht haben, schon nach 36 Jahren gegen Erstattung der aufgewandten Kosten und Ablösung aller Anleihen die Bahn zurückkaufen zu können. Das russisch-chinesische Abkommen vom 27. März (ergänzt am 7. Mai) 1898, das die Pachtung Port Arthurs enthielt, übertrug der Gesellschaft mit gleichen Rechten und Pflichten noch Bau und Betrieb der südmandschurischen Strecke Changchung-Port Arthur.

Rußland brachte nun seit 1900, allerdings unter chinesischem Widerspruch, mehr und mehr Truppen auf die mandschurischen Eisenbahngebiete, was u. a. zum russisch-japanischen Krieg führte. In dem diesen beendenden Frieden von Portsmouth vom 5. September 1905 (ergänzt Petersburg, 15. Juni 1907) mußte Rußland seine Rechte an der Strecke Port Arthur—Changchung an Japan abtreten. Zugleich kamen beide Mächte überein, zum Schutze ihrer Eisenbahnlinien auf deren Gebiet Militärwachen zu halten, aber nicht mehr als 15 Mann auf den Kilometer. China stimmte darauf im Vertrag von Peking am 22. Dezember 1905 dem Übergang der Rechte Rußlands an der nunmehr sogen. Südmandschurischen Eisenbahn auf Japan zu, erweiterte diese Rechte räumlich auf die während des russisch-japanischen Krieges von Korea aus gebaute Ver-

bindungsstrecke Antung—Mukden für 15 Jahre vom Tage ihrer Umwandlung aus einer militärischen Notbahn in eine vollwertige Handelsbahn, d. h. von 1914 ab (nach Ablauf der 15 Jahre sollte China die Bahn zurückkaufen können) und erhob keinen Widerspruch gegen die erwähnten (russischen und) japanischen Militärwachen auf dem (russischen bzw.) japanischen Eisenbahngebiet. Während des Weltkriegs erzwang Japan durch Ultimatum im Vertrag von Peking (25. Mai 1915) die chinesische Anerkennung seiner 21 Forderungen, die u. a. die Verlängerung der Eisenbahnrechte auf 99 Jahre vorsah; im Notenwechsel vom gleichen Tage wurde die Rückgabe der eigentlichen Südmandschurischen Bahn auf das Jahr 2002, der Strecke Antung—Mukden auf 2007 festgesetzt und das oben erwähnte Rückkaufsrecht Chinas auf die Strecke Mukden—Rjojunko für nichtig erklärt. Da die Washingtoner Konferenz 1922 trotz chinesischer Bemühungen hieran nichts geändert hat, ist Japans Stellung in der Mandschurei auch heute noch unvermindert stark, zumal die Sowjetunion am 20. Januar 1925 in ihrem Vertrag mit Japan zu Peking den Vertrag von Portsmouth ausdrücklich anerkannte. Hinzu kommt, daß Rußland als Gegenleistung für japanische Kriegsmateriallieferungen durch Vertrag vom 3. Juli 1916 seine Rechte an dem bisher zur Ostchinesischen Eisenbahn gehörenden Streckenstück Changchung—Charbin an Japan übertrug. Während aber die Sowjetunion in ihrem Vertrag mit Japan zu Tokio vom 20. Januar 1925 den Vertrag von Portsmouth ausdrücklich anerkannte, ist man übereingekommen, über die anderen russisch-japanischen Verträge, also auch über den von 1916, neu zu verhandeln, was bisher noch nicht geschehen ist.

Nach dem Vorbild der russischen Ostchinesischen Eisenbahn errichtete die japanische Regierung im Jahre 1906 für das neuerworbene Eisenbahngebiet die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft (Sitz Dairen), wobei sie die Hälfte des Aktienkapitals übernahm. Das von der Regierung ernannte Direktorium verwaltet außer den Eisenbahnen auch die öffentlichen Arbeiten, sowie das Erziehungs- und Gesundheitswesen im Eisenbahngebiet. Das Gebiet steht unter der Jurisdiktion des japanischen Generalgouverneurs von Kuantang, der die Gesellschaft beaufsichtigt und die im Gebiet stehenden japanischen Truppen befehligt. Aus allem Gesagten ergibt sich, daß die japanischen Eisenbahnrechte sich praktisch fast bis zur Gebietshoheit über die Eisenbahnzone verstärkt haben.

Was die 127 km lange, 1910 eröffnete und seit ihrer Wiedereröffnung 1921 ungemein ertragreiche Eisenbahnstrecke Changchung—Kirin betrifft, so kann man sie nicht unmittelbar zum Südmandschurischen Eisenbahngebiet rechnen,

obwohl auch hier der japanische Einfluß sehr stark ist. Auf Grund einer im Zusatzprotokoll zum japanisch-chinesischen Vertrag von Peking (22. Dezember 1905) übernommenen Verpflichtung borgte China in dem Anleihevertrag von Peking (15. April 1907 [ergänzt 12. Dezember 1908]) die Hälfte des nötigen Kapitals von der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft, die als Pfand das gesamte Eigentum der Bahn erhielt. In den 21 Forderungen des Frühjahr 1915 verlangte Japan Übertragung von Betrieb und Kontrolle der Bahn für sich auf 99 Jahre, vermochte aber im Vertrag von Peking (25. Mai 1915) nur die Zustimmung Chinas dafür zu erlangen, daß die alten Verträge abgeändert werden sollten; dies erfolgte in einem Vertrag vom 12. Oktober 1917 dahin, daß die Anleihe erst in 30 Jahren zurückzahlbar ist, und daß erst nach voller Zurückzahlung die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft diese Bahnstrecke an China zurückgeben muß. Vorsitzender ist ein Chinese, während die leitenden technischen und Verwaltungsbeamten Japaner sind.

Als außerordentlich wichtig sei in diesem Zusammenhang hervorgehoben das relative Eisenbahnmonopol in der Südmandschurei, relativ insofern, als sich China in einem nicht geheim gebliebenen Zusatzprotokoll zum Vertrag von Peking am 22. Dezember 1905 verpflichtete, so lange keine Eisenbahnkonzessionen in der Südmandschurei an dritte Mächte zu vergeben, als die südmandschurischen Bahnen vertragsmäßig unter dem geschilderten japanischen Einfluß stehen.

Das im Frieden von Portsmouth russisch gebliebene Nordsachalin war nach dem Zarensturz von japanischen Truppen besetzt und erst auf Grund des Vertrags von Peking mit der Sowjetunion vom 20. Januar 1925 geräumt worden. Im selben Vertrag hat sich die Sowjetunion zu Erdöl- und Kohlenbaukonzessionen auf Nordsachalin verpflichtet. Wenn wir diese trotz unserer Eingangsworte hier besonders erwähnen, so geschieht das aus zwei Gründen. Einmal sind die Konzessionen so umfangreich — 50 v. H. aller Erdölvorkommen und sehr wichtige Kohlenfelder —, daß dadurch nicht nur das Wirtschafts- sondern unwillkürlich auch das politische Leben des ganzen Landes mitbestimmt wird. Zum anderen ist auch der japanische Staat selbst zwischen geschaltet, indem seine Regierung der russischen diejenigen japanischen Konzerne vorschlägt, denen die Konzessionen zu erteilen sind; dadurch erwachsen ihr naturgemäß eine ganze Reihe von Aufsichts- und Einflußmöglichkeiten. Ein zuweilen im Schrifttum auftauchender Geheimvertrag auf Abtretung Nordsachalins an Japan besteht zur Zeit nicht.

Noch ein Wort zu der im Schrifttum immer wiederkehrenden Behauptung japanischer Vorkaufsrechte auf Fukien und Schantung. Vorausgeschickt sei, daß die von Japan an China gestellten sogen. 21 Forderungen nicht in ihrer ursprünglichen weitgehenden, sondern in einer vielseitig abgeänderten, gemilderten Form zum Vertrag vom 25. Mai 1915 geworden sind, eine Tatsache, die offensichtlich vielen deutschen und englischen Verfassern unbekannt ist. Unter Berücksichtigung des Gesagten ergibt sich für Fukien folgende Rechtslage. Im Jahre 1898 hat China Japan zugesagt, die der japanischen Insel Formosa gegenüberliegende Provinz Fukien keiner fremden Macht zu verkaufen oder zu verpachten. Ein Vorkaufsrecht Japans ist damals nicht ausgemacht worden, ebensowenig im Vertrag von Peking 1915. In einem den letzteren begleitenden Notenwechsel erklärt auf eine japanische Anfrage die chinesische Regierung lediglich, China habe keiner fremden Macht Erlaubnis gegeben, an der Küste Fukiens Docks, Kohlenstationen für militärischen Gebrauch, Schiffsbasen oder andere militärische Einrichtungen zu errichten, auch habe es keine Absicht, fremdes Kapital zwecks Aufbaus solcher Einrichtungen zu borgen. Hinsichtlich Schantungs erinnern wir uns, daß Japan in dem von China deshalb nicht anerkannten Vertrag von Versailles 1919 sich sämtliche deutsche Rechte in Schantung hatte abtreten lassen und daß es auf diese und andere schon im Vertrag von Peking 1915 erworbenen anderen Rechte in Schantung auf der Washingtoner Konferenz 1922 hatte verzichten müssen. Übrigens war in einem dem Vertrag von 1915 angefügten Notenwechsel nur die Verpflichtung Chinas enthalten, keinen Teil Schantungs an irgendeine fremde Macht zu verpachten oder zu verkaufen.

Von japanischen Vorkaufsrechten auf Fukien oder Schantung kann in Wirklichkeit gar keine Rede sein. Es handelt sich vielmehr nur um gewisse politische Zusicherungen Chinas, die wohl auf geopolitische Spannungen schließen lassen, aber nicht künftig vielleicht auftauchende japanische Rechtsansprüche auf Ausübung irgendeiner Form von Gebietshoheit über jene Landschaften zu stützen vermögen.

Schließlich erwähnen wir noch die Konzessionsgebiete in Niutschwang, Tientsin und Hankau. Während es sich bei Niutschwang am Südrand der Mandschurei um eine kleine Niederlassung der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft mit 4000 Einwohnern (davon die Hälfte Nichtchinesen, besonders Japaner) handelt, umfaßt die 1895 eingerichtete Hankauer Konzession 127 qm mit 1500 Bewohnern (davon 150 Nichtchinesen) und die 1896 erworbene und 1900 erweiterte Konzession zu Tientsin sogar 1,4 qkm mit 26 000 Bewohnern (davon 5000 Nichtchinesen).

Um die Rechtsstellung dieser Konzessionen recht zu verstehen, muß man sich der beiden Tatsachen erinnern, daß die Fremden in China exterritorial, d. h. der chinesischen Gerichtsbarkeit nicht unterworfen sind, und daß sie keine Freizügigkeit genießen, sondern in ihrem Niederlassungsrecht auf bestimmte „offene Städte“ beschränkt sind. In einzelnen dieser offenen Städte haben sich die Angehörigen bestimmter Nationen zu fest abgegrenzten Konzessionen zusammengeschlossen, so die Japaner in den genannten drei Städten, oder auch alle Fremden zu sog. Niederlassungen (Settlements) in Schanghai und Amoy, an denen auch die Japaner beteiligt sind. Zweifellos stehen die Konzessionen unter

chinesischer Souveränität, was sich besonders daraus ergibt, daß China über sie keine Abtretungs- oder Protektionsverträge mit den Fremdmächten abgeschlossen hat, und daß ihre Verwaltung nicht durch nationale, hier also durch japanische, Behörden geleitet oder überwacht wird, sondern durch den in der betreffenden Konzession residierenden japanischen Konsul, also durch einen nur im Ausland amtenden Beamten. Wir haben es hier vielmehr mit territorialen Selbstverwaltungskörperschaften zu tun, die, auf Grund besonderer Abkommen entstanden, in weitem Maße und auf unbegrenzte Zeit die gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt auf ihrem Raume selbst (durch gewählte Stadträte, Ausschüsse und Gerichte) oder gemeinsam mit ihren Konsuln ausüben. Chinesen sind eigentlich aus den Konzessionsgebieten ausgeschlossen, werden aber gewohnheitsrechtlich darin unter Versagung aller politischen Rechte geduldet. Theoretisch steht auch der Grund und Boden im alleinigen Privateigentum der Fremden (Japaner), jedoch dürfen praktisch die Chinesen durch Vermittlung eines fremden Strohmanns Grundstücke erwerben. Wenn also der japanische Staat innerhalb dieser Konzessionen keine Gebietshoheit ausübt, vermag er doch durch die leitende oder beaufsichtigende Tätigkeit seiner Konsuln weitgehenden Einfluß auf diese Lebensräume zu nehmen.

8. Wichtige Hoheitsbeschränkungen

Rücksichtnahme auf Lebensnotwendigkeiten der Nachbarn und auf das friedliche Zusammenleben mit ihnen haben Japan zum Eingehen von allerlei Verpflichtungen bestimmt, die sich, mögen die Völkerrechtler auch über den Begriff „Staatsservituten“ streiten, in der Richtung bedeutsamer Hoheitsbeschränkungen äußern. Hierher gehört zunächst die im Vertrag von Portsmouth am 5. Sept. 1905 übernommene und im Vertrag mit der Sowjetunion zu Peking am 20. Januar 1925 anerkannte Verpflichtung zur Nichtbefestigung Südsachalins und der dazu gehörigen kleineren Inseln sowie zum Offenhalten der Lapérouse- und der Tatarenstraße dergestalt, daß die durch sie hindurchgehende freie Schifffahrt durch militärische Maßnahmen nicht behindert werden darf.

Weiter sind Japan, Großbritannien und die Vereinigten Staaten auf der Konferenz von Washington am 6. Februar 1922 übereingekommen, im größten Teile ihrer pazifischen Besitzungen den Status quo des Jahres 1922 für die Befestigungen und Flottenstützpunkte aufrechtzuerhalten. Danach besteht ein beschränktes Befestigungs- und Militarisierungsverbot für die Kurilen, Bonin- und Riukiu-Inseln, Formosa. Die dort angelegten Be-

festigungen und Flottenstützpunkte dürfen also im Umfang von 1922 weiter erhalten, aber nicht weiter ausgebaut oder durch Anlegung neuer ergänzt werden.

Auf die Entfestigung und Entmilitarisierung der Karolinen, Mariannen und Marshallinseln wurde schon oben bei der Besprechung der Völkerbundsaufräge hingewiesen.

Schließlich sei noch erinnert an die weitgehende nordamerikanische Gleichberechtigung auf Jap. Diese räumlich mit dem bremischen Staatsgebiet vergleichbare Südseeinsel, der hervorragende geopolitische Bedeutung zukommt, wechselte mit den Mariannen im Frieden von Versailles am 28. Juni 1919 aus deutscher Hand in japanisches Mandat hinüber. An Jap sind die Vereinigten Staaten wegen ihrer dort landenden Kabel nach Inselindien und China sowie wegen seiner Sperrlage auf dem Wege von Amerika nach den Philippinen besonders interessiert. Nach jahrelangem Streit kamen Japan und die Union im Vertrag von Washington am 11. Februar 1922 dahin überein: die Union erkennt Japan als Mandatar der deutschen Südseeinseln nördlich des Äquator, also auch über Jap an, während Japan seine Verpflichtung aus dem Friedensvertrag, dort keine Befestigungen und Flottenstützpunkte zu errichten, ebenfalls anerkennt. Darüber hinaus gewährt Japan hinsichtlich der Insel Jap der Union freien Zugang und freie Benutzung, Befreiung von jeder Kabelzensur, Besteuerung und Kontrolle, überhaupt volle Gleichheit in allen Funk- und Kabelangelegenheiten, wobei allerdings die Union so lange eine eigene Funkstation dort zu bauen unterlassen wird, als Japan die von beiden Mächten gemeinsam benutzte japanische Funkstation in angemessener Stärke unterhält.

Einige wichtige benutzte Schriften:

¹⁾ Haushofer, K.: Das japanische Reich. Wien 1921. — ²⁾ Haushofer, K.: Geopolitik des Pazifischen Ozeans. Berlin-Grunewald 1924. — ³⁾ Haushofer, K.: Japan und die Japaner. Leipzig 1923. — ⁴⁾ The Japan Yearbook 1927. Tokio 1927. — ⁵⁾ Clyde, P. H.: International rivalries in Manchuria 1689—1922. Columbus 1926.

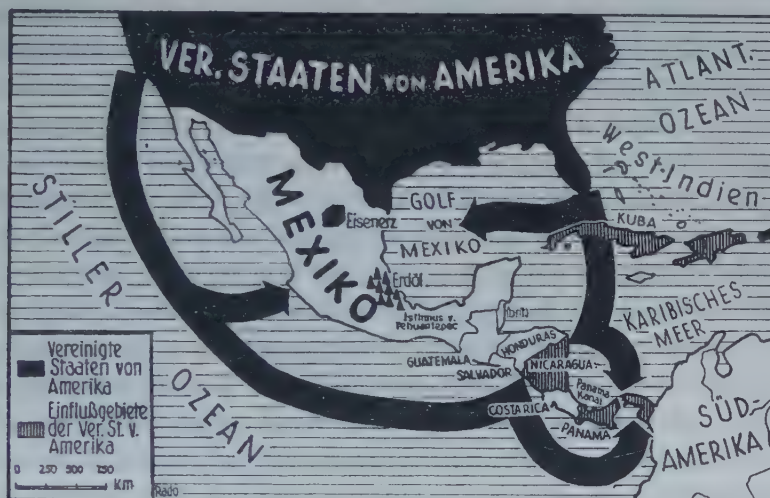
ALEXANDER STELZMANN:

Mexico und das übrige Mittelamerika in seiner heutigen geopolitischen Bedeutung

I

Mexico liegt zwischen dem Pazifischen und Atlantischen Ozean, hat teil an den geopolitischen Bedingungen beider Welten. Die Maritimität amerikanischer Staaten ist in Mexico ziemlich ausgeprägt. Mexico hat das Doppelgesicht des

geographischen Januskopfes. Einmal blickt es auf den zentripetalen autarkischen Charakter des Großen Ozeans, sodann beachtet es das atlantische Daseinsgesetz. Mexico dürfte als ein politisches Imperium heute zu gelten haben, das sich selbst genügen könnte. Mexico teilt als Beispiel, wie von Fluß- und See-Oasen im Hochland staatenbildende Kultur ausgeht (ein geopolitischer Grundsatz, der in der spanischen Kolonialtechnik allenthalben angewendet wurde), das Schicksal Perus und Chinas, zeigt die Zugehörigkeit zu den Daseinsbedingungen zweier getrennter Seeräume. Daß die mexicanische Halbinsel



Yucatan in der historischen Zeit der Mayas unabhängig von Mexico war, ist ebenso geopolitisch bedingt, ist die Folge einer Umfassung durch Meere. Man spricht stets von dem Bestreben Usamerikas, vom Panamakanal über Mittelamerika nach den südlichen Staaten zu gelangen. Man wende diesen politischen Zug mal in umgekehrter Richtung an. Die Vorgeschichte Amerikas, die Wanderungen der Indios aus dem Süden, wie der Mayas sind das frühe Beispiel dafür. Dann versteht man die Daseinsberechtigung Mexicos und des mittelamerikanischen Staatenbundes. Sie ist die Folge des Gegendrucks und heute ebenso naturgegeben wie der Drang des amerikanischen Panamagebietes nach Norden. Ob Mexico stark genug sein wird, aus dieser Form des Kampfes um den Raum unverseht hervorzugehen, vermag man heute schwerlich zu sagen.

Mexico hat die schwierige Aufgabe einer überlasteten Brücke zwischen zwei Erdteilen. Die amerikanischen Kontinente sind stärker voneinander geschieden als die Teile Eurasiens, als Europa von Asien.

Wer das Genick packt, bezwingt den Körper. Mexico ist das Genick Amerikas. Wer Mexico hat, hat das Leben Amerikas. Südlich der Landenge von Tehuantepec beginnt Südamerika, nördlich davon Nordamerika. Zwei Kulturkreise, zwei Welten ringen auf der mexicanischen Brücke. Wer wird siegen?

Der mechanisierte Komplex der United States of Northamerica, d. h. der germanisch beeinflusste, aber umgemodelte Geist des Nordens, oder der Komplex: United States of Southamerica, einschließlich der Vorarbeit des mittelamerikanischen Staatenbundes? Bevölkerungs- und verkehrspolitisch legt sich zwischen Usamerika und Südamerika ein Ödlandgürtel, wenn wir die wirtschaftliche Höhe von Usamerika dagegenhalten. Doch kann dieser Ödlandgürtel, allmählich aufholend, eher in die USA hineinwachsen, als in Südamerika, das durch die Schlagader des Weltverkehrs, den Panamakanal, äußerlich schon davon getrennt ist. Die selbständige Staatenbildung in Mittelamerika trägt die Zeichen der Landmacht an sich; die Küste der Atlantseite ist wenig schiffahrtsfreundlich und das Gegengestade nicht allzu leicht erreichbar. Die Union aber beherrscht große Teile der Gestade dieser Atlantseite, ist also maritim begründet.

Die Politik Mexicos in bezug auf seine mittelamerikanischen Nachbarn ist mit einer vorbildlichen staatsmännischen Weisheit gesegnet gewesen, ist das Gegenteil zur politischen Unfähigkeit Mittelamerikas, die den Grund jahrhundertelanger Unterdrückung mit ganz Lateinamerika gemein hat. Mit Ausnahme des südlichen Grenzstaats Chiapas (ehemals zu Guatemala) hat Mexico niemals fremdes Gebiet sich einverleibt. Meines Erachtens wäre jedoch ein schärferes Zufassen des großen Bruders Mexico dem Interesse der Erhaltung des Lateinertums dort ersprießlicher, wo die USA Mittelamerika zu durchdringen suchen, d. h. ein Land von der Größe unseres Vorkriegsdeutschland.

II

Mexico ist nicht Mitglied der mittelamerikanischen Union geworden, steht ihr aber auch nicht zu fern. Die mittelamerikanische Union ist etwas Unfertiges. Man weiß schon heute nicht mehr, ob sie politische Geltung hat. Mehrmals angefangen, starb sie an Unterernährung. Usamerika versperrte ihr die Zufuhr politischer Stärkungsmittel. Wir wissen, die Verfassung der USA wurde von den südamerikanischen Verfassungen nachgeahmt, übernommen. Die ABC-Staaten jedoch, Argentinien, Brasilien, Chile, entwickelten sich seit den letzten 50 Jahren, wollen aus Kontinentalstaaten zu Weltstaaten werden und für die übrigen Südamerikaner der Kristallisationspunkt sein. Diese Staaten

sind voller Keime eigener Lebenskraft, fühlen sich zu Führern einer neuen lateinamerikanischen Union berufen, in der die mittelamerikanische Union aufzugehen hätte. Mexico ist der Brückenkopf der lateinischen Kultur, Vorposten, Torhüter einer etwaigen lateinamerikanischen Union.

Die Allamerikabewegung fuhr bislang im nordamerikanischen Fahrwasser, war eine verlängerte, verbreiterte Monroebewegung, war Usamerika. Daß eine der letzten Panamerikanistentagungen zu Santiago in Chile stattfand, betrachte ich als eine diplomatische Höflichkeit, die wenig kostet und viel zu sagen scheint. Die energische Sprache des ehemaligen mexicanischen Präsidenten Calles gegen die USA im Sommer 1925 spricht aber für die Aufrechterhaltung der lateinamerikanischen Welt. Calles und mit ihm der Bauer regierten die vorletzte Stunde. Sein Programm war und ist agrarisch und paßt zu dem Präsidententyp, der mit Irigoyen in Argentinien geschaffen war. Weltpolitisch betrachtet, sieht es zur Zeit so aus, als ob die Vereinigten Staaten mit dem widerstrebendsten Mexico ähnlich verfahren wollten, wie sie es in der Indianerpolitik gemacht haben. „Ein toter Indianer ist ein guter Mann“, war jahrzehntelang das Programm ihrer Bevölkerungspolitik gegenüber dem braunen Mann. Erfolg: Das durchgehends von weißen Leuten besiedelte Riesenland der Union.

Die „Pelados“*) in Mexico und alle etwa noch unbotmäßigen Gebiete Zentralamerikas sollen sich selbst gegenseitig vernichten und Platz machen vor dem Weißen, ehe er endgültig Besitz ergreift von dem Land ihrer Väter. Dieses zum mindesten anrühige Geschäft der Vernichtung, das Odium des Hinschlachtens ganzer Völker in Mittelamerika, nötigenfalls bis zum Panamagebiet, überlassen die Yankees nunmehr den Leuten in jenen Ländern selbst, um zur gegebenen Stunde als Retter und Befreier von dem Rest gerufen zu werden und mit weißer Weste vor der Welt zu stehen.

Ob Mexico seine weltgeschichtliche Aufgabe, ob es das Erbe der Väter, die Wahrung von Lateinamerika, behaupten wird? Wenn nicht, muß Mexico aus der Reihe der geschichtlichen Völker gestrichen werden, wenn nicht, so spielt es die Rolle des heutigen Ägypten, das als Nation nicht hochkommen kann. Der neue Globalkrieg bei der Auseinandersetzung der Rassen des Pazifik hätte das zu erweisen. Mexico würde das Los eines amerikanischen Belgien teilen zwischen den Staatenbünden von Nord und Süd, würde das Aufmarschgebiet der einspringenden gelben Rasse sein und Mittelamerika zu einem amerikanischen Balkangebiet machen.

*) Bezeichnung für den Braunen, den Indio, in Lateinamerika.

An diesem schwer zu überbrückenden Zwiespalt leiden Mexico und Mittelamerika.

III

Die politische Aufteilung der Neuen Welt bringt (nach O. Maull) die Wirkung des Gegengestades gut zum Ausdruck. Die politische Gliederung Europas spiegelt sich im amerikanischen Gegengestade wider. Die Kanarien- und Nordäquatorialströmung brachte die Spanier nach Westindien und Mittelamerika. Dieser sichere Weg zum Gegengestade ist die Mittelachse in der Verkehrsfläche des Atlant und hat Spanien seinerzeit zur amerikanischen Vormacht verholfen. Dazu tritt die Gunst einer prachtvollen Ländergestaltung in Westindien. Man war in der Lage, Inselpositionen zu gewinnen und über den mittelamerikanischen Isthmus nach Nord und Süd und schließlich zu den Meeresbahnen südseewärts zu gelangen, um auf der nördlichen und südlichen Passattrift im Stillen Ozean von Mexico aus (Hafen Acapulco) die westlichen Gegengestade, wie die Philippinen, zu erreichen. Die schwierige Ostküste Mittelamerikas mit ihren paar dürftigen Siedlungen steht in scharfem Gegensatz zur stärkeren Besiedlung der Ostküste Südamerikas, z. B. Brasiliens und Argentinens, durch Europäer und Neger.

Das geopolitische Kraftfeld Lateinamerikas gipfelt und mündet in Mexico. Hier kommt der Zusammenstoß mit Usamerika. Dieses Kraftfeld geht über ganz Südamerika und greift in seinen Kraftlinien der politischen Machtvergrößerung bzw. des politischen Machterstrebens einerseits nach Japan, andererseits nach Europa, umfaßt somit auf der nämlichen, nördlichen Erdhälfte die pazifische und die atlantische Erdhälfte, während das Gesamtkraftfeld auf beide Erdhälften sich erstreckt. Es braucht nicht betont zu werden, daß sich (nach Lautensach) solche Kraftlinien nicht glatt radial auslösen, sondern bestimmte Richtungen über die Oberfläche der Erde einschlagen.

IV

Die Zeit des europäischen Mittelmeeres, seiner wirtschaftlichen Vorherrschaft unter romanischer Leitung, ist dahin; es kommt unter nordamerikanischer Führung die Zeit des amerikanischen Mittelmeeres, wie, die Zukunft vorwegnehmend, die nationalistische Presse der „Staaten“ den Golf von Mexico und das Karibische Meer zu benamen sich gewöhnt hat.

Im amerikanischen Mittelmeer vertritt die mittelamerikanische Brücke die Stelle, wie sie etwa Spanien oder ein dem Verkehr erschlosseneres Klein-

asien im europäischen Mittelmeer einnimmt. Hüben und drüben sind die betreffenden Länder zum größten Teil Hochländer. Die Verstärkung der englischen Kolonie Cypren durch England wird in unserer Zeit durchgeführt, um sich die Etappe auf dem Wege nach Britisch-Ostindien zu sichern, die durch die erwachte Türkei und das erwachende Arabien gefährdet wird. Gemahnt sie nicht stark an das nordamerikanische Bemühen, die Etappe in Mittelamerika bis zum Panamakanal auszubauen? Die geographisch bedingte Vielstaatlichkeit Mittelamerikas erleichtert das Vorgehen der Union.

Seit 1914 herrscht die Union unbestritten in Nicaragua.

Ein ständiges kleines Truppenaufgebot in der Hauptstadt und in dem bedeutendsten Hafen des Landes, dem sonst unwichtigen Pazifikhafen Corinto, bahnt der amerikanischen Finanzkontrolle die Wege dazu. Die Weiträumigkeit der mesa central des Hochlands in Mexico dagegen hilft diesem Lande in seiner Widerstandsfähigkeit gegen die Union. So wird durch die Wüste dieser Hochebene im Norden Texas vom Norden und Westen Mexicos geschieden und an und für sich schon die Wiedervereinigung der um die Mitte des letzten Jahrhunderts verlorenen ehemaligen mexicanischen Lande (Arizona, Texas, Colorado Californien usw.) erschwert. Der wüstenhafte Charakter des Nordens steht im Zusammenhang mit der in Mexico wie in Südafrika festgestellten Zunahme der Austrocknung (Fr. Jäger).

V

Weite, Trennung der Landschaften und Gegensätzlichkeit sind bekanntlich die drei geographischen Grundbedingungen Lateinamerikas. In Mittelamerika nimmt Costarica eine Ausnahmestellung darin ein. Eine einheitlichere Kultur entwickelte sich dort, politische Stetigkeit und wirtschaftliche Blüte. Hier wie in dem fortgeschrittenen kleinen Salvador gibt es einigermaßen einen Mittelstand in Lateinamerika. Allerdings lebt — wenn auch wiederum geographisch bedingt — in Costarica der reinste Schlag von Kreolen, criollos, die, auf die mesa central gedrängt, in Städten zusammenwohnen und die Neger und Indios draußen auf dem Land lassen. Die politische Ruhe Salvadors und Costaricas sticht hauptsächlich gegen die Unruhe Nicaraguas und Honduras' ab. Salvador und Costarica haben sich, wenn ich von der rein nordamerikanischen Bananenkultur im Osten Costaricas absehe, auch von Überfremdung der Wirtschaft in einem Grade ferngehalten, wie es selbst Mexico nicht fertig bringt. Hierhin und auf Cuba, das bekanntlich ein Fünftel des gesamten Zuckerverbrauchs der Welt stellt, entfallen von den 3 Milliarden

759 Mill. Dollars, die die nordamerikanischen Kapitalsanlagen in Lateinamerika ausmachen (1,36 Milliarden auf Cuba und 1,022 Milliarden auf Mexico).

Hier hat die Petroleumindustrie den Löwenanteil der nordamerikanischen Kapitalinvestierungen. Die Schwerindustrie liegt noch in den Windeln. Das sehr starke Vorkommen von mexicanischen Eisenerzen bereitet ihre Entwicklung vor. Das fremde Kapital ist in Mexico Herr geworden über große Landgebiete und riesenhafte Bodenschätze. Mexico hat aber als erstes lateinamerikanisches Land grundsätzlich die Lösung der Frage aufgegriffen, wer Herr bleibt im Lande, und die Staatsautorität über die fremdländischen Unternehmer durchgedrückt (Verfassung vom Mai 1917).

HANS OTTO ROHDE:

*Das Internationale Kupferkartell im Rahmen der Entwicklung
der Kupferwirtschaft der Welt*

Geschichte und Bedeutung

Das Kupferkartell ist unter den internationalen Metallkartellen das bedeutendste. Die außerordentlich heftige Preissteigerung für Kupfer bis zum April des Jahres 1929 auf etwa das Doppelte des Durchschnittspreises des Jahres 1927 hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf das Kartell gelenkt. So mag es gerechtfertigt sein, wenn wir ihm eine Betrachtung widmen. Allerdings ist es notwendig, das Kartell einzuordnen in die Entwicklung der Gesamtkupferwirtschaft. (So wird die Darstellung der eigentlichen Organisation des Kartells hier nur einen beschränkten Raum einnehmen.) Denn das Kartell ist nur eine Phase in dieser Entwicklung. Und für uns ist unter geopolitischen Gesichtspunkten diese Entwicklung das wichtigste, zeigt sie uns doch recht eindringlich, wie die geographische Situation (Verteilung der Erze in einzelnen Ländern) eine bestimmte (wirtschaftliche und politische) Machtgruppierung bedingt.

Die Gründung des Kartells (1926) wurde von vielen Seiten begrüßt als ein weiterer Schritt internationaler Annäherung und Verständigung. Diese Auffassung erklärt sich aus einem Mangel an Blick für ökonomische Sachverhalte und aus dem Geist der Zeit (es war vor dem Zusammentreten der Weltwirtschaftskonferenz). Gewiß wird in den internationalen Kartellen manches Positive geleistet zur Beruhigung und Stetigkeit des Verkehrs zwischen den einzelnen Volkswirtschaften. Aber man darf darüber nicht vergessen, das es sich bei allen nachweisbaren internationalen Kartellen um monopolistische Verbände handelt, die ihre Macht rücksichtslos ausnützen gegen den Schwachen. Und nicht nur nach außen, auch unter den Mitgliedern geht es nicht um Sympathien, sondern um die Frage, welche

Macht hinter den Forderungen des Einzelnen steht. Es handelt sich hier nicht um „Verständigung“ im Sinne gerechten Interessenausgleiches — denn dann würde nicht nur der schwache Produzent ein Anrecht auf Mitbestimmung haben, sondern vor allem auch der Verbraucher, in diesem Falle also die verarbeitende Industrie — es geht vielmehr um Diktatur. Gewiß liegt auch eine Verständigung vor, und zwar zwischen dem Verband der nordamerikanischen Kupferexporteure und der Union Minière du Haut Katanga im belgischen Kongogebiet. Aber diese Verständigung dient lediglich der Sicherung der amerikanischen Vormachtstellung am Kupfermarkt. Das zeigt die Vorgeschichte des Kartells.

Die wesentliche Veränderung in der internationalen Kupferwirtschaft während der letzten 50 Jahre ist charakterisiert durch die ungeheure Entwicklung der nordamerikanischen Industrie bei gleichzeitigem Rückgang der europäischen. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts befriedigten die europäischen Kupfergruben den Bedarf. Da wurden in Nordamerika reiche Erzlager gefunden, sogar solche von gediegenem Kupfer. Auf der Halbinsel Keweenaw am Oberen See entstanden die berühmten Gruben Calumet und Hecla. 1883 wurde in Montana die Anaconda-Mine entdeckt, die den Anfang zu dem heute größten Kupferkonzern bildete. Später fand man die Lager des Colorado-Plateaus im Staate Arizona. Zu gleicher Zeit wurden auch in Mexiko, Canada, Chile, Peru, Australien und Japan ergiebige Kupfererzlager festgestellt. Selbst in Südafrika (Rhodesia) und im belgischen Kongogebiet (Katanga) wurde man fündig. Der allgemeine industrielle Aufschwung, besonders in den Vereinigten Staaten, und die damit zusammenhängende enorme Steigerung des Bedarfs an Metallen förderten die rasche Ausbeutung der gefundenen Erzlager. Die Erzeugung von Blei-, Zink-, Kupfer- und Aluminiummetall im Zeitraum 1871—1924*) beträgt 89,4 Mill. t = 74,5% der bis 1924 überhaupt gewonnenen sicher bekannten Mindestmenge von rd. 120,7 Mill. t der genannten Metalle. Für Kupfer allein führt Brüning an: Welterzeugung bis 1924 = 35,84 Mill. t, seit 1871 29,14 Mill. t, d. s. 81,3% der gesamten Erzeugung (1925—1927 weitere 4,38 Mill. t Förderung). Diese Produktionssteigerung verteilt sich fast ausschließlich auf die außereuropäischen Länder. Die europäische Förderung ist 1850—1890 zwar ständig (im Verhältnis zur Weltförderung aber nur unbedeutend) gestiegen, dann bleibt sie fast konstant, sinkt in der Kriegs- und Nachkriegszeit (1920 auf 56 000 t) und ist erst 1927 mit 145 000 t wieder höher als 1913 = 131 700 t (Rekordziffer 1912 = rund 200 000 t). Die Weltproduktion aber steigt von etwa 300 000 t 1892 auf 987 200 t 1913, Höchstziffer 1917 mit fast 1 1/2 Mill. t (bezeichnend für die wirtschaftliche Überlegenheit unserer Gegner, denen die bedeutendsten Erzlager zur Verfügung standen; die europäische Förderung sinkt während des Krieges stetig), in der Krise 1921 (bes. USA.) Tiefstand von nicht ganz 600 000 t, dann schneller Aufstieg bis 1927 1 530 000 t.

*) K. Brüning: Blei, Zink, Kupfer und Aluminium als Maßstab für die geographische Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunktes der Welt. In Jahrb. d. Geograph. Gesellsch. zu Hannover. 1926.

Während also die Weltproduktion um etwa 56% gestiegen ist, bleibt der europäische Anteil fast gleich. Dagegen steigt die Erzeugung der Hauptproduzenten: USA. um mehr als $\frac{1}{3}$, Chile um mehr als das 4fache und Belgisch-Kongo um fast das 11fache.

Eine Gegenüberstellung von Produktions- und Verbrauchsstatistik ergibt folgende „Bilanz“: (nach „Metallgesellschaft“ *) zusammengestellt)

Tausend Tonnen	1913			1927		
	Hüttenprod.	Verbrauch	-Bilanz	Hüttenprod.	Verbrauch	Bilanz
Europa	187,1	644,2	-457,1	167,4	780,7	-613,3
Amerika	710,7	338,8	+371,9	1179,9	672,2	+507,7
Asien	66,5	41,7	+ 24,8	63,4	80,9	- 17,5
Afrika	10,4	7,2	+ 3,2	102,3	11,0	+ 91,3
Australien	43,8	14,0	+ 29,8	10,0	9,2	+ 0,8

Diese Zahlen geben in zweifacher Hinsicht wichtige Aufschlüsse: 1. Sie zeigen das Ausmaß der industriellen Entwicklung der Vereinigten Staaten; der Verbrauch hat sich verdoppelt. Dagegen ist der europäische Verbrauch nur um gut $\frac{1}{5}$ gestiegen. Während 1913 Europa mit 61,5% am Weltkupferverbrauch beteiligt ist und Gesamtamerika mit 32,4%, beträgt 1927 der europäische Anteil nur noch 50,2%, der amerikanische dagegen 43,2%. Verbrauch an Rohmetall heißt Weiterverarbeitung. Weiterverarbeitung bedeutet für Europa (die europäischen Industrieländer) nicht nur Eigenkonsum, sondern auch Export. Wir stellen also eine rückläufige Entwicklung des europäischen Anteils an der Versorgung des Weltmarktes mit Kupferfertigwaren fest. 2. Abgesehen von dem geringen Einfuhrbedarf Asiens ist Europa der Verbraucher des amerikanischen und des afrikanischen Produktionsüberschusses an Rohkupfer, d. h. die europäische kupferverarbeitende Industrie gerät bei dem wachsenden Bedarf und bei nicht wieder Vorkriegshöhe erreichender Eigenproduktion in steigendem Maße in Abhängigkeit von den amerikanischen Rohstofflieferanten.

Wem gehört das Kupfer?

Die Kupferindustrie gliedert sich in drei Produktionsstufen: den Bergbau einschließlich der Aufbereitung der Erze bis zur Verfrachtung; die Kupferraffinerie, deren Ergebnis das Standard- und das Elektrolytkupfer sind; schließlich die das Reinkupfer weiter verarbeitende Industrie. Der Schwerpunkt der internationalen Organisation liegt bei der mittleren Gruppe, sie greift in starkem Maße zurück in den Bergbau, ebenso hat sie es verstanden, ihre Interessen weit in die verarbeitende Industrie auszudehnen. Die großen nordamerikanischen Kupferhüttenkonzerne, die die Führung in der internationalen Organisation haben, beherrschen im eigenen Lande weit über die Hälfte der Produktion. Die einfache Waren aus Kupfer und Messing herstellende Fertigindustrie wird fast ausschließlich von den Raffinerien kontrolliert. Die führenden Gesellschaften dieser mittleren Gruppe

*) Statistische Zusammenstellungen über Aluminium, Blei, Kupfer, Nickel, Quecksilber, Silber, Zink und Zinn. Metallgesellschaft A.-G., Frankfurt a. M. 1928.

sind die bekannten: Anaconda Copper Mining Co., American Smelting and Refining Co. und die Kennecott Copper Corp. Sie haben es verstanden, durch finanzielle Manipulationen über die Grenzen ihres Landes hinaus fast die gesamte Rohkupferproduktion der Welt unter ihre Herrschaft zu zwingen. Und zwar handelt es sich zunächst um die beiden amerikanischen Kontinente, deren Kupfererzproduktion absolut von nordamerikanischem Kapital beherrscht wird: so in Alaska, Canada, Mexiko, Peru und Chile. Die wichtigste Rolle spielen die chilenischen Vorkommen. Sie sind äußerst reich und leicht abzubauen. Die bedeutendste Gesellschaft, die Chile Copper Co., gehört dem Anaconda-Konzern, die Braden Co. der Kennecott-Gruppe. Diese beiden Gesellschaften sollen nach Lufft*) mit einer Neugründung der Anaconda, der Andes Co., in der Lage sein, ab 1929 jährlich 730 Mill. lb Reinkupfer auf den Markt zu bringen. Der Krieg mit seinem ungeheuren Bedarf hat dieses Aufblühen der chilenischen Industrie entscheidend verursacht: 1913 93 Mill. lb, 1920 218 Mill. lb Produktion. Die natürliche Reaktion, die sich in dem Tiefstand der Weltproduktion in den Jahren 1921 und 1922 zeigt, traf natürlich auch Chile, aber nicht in dem Maße, wie man erwarten sollte. Während die nordamerikanische Produktion 1921 gegen 1920 um mehr als 58% sank, fiel die chilenische nur um 40%, obwohl sie von denselben Männern geleitet wird, wie die in den Vereinigten Staaten. Das bedingen natürlich die geringeren Produktionskosten in Chile und, da diese Erze zum großen Teil in den Vereinigten Staaten verhüttet werden, die niedrigen See-Transportkosten (die nordamerikanischen Raffinerien, die den Hauptteil der amerikanischen Produktion verhütten, liegen im Staate New Jersey). Bei bloßer Berücksichtigung wirtschaftlicher Momente müßte die Entwicklung dahin gehen, daß Chile mit seinen reichen Erzlagern allmählich die übrige Kupferrohproduktion überflügelt, wenn nicht gar gänzlich niederkonkurriert. Dem stehen aber nationale Interessen der Vereinigten Staaten entgegen. Nicht nur, daß jede Tonne eingeführter chilenischer Erze Produktionseinschränkung und Arbeitslosigkeit bedeutet, der weitere Ausbau der chilenischen Förderung bei nicht schritthaltender Steigerung der Weltproduktion würde auch zu einer Entwertung bedeutender Kapitalanlagen in den Vereinigten Staaten selbst so wie in Mexiko, Canada usw. führen. Hinzu kommt die politische Gefährdung der Produktionsquellen: die fremden Staaten können durch steuerliche Maßnahmen, durch Einschränkungsbestimmungen und Nationalisierungsbestrebungen erhebliche Störungen des Produktionsprogramms verursachen. Nicht zuletzt spielen militärische Gesichtspunkte mit, die Produktionsorte können auch von dritten Mächten besetzt, der Seeweg kann blockiert werden. Diese politischen und militärischen Gefahren würden natürlich auch für Unternehmer anderer Staaten bestehen. Abgesehen davon, würden aber die chilenischen Erzlager, beispielsweise in Händen britischer Kapitalisten, für die keine Rücksichtnahme auf eine eigene nationale Produktion nötig ist, zu einer weitgehenden

*) Hermann A. L. Lufft: Zum Kampf um die internationale Organisation des Kupfermonopols. Weltwirt. Archiv 1926 II, Seite 461 ff.

Niederkonkurrierung der Rohkupfererzeugung der Vereinigten Staaten führen müssen. Für den Einzelunternehmer sind sicher nur privatwirtschaftliche Überlegungen maßgebend gewesen, als er die Hand auf die chilenischen Erzlager legte, der amerikanischen Gesamtwirtschaft ist hier aber ein Besitz von großer nationaler Bedeutung entstanden. Daneben sind diese Werke für die Gesellschaften sehr willkommene finanzielle Stützpunkte, da sie ihnen wegen ihrer geringen Produktionskosten (etwa die Hälfte der nordamerikanischen) eine sehr beträchtliche Differentialrente einbringen. Schließlich sind sie ein mächtiger Faktor für einen etwaigen Konkurrenzkampf mit den afrikanischen Gruben, die gleichfalls weit billiger als die Nordamerikaner produzieren.

Die Katangaminen haben sich ähnlich wie die chilenischen schnell entwickelt: 1913 16 Mill. lb, 1920 42 Mill. lb, 1924 189 Mill. lb. Durch Neuanlagen soll die Produktion auf 440 Mill. lb gebracht werden (nach Luftt). Während früher die afrikanischen Erze in erheblichem Maße in Nordamerika verhüttet wurden, geht die Union Minière du Haut Katanga mehr und mehr dazu über, die Verarbeitung in eigenen oder kontrollierten Werken vorzunehmen. So wird in Oolen (Belgien) eine Kupferhütte gebaut, mit einer Jahresleistung von 80000 t Elektrolytkupfer. Die Amerikaner versuchten natürlich, um ihre Vormachtstellung am Weltmarkt zu sichern, einen Einfluß auf die Union Minière zu bekommen. Allerdings ist es ihnen nicht gelungen, die Aktienmehrheit zu erlangen, wohl aber eine starke Minorität. So besaß Ryan (nach Luftt) 1920 8000 Aktien der Union und war damit nach der belgischen Regierung der stärkste Aktionär. 1926 waren 4 der Direktoren der Gesellschaft Amerikaner. Da das belgische Unternehmen seine Unabhängigkeit bewahren konnte, versuchten die Amerikaner zu einer kartellartigen Bindung zu kommen. Diese wurde am 12. Okt. 1926 geschlossen.

Bevor wir uns jedoch dem Kartell zuwenden, machen wir noch folgende Feststellungen: die inländische nordamerikanische Hüttenproduktion beträgt 1927 fast 55% der Weltproduktion. Rechnen wir aber die durch finanzielle Organisation beherrschte Produktion des übrigen Amerika hinzu, so kommen wir auf 77%. Durch die Kartellierung mit den afrikanischen (englisches und britisches Kapital) und europäischen Produzenten ist eine Zusammenfassung von gut 90% erreicht. Das bedeutet praktisch das Weltmonopol. — Der Beitritt der englischen Interessenten ist nicht rechtskräftig geworden. Daraus erwächst jedoch bei der geringen Produktion der einheimischen englischen Hütten (zuzüglich der von der British Metal Corp. kontrollierten Rio Tinto Co. ca. 50000 t im Jahre 1927) noch keine Gefährdung der Machtstellung des Kartells. Schließlich sind auch die asiatischen (sprich japanischen) — 1927 63400 t — und australischen — 10000 t — Produzenten nicht Mitglieder des Kartells. Bei beiden handelt es sich aber, wie wir in der „Bilanz“ im 1. Teil gezeigt haben, um Produktion für den eigenen Verbrauch, so daß von hier aus kaum eine Beeinflussung des Weltmarktes stattfinden kann. Von den größeren amerikanischen Gesellschaften ist lediglich die Miami Copper Co. nicht Mitglied der Exportvereinigung.

Tätigkeit des Kartells

Die Zentrale des Kartells ist die Copper Export Trading Co. in New York mit einer europäischen Verrechnungsstelle in Brüssel. Das Kartell hat keine Produktionseinschränkung vorgenommen. Es bezweckt lediglich (nach dem Programm) eine „Stabilisierung“ des Preises. Das soll geschehen durch Ausschaltung des freien Handels. Der Verkauf findet nur durch Agenturen bei großen Metallhandelsfirmen statt. Und zwar sind in Deutschland sechs (z. B. bei Mansfeld, Metallgesellschaft, Aron Hirsch & Sohn), in England und Frankreich je fünf solcher Agenturen errichtet. Diesen Agenturen wird der Preis, zu dem sie Kupfer verkaufen dürfen, täglich von der Kartelleitung vorgeschrieben, ebenso wird ihnen die Verkaufsmenge zugewiesen, die sie nicht überschreiten dürfen. Schließlich dürfen sie auch keine Ware aus zweiter Hand bzw. von den wenigen Außenseitern verkaufen. Es schien zuerst, als ob das Kartell die Macht hätte, dieses Programm durchzuführen. Seine erste Aktion richtete sich gegen die Londoner Börse, die angeblich an den starken Preisschwankungen schuld war. Lassen wir dahingestellt, wie weit sie überhaupt in der Lage gewesen wäre, die Preisbildung willkürlich zu beeinflussen, jedenfalls hat die von Luft vertretene Ansicht viel für sich, daß dieses Argument lediglich angeführt ist, um der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber die Kartellierung rechtfertigen zu können. Der Handel an der Londoner Kupferbörse geschieht auf Grund von Lagerscheinen, der sog. „Warrants“ (vergl. für das folgende: Marcus, S. 22 ff.*), die über die in den englischen Lagerhäusern vorhandenen Rohkupferbestände ausgegeben werden. Durch geschickte Manipulationen (z. B. Unterbindung der Zufuhr, Aufkauf durch befreundete Firmen) gelang es, diese Vorräte, die bei Gründung des Kartells noch etwa 36 000 t betrugen, auf 3 000 bis 4 000 t Anfang 1928 herabzudrücken. Das bedeutete praktisch die Ausschaltung dieses Instituts. So hatte das Kartell den Markt völlig in der Hand. Im ersten Jahre wurde der Preis nun ziemlich stabil gehalten, was dem Kartell manches Lob wegen seiner Mäßigung einbrachte. Dann setzte aber seit Oktober 1927 eine Preissteigerung ein, die sich zunächst langsam, Ende 1928 und im ersten Quartal 1929 aber in heftigem Tempo fortsetzte, bis Anfang April 1929 durch starke Unterbietungen durch die zweite Hand ein Zusammenbruch des Marktes erfolgte. Das Kartell mußte den Preis von 24 cts. auf 18 cts. herabsetzen. Auf dieser Höhe hält sich der Preis zur Zeit. Die Kartelleitung ist wegen ihrer Preispolitik heftig angegriffen worden. Darauf hat die Copper Exporters Inc. ihre ständigen Preiserhöhungen durch die starken Käufe über den „effektiven Bedarf“ hinaus entschuldigt. Das Kartell hat damit eigentlich seinen Bankrott erklärt; denn es war ja gegründet, um den Preis „stabil“ zu halten, ebenso wollte es den freien Handel ausschalten. Die Frage, ob es einem Kartell überhaupt möglich ist, bei Veränderung der Nachfrage den Preis stabil zu halten (bei ungebundenem Markt hat verstärkte Nachfrage bei nicht gleichmäßig steigendem Angebot automatisch Preis-

*) Alfred Marcus: Grundlagen der modernen Metallwirtschaft. Allgem. Industrieverlag, Berlin, 1928.

steigerung zur Folge), ist strittig. Nach unserer Meinung hätte das Kupferkartell einen glänzenden Beweis für seine Daseinsberechtigung geben können, wenn es statt täglicher Preiserhöhungen den Preis wirklich stabil gehalten hätte. Bei zeitweisem Übersteigen der Nachfrage über das Angebot wäre eine beschränkte Zuteilung (sog. Restriktion) durch die Kartellagenturen durchaus möglich gewesen, vielleicht auch eine genauere Überwachung, ob zur Verarbeitung oder zu Spekulationszwecken gekauft wird. Eine solche zielbewußte, sichere Haltung hätte allen Käufen (besser jeder Nachfrage; denn zum Kauf wäre es ja nicht gekommen) über den „effektiven Bedarf“ hinaus den Sinn genommen. Marcus (a. a. O. S. 24, 25) stellt aber fest, daß das Kartell den Preis offenbar gar nicht hat stabil halten wollen; denn es hat die Verkäufe für spätere Lieferung nicht auf Grund einer Baisseklausel abgeschlossen, die dem Abnehmer Gewähr dafür gibt, daß er nicht zu teuer kauft. Daß unter diesen Umständen der Weiterverarbeiter bei steigender Preistendenz über seinen augenblicklichen Bedarf kauft, kann nicht verwundern.

Der wahre Grund für die Preissteigerung scheint zum Teil darin zu liegen, daß in Amerika eine bedeutende Kupferkonjunktur herrschte, der effektive Bedarf also wirklich gestiegen war. (Produktion: Januar 1929 86 700 t gegen 85 700 im Dezember und 68 200 t im Januar 1928. Jahresproduktion 1927 837 200 t. Die Produktion von Nord- und Südamerika zusammen ist 1928 sogar auf über 1,4 Millionen t gegen nur 1 179 900 t in 1927 gestiegen. Dabei ist z. B. die deutsche Einfuhr 1928 mit 226 000 t gegen 230 000 t 1927 nicht größer.) Zur Hauptsache zeigt sich in der Preissteigerung aber die herrschende Stellung der Amerikaner in der Rohkupferproduktion. Jeder Grund zur Preiserhöhung ist ihnen recht. Und offenbar hat das „Stabilisieren“ des Preises im Programm auch nur geheißen: auf einer „gesunden“ Basis. Die liegt bei Kartellen aber immer möglichst hoch über den Gestehungskosten. In unserm Falle handelt es sich um folgendes: die großen amerikanischen Konzerne vereinigen in sich weitgehend die Hüttenproduktion und die Weiterverarbeitung. Je höher der Kupferpreis über den Gestehungskosten liegt, desto größer ist die Möglichkeit, im Fertigprodukt denjenigen Konkurrenten zu unterbieten, der den Rohstoff teurer kaufen muß. Man selbst bezieht ja von sich selbst zu Selbstkosten. Konkurrent der amerikanischen Fertigwarenindustrie ist Europa, das heute noch 50% der Weltkupferproduktion verarbeitet. Ziel der Amerikaner ist aber nicht nur, diese Konkurrenz auf dritten Märkten zu schlagen, sondern auch im eigenen Lande auszuschalten, d. h. man will statt Rohkupfer Endprodukte nach Europa liefern. Die Auswirkungen müssen wir abwarten, wir können lediglich die Tendenz feststellen. Doch sei ein bislang bekannt gewordener Fall angeführt, der als Beweis für die Richtigkeit unserer Ansicht dienen kann: in Norwegen wurde bereits amerikanischer Kupferdraht angeboten zu einem Preis, der unter dem Kartellpreis für Rohkupfer lag.

Gegenmaßnahmen Europas?

Gibt es nun Abwehrmöglichkeiten für die europäische Industrie? Vielfach wird eine Einkaufsorganisation der Verbraucher (besonders in Deutschland) gefordert.

Sie sollte auf jeden Fall zustande kommen: denn sie könnte dem Kartell gegenüber gewiß manches erreichen. Doch möge man allzu großen Erwartungen gegenüber skeptisch sein; die geschilderten Machtverhältnisse rechtfertigen wohl diese Skepsis.

Ernsthafter Erwägung wert scheint aber der Vorschlag, Kupfer in weitem Maße durch Aluminium zu ersetzen. Die technischen Möglichkeiten dazu sind gegeben. Aus Raummangel können wir hier auf das Aluminiumproblem nicht weiter eingehen. Nur die Grundzüge sollen kurz skizziert werden. Die Welterzeugung hat sich gegenüber 1913 (65 200 t) verdreifacht (1927 206 000 t). Europa erzeugt 108 000 t, Nordamerika (Ver. Staaten und Canada) 98 000 t. Die Verbrauchszahlen sind: Europa 86 900 t, Nordamerika 88 000 t (Asien 6 000 t). Daraus erhellt der entscheidende Unterschied gegenüber der Kupferwirtschaft. Während in der Kupferrohstoffversorgung Europa von Amerika abhängig ist, stehen sich beim Aluminium die beiden Gruppen gleichwertig gegenüber. Allerdings muß man von der höheren europäischen Produktion die norwegische Zahl absetzen und Amerika zurechnen, da die Norsk Aluminium Comp. unter amerikanischer Kontrolle steht. Die gesamte amerikanische Produktion wird von der Aluminium Company of America, dem sog. Mellon-(Schatzsekretär)-Trust, beherrscht. Die europäische Industrie ist mit Ausnahme der norwegischen seit Oktober 1926 in einem Kartell zusammengeschlossen. Dieses Kartell begann seine Tätigkeit mit einer Preissenkung von 118 £ auf 105 £ je t (im Laufe des Jahres 1928 ist der Preis weiter auf 95 £ gesenkt). Und zwar weil die Amerikaner in Canada ein neues Werk in Betrieb nahmen. Danach war zu befürchten, daß der amerikanische Inlandsmarkt seine Produktion nicht aufnehmen und also ein größerer Export nach Europa stattfinden würde. Zudem war auch die europäische Produktion über den Verbrauch gestiegen. Die Folge der Preissenkungen (auch in Amerika wurde der Preis herabgesetzt) war ein größerer Konsum. Das Aluminium ist ein verhältnismäßig junges Metall und seine Verwendungsfähigkeit ist noch lange nicht genügend ausgenutzt. Hier berührt sich das Aluminium- mit dem Kupferproblem. 1923 wurden in Deutschland für Hochspannungsleitungen verlegt: 962,0 km Kupfer und Bronze, 2 180,7 km Aluminium und Aluminiumstahl, 1926 dagegen 1 911,3 km Kupfer und nur 725,9 km Aluminium. 1923 war die Kupfereinfuhr wegen der Devisenknappheit erschwert. In einem Artikel in Nr. 253 der Industrie- und Handelszeitung vom 28. Okt. 1928, dem die vorhergehenden Zahlen entnommen sind, wird weiter festgestellt, daß „unter Berücksichtigung aller physikalischen und technischen Eigenschaften der beiden Metalle deren Preis ungefähr der ‚gleiche‘ ist, wenn der absolute Kupferpreis etwa die Hälfte des Aluminiumpreises beträgt“. Der Kupferpreis liegt aber selbst nach der starken Preissenkung vom April noch weit über dem halben Aluminiumpreis. Damit ist die wirtschaftliche Möglichkeit für die stärkere Verwendung des Aluminiums an Stelle von Kupfer gegeben. Für unsere Außenhandelsbilanz ist dies von größter Wichtigkeit. Die Steigerung des Kupferpreises im Jahre 1928 wird uns bei einer Einfuhr von etwa 226 000 t mindestens 30 Mill. Mark mehr als für die gleiche Menge im Vorjahr kosten.

Zum Schluß fassen wir nochmals zusammen: Zufolge des natürlichen Reichtums an Erzen, der günstigen Lage zum südamerikanischen Kontinent, der gleichfalls reiche Erzlager hat, unterstützt durch den Kapitalreichtum und -überschuß des Landes, der die „stille“ Kolonisation (private Investitionen, Anleihen, Verpfändung von Einnahmen usw., vgl. dazu: Nearing-Freeman: Dollardiplomatie, Berlin, Vowinkel, 1927) des mittel- und südamerikanischen Kontinentes ermöglicht, schließlich durch Einflußnahme auf die afrikanische Produktion, ist es den Amerikanern gelungen, nicht nur die Weltproduktion an Kupfer zu beherrschen, sondern auch die verarbeitende Industrie, und besonders die Europas, in Abhängigkeit von sich zu bringen. Diese Feststellung verwundert uns nicht so sehr, da sie nur einen Teil einer allgemeineren Entwicklung berührt, der immer stärker werdenden wirtschaftlichen (und damit auch politischen) Vormachtstellung der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Nearing-Freeman: Dollardiplomatie. Eine Studie über amerikanischen Imperialismus. 475 Seiten, 11 Skizzen, Leinen 15.— (Kurt Vowinkel Verlag, Berlin-Grünwald).

OTTO MAULL:

Systematisch-erdumspannender Literaturbericht

Willi Ule: Die Erde und ihre Völker. Ein geographisches Hausbuch. I. Bd.: Europa, Afrika. Mit 407 Abbildungen im Text, 22 Einschaltbildern und 10 farbigen Karten. VIII und 700 S. II. Bd.: Asien, Australien und die Südseeinseln, Amerika, die Polarländer. Mit 294 Abbildungen im Text, 19 Einschaltbildern und 5 farbigen Karten. VI und 638 S. Stuttgart, Berlin, Leipzig (Union Deutsche Verlagsgesellschaft) 1929. Geb. 56,— M.

Das zweibändige Werk Ules hat einen berühmten Vorgänger in Friedrich von Hellwalds vor 50 Jahren erschienener, vielgelesener, darum in mehreren neuen Auflagen herausgekommener gleichnamiger Darstellung, die freilich in jüngerer Zeit nicht mehr neuaufgelegt, als gegenüber den wissenschaftlichen Fortschritten veraltet bezeichnet werden mußte. Darum hatte der Verlag schon kurz nach dem Krieg den Plan, eine neue Ausgabe von Hellwalds „Die Erde und ihre Völker“ im Sinne eines von Kennern der einzelnen Länder bzw. Erdteile geschriebenen Sammelwerks zu veranstalten, der aber damals gescheitert ist. Inzwischen hat es Ule übernommen, das neue zweibändige

Werk allein zu schreiben. Einer solchen Darstellung aus einer Feder gebührt unstreitig im Hinblick auf die Einheitlichkeit der Vorzug, so riesig und eigentlich unlösbar die Aufgabe dabei wird. Es wäre aber grundfalsch, die Leistung Ules mit einem Maßstab messen zu wollen, auf dem von vornherein dieser Teilstich „unlösbar“ eingekratzt ist. Denn wenn man Ules Buch gerecht werden will, muß man beachten, daß es sich nicht an den Wissenschaftler wendet, es will kein anschauliches Referat von der Gesamtheit unserer länderkundlichen Erkenntnisse in allen Einzelheiten sein; denn gerade eine derartige Verarbeitung übersteigt längst die Kraft eines einzelnen und stellte, selbst wenn es möglich wäre, sie durchzuführen, nur Stückwerk dar. Es will nur, auf der allgemeinen Höhe der wissenschaftlichen Erkenntnis stehend, ein geographisches Hausbuch für weiteste Kreise sein. In dem Sinne ist an dem Grundgedanken des Hellwaldschen Werks festgehalten worden, eine geographische Schilderung der Erde zu geben, die „in nicht allzuweit gestecktem Rahmen und in

geschmackvoller Darstellung die Ergebnisse der modernen Erd- und Völkerkunde zu einem lehrreichen und zugleich anziehenden Gemälde gestaltet“. Alles Suchen nach irgendwelchen Fehlern, Abweichungen untergeordneter Art von den Erkenntnissen anderer oder gar das Aufzeigen von Auslassungen und zu schmalen Behandlung muß darum von vornherein als absurd bezeichnet werden, so beliebt das ja hier und da in der wissenschaftlichen Kritik gegenüber Darstellungen mit ähnlichen Zielsetzungen geworden ist. Jede Kritik wird sich in erster Linie zu fragen haben, was der Autor eigentlich wollte und an dem vom Autor gesetzten Ziel das Geschaffene messen müssen. In der Hinsicht hat es Ule dem Referenten leicht gemacht. Er hat sich einzig und allein darauf bezogen, daß das Werk ein Hausbuch sein solle; und als solches dürfen wir es voll anerkennen und eine für unser Volk erzieherische Leistung in diesen beiden stattlichen Bänden sehen.

Mit Recht ist darum Europa eine angenehme Breite zugebilligt worden und nimmt auch innerhalb Europa Mitteleuropa einen sehr wesentlichen Prozentsatz des dem Erdteil zugewiesenen Raums ein. Viel kürzer sind die übrigen Erdteile gehalten. Ihre Gliederung ist die allgemein übliche. Auch die Durchführung im einzelnen weicht weder hinsichtlich Methode noch nach Inhalt von der normalen Länderkunde ab. Wo es leicht möglich war, ist die erstere die beschreibend-erklärende. Vielleicht muß erwähnt werden, daß der Mensch eine eingehendere Behandlung erfahren hat, als es sonst vielfach üblich ist. Damit ist aber eigentlich nur das Maß erreicht worden, das gefordert werden muß. Die Sprache ist schlicht, aber durchaus ansprechend. Was mit dem Wort nicht ausgedrückt werden konnte, das ist unstreitig durch die reichen, durchaus gut gewählten, z. T. außerordentlich charakteristischen Bilderbeigaben erreicht worden, und auch dabei ist wieder Menschenbrauch und Menschenwerk stärker betont, als man es sonst in Länderkunden beobachten kann. Ule kann des Dankes seiner Leser gewiß sein, und man kann ihn als Ver-

fasser zur Vollendung einer Länderkunde der Erde in solch gewählter Selbstbeschränkung aufrecht beglückwünschen.

H. A. Daniel: Neues geographisches Handbuch für Haus, Bureau und Schule. 85., völlig umgearbeitete Auflage, herausgegeben von R. Fritzsche. Mit 78 Figuren im Text und 90 Tafeln mit 237 Abbildungen. XV und 568 S. Halle (Buchhandlung des Waisenhauses) 1929. Geb. 18 M.

Auf sehr viel bescheidenem Umfang strebt Fritzsche ein ganz ähnliches, aber sachlich noch sehr viel weiteres Ziel als Ule an. Er will in der 85. Auflage des allbekannten „Daniel“ ein gesamtgeographisches Handbuch für das Haus entstehen lassen, das sowohl einen Abriß der allgemeinen Geographie (152 Seiten) wie eine Länderkunde der Erde umfaßt. Das war natürlich ein ganz unmögliches Unterfangen trotz der Erweiterung des Umfanges gegenüber dem Handbuch von Daniel, von dem aus Pietät nur der Name geblieben ist. Ein solcher Abriß ist bei dem gewählten Raum und mittleren Können nicht zu schreiben; und auch derjenige, dem es zustünde, von hoher Warte aus Sichten zu entwickeln, vermöchte bei den gegebenen Bedingungen höchstens dem Fachgenossen etwas zu bieten, könnte aber niemals das Interesse von „Haus, Büro und Schule“ finden. Man kann keinen Teil dieses Buches als befriedigend bezeichnen. Am unglücklichsten ist inhaltlich der allgemeingeographische Abriß ausgefallen. Wie unrationell dabei zudem die Raumaufteilung vorgenommen worden ist, mag der Fachmann beurteilen, wenn er hört, daß der Darstellung der Klimate 2 Seiten und im Vergleich dazu der Behandlung der atmosphärischen Elektrizität $\frac{3}{4}$ Seiten und der des Erdmagnetismus $1\frac{1}{4}$ Seite gewidmet worden sind. Die länderkundliche Betrachtung ist im ganzen ein dürres Aneinanderreihen von durchaus nicht immer stichhaltigen Angaben. Der allgemeine Teil wimmelt von Schiefheiten und Unzulänglichkeiten. Sebald Schwarz, Walter Weber und Emil Hinrichs in Verbindung mit Julius Wagner: Erdkundebuch. I. Teil für Sexta und Quinta. VIII und 132 S. Frankfurt a. M. (Moritz Diesterweg) 1929. Geh. 3,— M.

Man muß nur immer bewundern, wie sorgfältig diese modernen Leitfäden für die Schule gearbeitet sind und welch reichen Inhalt sie an Text, Bildern und Skizzen bieten. Man kann ruhig behaupten, daß sie auch für den Erwachsenen, den gebildeten Laien nicht ausgeschlossen, ein Weg zu den ihm meist mangelnden Grundbegriffen der Geographie sein können. Dieses Büchlein könnte in dem Sinne manches beitragen zum besseren Verständnis Deutschlands. Aber was für das eine gesagt ist, gilt für die Serie und den Typus.

Hübners Geographisch-Statistische Tabellen aller Länder der Erde. 70. Ausgabe. Völlig neu bearbeitet und abgeschlossen im Juni 1929 von Eugen Würzburger in Verbindung mit Ernst Rösner. 543 Seiten. Wien (L. W. Seidel und Sohn) 1929. 15,— M.

Die bekannten Hübnerschen Tabellen, deren Exaktheit durch den Namen Würzburgers, eines der anerkanntesten Statistiker, verbürgt wird, liegen in völlig neuer Gestalt vor und sind dabei zu einem stattlichen Tabellenband angeschwollen. Wurde bisher die Statistik der Erde nach einer Übersicht über die Staaten in zwei Hauptabschnitten behandelt, von denen der erste Areal und Bevölkerungsstatistik brachte und der zweite wirtschafts- und verkehrsstatistischer Natur war, und in einem Schlußteil ein Anhang allgemeiner Übersichten geboten, so zerfallen in der neuen Form die Tabellen in 5 Abteilungen: 1. Allgemeine geographische Angaben, geographische Lage, Länge der Grenzen und Küsten, klimatische Verhältnisse, Bodenhebungen, Flüsse, Seen und ähnliches der einzelnen Länder. Das ist eine sehr verdienstliche Übersicht. Sie bedarf naturgemäß bei späteren Ausgaben am intensivsten der Auswahl, der Revision und der Ergänzung. In dieser Form ist sie natürlich nur ein Versuch, bei dem die Mitarbeit des Geographen anscheinend gefehlt hat. 2. Gebiet und Bevölkerung. 3. Landwirtschaft, Viehstand, Bergbau, Industrie. Anhang dazu bringt Bodenbenutzung und eine Weltübersicht über die Anbauflächen und die Ernteträge, die beide in dieser geschlossenen Form

sehr zu begrüßen sind. 4. Verkehr. 5. Finanzen, Geldwesen, Handel. Es schließen sich übliche Übersichten über Münzen und Währungen an. Schon bitter vermißt hat aber der Referent die Weltübersichten über Areale und Bevölkerungsgröße der Einzelländer zu Erdteilen geordnet, die in den früheren Auflagen vorhanden waren. Es wäre höchst wünschenswert, wenn sie in der nächsten wieder erschienen um damit dieses für den mit der Pflege der Kunde von der Erde Beflissenen und für jeden, der sich über die statistischen Verhältnisse orientieren will, unentbehrliche Hilfsmittel zu einem Tabellenwerk auszustatten, das in keiner Frage versagte.

Hickmanns Geographisch-Statistischer Universalatlas. Vollständig Neubearbeitet von Alois Fischer. 96 Seiten Text, 100 Seiten Karten und Tabellen. Wien (G. Freytag und Berndt) 1929.

G. Freytags Weltatlas. 255 Karten auf 142 Seiten und Namensverzeichnis. Wien (Freytag und Berndt) 1929.

Hickmanns Geographisch-Statistischer Atlas ist mir ein lieber, alter Bekannter. Aus einem Exemplar des 20. bis 25. Tausends habe ich als Junge meine vergleichend geographische Bildung bezogen. Ich freue mich darum ganz besonders, diesen Atlas in neuer Form und mit ungleich reicheren Inhalt aufs herzlichste begrüßen zu können. Ein Blättern in diesem Atlas, der zunächst in seinem Textteil übliche Statistik für die einzelnen Staaten gibt, ist ein Genuß. Besonders die neuen Karten und Diagrammtafeln bieten eine Fülle von Anregungen. Sehr beachtenswert ist die Rassenkarte von Europa. Der ganze zweite Teil (von S. 43 der Karten an) verdient wegen seiner originellen Behandlung des Stoffes ein uneingeschränktes Lob. Keine der neuen Darstellungen (Berufsstatistik, Verbrauch wichtiger Güter, Verbrauch an Kohlenenergie, Erdölenergie und Wasserkraft, Straßenstatistik, Eisenbahnbetriebsstatistik, Nationaleinkommen, Länge der Land- und Seegrenzen, Altersaufbau der Bevölkerung, Kulturbereiche der Erde, Tragfähigkeit des Lebensraums der Erde) möchte man missen. Die

Wiedergabe ist sehr gefällig. Die topographischen Karten sind kartographisch einwandfrei, sehr klar und wirken sehr gut, so daß diesen handlichen Handatlas warme Empfehlung be-
gleiten darf.

Diese gleiche Empfehlung möchte der Referent auch dem größeren „Weltatlas“ nicht versagen. Für die Ausführung der topographischen Karten, die z. T. in dem Statistischen Atlas wiederkehren, gilt das gleiche. Dank des leicht lesbaren, gut ausgearbeiteten und zuverlässigen Kartenbildes, das auch die Verkehrsrouten sehr deutlich berücksichtigt, und dank seiner besonderen Spezialisierung auf Europa, der begrüßenswerten Auflösung der Karten der einzelnen Länder in Kartenabschnitte, meist im Maßstab 1 : 1,25 Mill. bei Deutschland, 1 : 3,5 Mill. bei den west-, nord- und südeuropäischen Ländern, eignet er sich ganz besonders zum übersichtlichen Reiseatlas. Jedem, der nach einem Atlas greift, wird er aber eine wertvolle Hilfe zu leisten vermögen, namentlich auch dank seines Ortsregisters von 140 Seiten.

I. G. Granö: Reine Geographie. Eine methodologische Studie beleuchtet mit Beispielen aus Finnland und Estland. Turun Yliopiston Manti-teollisen Laitoksen Julkaisu Nr. 3. IX und 202 S. Helsinki 1929.

Der Geograph der Universität Abo nimmt Stellung in diesem Buch zu den Grundbegriffen und zu den Aufgaben der Forschung und den Methoden der Geographie. Um das Fazit vorwegzunehmen: die Umgebung des Menschen als sinnlich wahrnehmbarer Komplex von Erscheinungen ist ihm der eigentliche Forschungsgegenstand der Geographie. Diese Auffassung, die man natürlich ebenfalls von vornherein als eine ziemlich enge bezeichnen muß, sucht er in der Schrift zu begründen. Man könnte rein theoretisch schließen, daß Granö lediglich der deskriptiven Seite der Geographie das Wort rede. Das ist aber nicht der Fall. Er betont nachhaltig die Bedeutung der Genesis. Es entsteht damit selbstverständlich die Frage, warum nicht auf allen Gebieten der Geographie die gleiche Methode empfohlen wird. Besonders zu begrüßen in dem

Buch ist die Frage nach dem eigentlichen Forschungsgegenstand der Geographie, die nicht überall so präzise gestellt wird. Als nur in beschränktem Maße das Thema fördernd, möchte der Referent die allgemeinen Gesichtspunkte über die Grundbegriffe und die Aufgaben und Methoden der Forschung ansehen. Dagegen verdient die an vielen Beispielen fein durchgeführte Landschaftsanalyse, die die drei nächsten Hauptabschnitte umspannt, alle Beachtung. Hier wird stellenweise Vortreffliches geleistet. Allein der Schlußfolgerung nach solcher Analyse, die die meisten Disziplinen der Geographie nur als Hilfsdisziplinen ansehen will, können wir nicht zustimmen. Granös reingeographisches Bild von der Erdoberfläche kommt dem Referenten doch zu wenig lebensvoll gegenüber der tatsächlichen Mannigfaltigkeit und der Vielzahl der Kräfte vor, die diese geschaffen haben.

Siegfried Passarge: Beschreibende Landschaftskunde. Zweite, erweiterte und verbesserte Auflage des ersten Bandes der Grundlagen der Landschaftskunde. Mit 178 Abbildungen im Text und 20 Tafeln. XV und 312 S., Hamburg (Friederichsen, de Gruyter & Co.) 1929. 8,— M.

Gegenüber dem 1. Band der „Grundlagen“, der nur 210 Seiten umfaßte, ist diese zweite Auflage ganz bedeutend erweitert sowohl im Text wie nach Zahl der höchst anschaulichen Skizzen. Auch in dieser Form ist sie gedacht als einführende Grundlage in das Geographiestudium und zugleich aber als Anleitung zur Beobachtung. Natürlich kann sie beiden Zwecken dienen. Um sie als Einführung brauchbar zu machen, sind umfangreiche Kapitel über Kartenlesen, Routenaufnahmen, Vermessen mit einfachen Hilfsmitteln hinzugefügt worden. Stellenweise (z. B. Landschaftsanalyse) gehen aber die Erörterungen weit über ein einfaches Legen einer Grundlage hinaus. Unstreitig ist das Buch in dieser neuen zweiten Auflage ungleich reicher, als es sich in der ersten bot. Es bietet eine Fülle von Anregungen. Sie werden vortragen von einem treffsicheren Beobachter, bei dem jeder in die Schule gehen sollte, der die Landschaft verstehen will. Ob man der

Terminologie Passarges zustimmt oder nicht, ist dabei eine nebensächliche Frage.

Ludwig Diels: Pflanzengeographie. Dritte, umgearbeitete Auflage. Mit 1 Karte. 160 S. Sammlung Götschen, Bd. 389. Berlin und Leipzig (Walter de Gruyter & Co.) 1929. Geb. 1,50 M.

Unter den Leitfäden der Pflanzengeographie gebührt dem von Diels dank der zwar gedrängten, aber alle Gebiete gleichmäßig mit außerordentlicher Exaktheit behandelnden Durcharbeitung eine ganz besondere Stelle. Bei der hohen Bedeutung der Pflanzengeographie für die richtige Einwertung der einzelnen Lebensräume mag hier auf die neue Auflage des vom Referenten in so mancher Frage erprobte Büchlein hingewiesen werden.

Karl Sapper: Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrsgeographie. Zweite Auflage mit 66 kartographischen und statistisch-graphischen Darstellungen. VIII und 392 S. Leipzig und Berlin (B. G. Teubner) 1930. Geb. 18,— M.

Diese zweite Auflage hat den Umfang der ersten um fast 100 Seiten vermehrt. Der Gang der Darstellung ist im ganzen gewahrt geblieben. Allein an vielen Stellen merkt man die fleißige Hand des Autors, sowohl in den einführenden wie ganz besonders in den wirtschaftsgeographischen und verkehrsgeographischen Teilen, wo vieles dem jüngsten Stand anzupassen war. Die meisten Zahlenangaben beziehen sich auf 1927. Neueingefügt worden ist das Kapitel über den Verbrauch. Die stärkste Erweiterung hat die Verkehrsgeographie erfahren, die zudem inhaltlich wesentlich umgearbeitet und kräftiger gegliedert worden ist. Diesem Kapitel sind auch etliche außerordentlich instruktive neue Karten beigelegt worden, wie sie auch anderen Stellen zur wertvollen Ergänzung des geschriebenen Wortes beitragen. Man wird die Sappersche Wirtschafts- und Verkehrsgeographie, die in der ersten Auflage noch etwas schmal, hie und da etwas skizzenhaft erschien, noch zu sehr gruppiert war um bestimmte Fragen, die den Verfasser selbst am meisten interessieren, heute als das beste Buch

dieser beiden allgemeingeographischen Disziplinen bezeichnen können.

Wolfgang Himmelbaur und Bernhard Hollinger: Drogenweltkarte. Wien (G. Freytag und Berndt) 1927.

Diese Drogenweltkarte will entschieden mehr bieten, als ihr Titel verspricht. Denn auf den 6 einzelnen Erdteilblättern der Karte, denen eine politische und Verkehrskarte der Erde als Übersichtsblatt beigegeben ist, ist das Vorkommen der Drogen auf pflanzengeographischen Karten, wie das bei dem Gegenstande verständlich ist, eingetragen. Bedauerlicherweise muß sich aber diese pflanzengeographische Darstellung, die sonst an sich sehr verdienstlich wäre und selbstverständlich zur Erklärung der Vorkommen dienen soll, eine herbe Kritik gefallen lassen, weil sie an vielen Stellen fehlerhaft ist, weil sie unserem heutigen Wissen durchaus nicht entspricht. Auf Grund von Berghaus' Atlas und der Drudeschen Übersichtskarten kann man natürlich keine pflanzengeographischen Karten mehr entwerfen. Moderne Schulatlanten hätten schon eine wesentlich zuverlässigere Grundlage abgegeben. Referent hofft, daß die Eintragung der Drogennamen mit mehr Sorgfalt und Kenntnis vorgenommen worden ist.

Louis Fischer: Ölimperialismus. Der internationale Kampf um das Petroleum. 231 S. Berlin (Neuer Deutscher Verlag) 1927. Kart. 3,— M., geb. 4,— M.

Dieses Buch ist dem Ölkrieg gewidmet, der sich seit Jahren, nicht immer in seiner vollen Bedeutung beachtet, zwischen den einzelnen Ölmächten abspielt, die sich bald der politischen Mächte dabei bedient haben, bald von diesen als Schrittmacher vorgeschoben worden sind. Fischer leuchtet hinter die Politik und die Machenschaften des Petroleumkapitals, indem er den Kampf in seiner Einheit aufzeigt und nachweist, welche Bedeutung die Ölfrage auf den Konferenzen von San Remo, Genua und im Haag gespielt hat. Fischer verfolgt den Kampf der Ölmächte untereinander und gegen Rußland, der gleichsam der Kampf des kapitalistischen Produktes gegen das sozialistische ist.

So weist dieses mit sicherer Kenntnis außerordentlich spannend geschriebene Buch über die Gegenwart hinaus in die Zukunft.

Paul Nagel: Geld und Boden. Systematische Darstellung einer krisenlosen, ausbeutungsfreien Wirtschaftsordnung. 216 S. Frankfurt a. M. und Bern (Buchhaus der Schaffer) 1928. Kart. 4.50 M., geb. 5.80 M.

Es handelt sich um eine theoretische Untersuchung, die auf Fehler der jetzigen Wirtschaftsordnung aufmerksam und Vorschläge zu deren Abstellung machen will. Um diese Fehler zu erkennen, wird das heutige Geldwesen (Währungsproblem, Zinsproblem, Krisenproblem) und ebenso das heutige Bodenrecht (Landproblem, Lohnproblem, Staatsproblem) betrachtet. Die Vorschläge werden in der Form eines Systems der sog. Freiwirtschaft erstattet. Sie finden ihren Ausdruck in einer empfohlenen Freigeldreform (Technik und Folgen im Hinblick auf die Lösung des Währungs-, Zins- und Krisenproblems) und in einer Freilandreform (Technik und Folgen hinsichtlich der Lösung des Land-, Lohn- und Staatsproblems). Abschließend werden die kulturellen Folgen der Freiwirtschaft, ihre Bedeutung für das Individuum, Klassenschichtung, Staat, Gemeinde, Menschheit besprochen und die Durchführbarkeit der Freiwirtschaft behandelt. Natürlich verdient ein solches Buch Beachtung, wenn auch wenig Aussicht besteht, daß die heutige Wirtschaftsordnung einer freiwirtschaftlichen leichterding's Platz machen kann oder nur selbst von freiwirtschaftlichen Gedanken zu durchsetzen ist, weil die letzteren nur auf einer ganz anderen Basis durchführbar sind.

H. Oswalt: Grundzüge der Geldtheorie. Ein Nachtrag zu den Vorträgen über wirtschaftliche Grundbegriffe. 78 S. Jena (G. Fischer) 1929. Brosch. 4,— M.

Oswalt geht in dieser Abhandlung vom Wesen des Geldes als eines allgemeinen Tauschmittels aus, das als solches auf ein allgemeines Vertrauen fundiert ist. Er unterscheidet bei dieser Ableitung Geld und Güter, von denen das Geld immer nur eine Anweisung auf eine bestimmte Menge Güter darstellt. In weiteren Kapiteln

wird das Geld als Wertmaß betrachtet, die Frage nach weiteren Funktionen des Geldes wird aufgeworfen, werden die Arten des Geldes behandelt. Diese Analyse des Geldwesens soll den Irrglauben zerstören, als ob von dem Gelde irgendwelche „geheimnisvollen, magischen“ Kräfte ausgingen. Oswalts Geldtheorie basiert in der Erkenntnis der engen Bindung des Geldwesens mit der Wirtschaft.

Richard Hennig: Abhandlungen zur Geschichte der Schifffahrt. V und 171 S. Jena (G. Fischer) 1928. Brosch. 9,— M.

Hennig, der sich mit außerordentlicher Belesenheit und Konstruktionsgabe schon mehrfach solchen Problemen der historischen Geographie zugewendet hat, bietet unter dem Oberbegriff verschiedene Abhandlungen, die sich mit der Frühgeschichte der Schifffahrt beschäftigen. In der ersten revidiert er unsere bisherigen Anschauungen von der Frühgeschichte der Schifffahrt im Mittelmeer. In der nächsten wirft er die Frage nach der Kenntnis des Atlantischen Ozeans im Altertum auf. In weiteren werden der Verkehr auf dem Indischen Ozean im Altertum und im Mittelalter, das Verkehrsleben der Ostsee im Altertum und Mittelalter, unfreiwillige Schifffahrten in ihrer Bedeutung für die Besiedlung des Erdballs und die Rassenmischungen, Schiffstragplätze und Schleppwege, die Frühgeschichte der Leuchtfeuer und die Vorgeschichte der Dampfschiffe behandelt. Aus dieser Inhaltsangabe lassen sich leichterding's die reichen Anregungen erkennen, die von dem Buch auszugehen vermögen. Andererseits muß natürlich betont werden, daß die aufgeworfenen Fragen z. T. zu den umstrittensten im Bereiche der einzelnen Fachwissenschaften gehören. Allein es hat einen eigenen Reiz, den Darstellungen des Autors zu folgen.

O. Leixner: Der Stadtgrundriß und seine Entwicklung. Was uns der Stadtplan erzählt. Sammlung: Die Landkarte, herausgeg. von K. Peucker. Mit 102 Grundrissen und 10 Kartenausschnitten im Text. 156 S. Wien (Österreichischer Bundesverlag). Geb. 6.50 S.

Es ist ein stadtgeographischer Abriß, der an reichem Beispielmaterial in Wort und Karten-

skizze die Anlage, Gründung, Entwicklung und den Grundriß der Städte behandelt und sich dabei in erster Linie auf den Grundriß bezieht. Schon die Beschränkung auf diesen Gesichtspunkt drängt zur Empfehlung des gediegenen Büchleins.

Paul Schultze-Naumburg: Die Gestaltung der Landschaft durch den Menschen. Kulturarbeiten Bd. 1—3. Bd. 1: Wege und Straßen. Die Pflanzenwelt und ihre Bedeutung im Landschaftsbilde. 158 S. 223 Abb. Bd. 2: Der geologische Aufbau der Landschaft und die Nutzbarmachung der Mineralien. Wasserwirtschaft. 176 S. 257 Abb. Bd. 3: Industrielle Anlagen. Siedlungen. 153 S. 248 Abb. München (Georg D. W. Callway) 1928. Kart. je Bd. 7,50 M., in einem Bd. 25,— M.

In neuer, dritter Auflage widmet Schultze-Naumburg die ersten drei des jetzt auf etwa 7 Bände veranschlagten bekannten und außerordentlich verdienstlichen Werkes der Betrachtung der Gestaltung der Landschaft durch den Menschen. In kritischer Stellungnahme zu dem Geschaffenen wendet er sich an das Gewissen derer, die verantwortlich sind für die Landschaftsgestaltung durch Menschenwerk, und er will Ratgeber zugleich sein bei der Lösung künftiger Arbeiten. Wenn man diese Bücher durchblättert, ist man überrascht von der Schönheit deutscher Landschaft nicht allein im großen, sondern ganz besonders im kleinen und muß bekennen, wieviel kostbares Gut leicht durch allzu nüchterne Zwecksetzung zerstört werden kann und schon zerstört worden ist. Nicht wenig trägt zu diesem Eindruck und Urteil die ganz hervorragende Wahl der Bilder neben dem Wort des Verfassers bei. Was in der Landschaft zerstört wird, ist aber zugleich mehr als lediglich ein Schönheitswert. Es sind Gefühlswerte, durch die für viele Menschen eine Bindung an eine bestimmte Scholle gefunden wird. Darum geht das Werk Schultze-Naumburgs nicht nur alle die an, die sich um den ästhetischen Wert der Landschaft an sich sorgen, sondern es ist eine vaterländische Tat, solche Werte erhalten zu wollen und auch noch für kommende Geschlechter solche Klammern zwi-

schen der Landschaft und dem Menschen in ihrer vollen Wirkung zu bewahren. Rein theoretisch wird jeder, der sich die Mühe intensiven Studiums gibt, von dem bewundernswerten Blick des Autors für die eigene Landschaftsanalyse und Landschaftswertung reichsten Nutzen ziehen.

Franz Oppenheimer: Weltprobleme der Bevölkerung. Weltwirtschaftliche Vorträge und Abhandlungen, herausgeg. von Ernst Schultze. H. 1. 71 S. Leipzig (Deutsche Wissenschaftliche Buchhandlung) 1929. Kart. 3,25 M.

Franz Oppenheimer äußert sich zu zwei brennenden Fragen, zum Übervölkerungsproblem und dem Problem der Tragfähigkeit der Erde. Ausgehend von dem Malthusschen Gesetz und dem Marxschen Erklärungsversuch kommt er über das Goltzsche Gesetz auf die erste Frage zur Antwort, daß die Übervölkerung keine allgemeine, sondern nur auf die Städte beschränkte Erscheinung ist. Auch in der Berechnung der Tragfähigkeit der Erde hält er den Ansatz für falsch und glaubt, daß eine allmähliche Geburtenregulierung mit dem Ziele der Entwicklung einer wirklichen Kulturmenschheit eintreten werde. Die erste Überlegung ist zweifellos zielsicherer und wirklichkeitsnäher durchgeführt als die zweite. Doch wird man Oppenheimers Stimme bei den genannten Fragestellungen hören müssen.

Heinrich Gattineau: Verstädterung und Arbeiterherrschaft. Ergebnisse einer kritischen Betrachtung der australischen Verhältnisse. Mit Vorworten von Abraham Frowein und Karl Haushofer. Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik. H. 4. XVI u. 245 S. Berlin-Grünwald (Kurt Vowinckel) 1929. Brosch. 8,50 M., geb. 9,50 M.

Trotz des regionalen Untertitels möge das Buch wegen seiner außerordentlichen allgemeinen Bedeutung für die geopolitische Bewertung der Bevölkerungsprobleme hier angezeigt werden. Denn der Verfasser hat es meisterhaft verstanden, die Erscheinung und die Ursachen der Verstädterung Australiens aufzuzeigen und die Folgen daraus abzuleiten, die die australische Wirtschaft zu tragen hat.

Auf Seite 220—222 werden die Ergebnisse zusammengerafft, die durch die höchst einleuchtende Analyse gewonnen worden sind. Gattineau kommt dabei schließlich zu Schlußfolgerungen mit weiter Perspektive, indem er in der Verstädterung im Verein mit der Arbeitervorherrschaft nicht nur eine Gefahr für eine günstigere wirtschaftliche Weiterentwicklung Australiens, sondern, weil er den Siedlungs- und Rohstoffreserveraum gefährdet sieht, eine empfindliche Rückwirkung auf das Siedlungsgebiet der weißen Rasse überhaupt befürchtet. Analysen wie die Gattineaus verdienen der Nachahmung in anderen Räumen.

Sire! Die Einunddreißig Sendschreiben an den Wirtschaftsführer, eingeleitet von Siegfried Behn. 149 S. Berlin und Bonn (Ferd. Dümmler) 1928. Kart. 3,90 M., geb. 4,80 M.

Es sind Seiten zur Besinnung, des Wunsches. Sie verlangen den neuen Führer, die Planwirtschaft der freien Tat, vorbauende Technik. Der Führer soll schöpferische Persönlichkeit sein, und in die Hand des Wissenden soll die Macht gelegt werden.

P. Mombert: Bevölkerungslehre. Grundrisse zum Studium der Nationalökonomie; herausgeg. von K. Diehl und P. Mombert. Bd. 15. IV u. 490 S. Jena (G. Fischer) 1929. Brosch. 18,— M., geb. 20 M.

Eine so breit und tief angelegte Bevölkerungslehre wie die Momberts wird von jedem Wissenschaftler, dem der Staat Gegenstand ist, aufrichtig begrüßt werden. Speziell die Momberts löst ein freudiges Willkomm von seiten des politischen Geographen und Geopolitikers aus. Berühren sich doch auf langer Linie die Fragen der Bevölkerungslehre mit den eigenen. Das gilt sowohl für den ersten geschichtlichen Teil, der die Entwicklung der Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft im Zusammenhang mit den Anschauungen und Lehren darüber betrachtet, wie für den zweiten systematisch-theoretischen, der in die Analyse von Volkszahl, Volkswachstum und Nahrungsspielraum einführt. Nichts kann das ja eigentlich besser belegen, als daß der Verfasser bei der Schürzung des Problems des ersten Hauptkapitels

seinen Ausgang von einem Zitat Ratzels nimmt, und von da an drängt sich das geographische Element dem Leser erfreulich häufig auf. Ganz besonders wieder der Schluß, wo die Frage nach der Übervölkerung und der Tragfähigkeit der Erde gestellt wird, könnte in solcher Problemsetzung auch dem Anthropogeographen seinen Ursprung verdanken. Das berechtigt natürlich auch zu einigen Wünschen gegenüber dem Buch, das man im ganzen dankbar als eine erfreuliche Durchdenkung und Durchgeistigung des gelegentlich auch etwas spröden Stoffes hinnimmt. Die Betrachtung der Bevölkerungsprobleme der primitiven Kulturen hat einen gewissen weltweiten Zug; die des Altertums beschränkt sich dagegen in der Hauptsache auf das Mittelmeergebiet, aus dem ja allerdings die Quellen am reichsten fließen und in dem auch schon mancher Gedanke der Bevölkerungslehre aufkeimt, und die des Mittelalters greift kaum über den deutschen Raum hinaus. Unstreitig hätten hier Parallelen aus der übrigen Welt für die ältere wie für die jüngere Zeit, namentlich ein Eingehen auf die Lehren der Kolonialgeschichte, eine außerordentliche Bereicherung und Fundierung der allgemeinen Schlüsse gebracht. Referent gibt sich der Hoffnung hin, daß bei einer zweiten Auflage eine solche Verbreiterung der Grundlage dieses ausgezeichneten, für den engeren Raum überraschend aufschlußreichen und in seinem systematischen Teil äußerst klare Linien ziehenden Grundrisses gefunden werden kann.

Ludwig Ferd. Claus: Von Seele und Antlitz der Rassen und Völker. Einführung in die vergleichende Ausdrucksforschung. Mit 231 Abb. auf 86 Kunstdrucktafeln. XV u. 99 S. München (J. F. Lehmann) 1929. Geh. 10,—, geb. 13,— M.

Bewegt sich die anthropologische Forschung im allgemeinen auf dem sicheren Beobachtungsfeld der physiologischen Anthropologie, so mehrten sich aber in der jüngeren Zeit die untrüglichen Zeugnisse, daß auf dem der psychologischen Anthropologie in hohem Grade überraschende Ergebnisse zu gewinnen sind. Ein

Zeugnis ist dafür dieses Buch von Clausß, das seinem ganzen Sinn nach in ein Tafelwerk und einen erklärenden, analysierenden Text zerfällt. Es bedarf natürlich eines eindringend vergleichenden Studiums der beiden Teile, um sich die Erkenntnis, die aus dieser Darstellung erwachsen ist, zu eigen zu machen. Der Verfasser führt in den Erläuterungen und in den Bildern fünf verschiedene Stiltypen vor, die er seelisch interpretiert und zugleich räumlich lokalisiert, um dann in dem zweiten Teil, abermals an der Hand des ausgezeichneten Bildermaterials, den Leser mit den Grundfragen und Methoden der seelischen Rassenkunde vertraut zu machen. Das Buch ist eine hochanzuerkennende Leistung. Jede intensivere Beschäftigung mit ihm wird zugeben, daß es einen Weg aufweist, der zu sehr beachtlichen Erkenntnissen führen muß.

S. Passarge: Das Judentum als landschaftskundlich-ethnologisches Problem. Mit 153 Abb. 460 S. München (J. F. Lehmanns) 1929. Geh. 13,— M., geb. 15,— M.

Passarge meint: „Niemals aber hat man daran gedacht, das Problem kulturgeographisch zu erfassen, also die Abhängigkeit des Menschen von der Natur des Landes zum Ausgangspunkt zu wählen“. In meiner Politischen Geographie habe ich Seite 370 behauptet, daß die Juden „nichts anderes als einen Kulturbegriff darstellen“, unter energischer Ablehnung, in ihnen eine bestimmte Rasse zu sehen; und an gar manchen anderen Orten bin ich nicht müde geworden, darauf hinzuweisen, daß das Land sein Volk bilde. Darum kann ich den Ausgangsgedanken, der zu der gründlichen Durchdenkung des Problems durch Passarge hinführt, nicht als so gar originell gelten lassen. Diese Einschränkung vermag aber nicht an der vollen Anerkennung der breitangelegten Studie über das Judentum als landschaftskundliches-ethnologisches Problem zu rütteln. Vom fruchtbaren Gedanken bis zu seiner Durcharbeitung bis in die letzten Konsequenzen ist doch noch ein Weg. Diesen Weg erstmalig

gegangen zu sein, ist das große Verdienst Passarges. Es war auch wohl richtig, bei einem so heiklen Problem, im Bestreben, Grundlagen der Untersuchung zu bieten, weit auszuholen, wie er es in den einleitenden Kapiteln und auch später getan hat. Passarge kommt in dem ersten großen Kapitel, das er einer vergleichenden Betrachtung der Nachbarrassen und der der anthropologischen Merkmale der Juden widmet, nochmals zu dem Schluß, daß das jüdische Problem kein Rassenproblem ist. Nach einer abermals allgemeinen Einleitung über Kultugesetze und Abhängigkeit der Entwicklung des Charakters von Landschaft und Kulturstufe und der Erörterung der allgemeinen ethnologischen Grundlagen wird die Lösung des ethnologischen Problems des Judentums auf landschaftskundlicher Grundlage vorgenommen. Im Gange der Betrachtung zieht Passarge die Kreise allmählich enger. Er geht aus von Landschaft und Mensch im Orient im allgemeinen, wendet sich dann Palästina im speziellen zu. Für die Ausbildung der Lebensformen des orientalischen Menschen spielt der Dualismus von Stadt- und Gebirgslandschaft eine große Rolle. Es entstehen Sarten und Antisarten, primäre und sekundäre Fundamentalcharaktere. Freilich nicht aus der einfachen Zweiteit dieser landschaftskundlichen Grundlagen, sondern nur aus ihrer Bedeutung für die einzelnen Phasen der jüdischen Kultur und im besonderen der Religionsentwicklung kann die Eigenart des Judentums verstanden werden. Einer solchen Analyse wird von dem Verfasser eindringlichste Beachtung geschenkt. Besonders beschäftigt ihn das landschaftskundlich-ethnologische Problem bei der Entwicklung der Jahvereligion, die abschließend im Rahmen eines ethnologischen Religionssystems gewertet wird, und des Ghettos, das alte Formen des Judentums außerordentlich lebenskräftig bis in jüngste Zeiten bewahrt hat. Referent muß es natürlich dahingestellt sein lassen, ob dem Verfasser die Auslegung der Bibel und der herangezogenen anderen jüdischen Quellen gelungen ist. Dabei hat er allerdings den Verdacht, daß manches, was bild-

lich, rein geistig, gemeint war, natürlich aus der Anschauungswelt des jüdischen Orients erwachsen ist, von Passarge zu konkret gefaßt wird. Wie dem auch sein möge, so darf dieses Buch unstreitig eine ganz besondere Bewertung verlangen, sowohl als landschaftskundlich-ethnologische Untersuchung eines Kulturproblems überhaupt wie im besondern als eine Analyse des Judentums, wie sie bisher noch nicht vorliegt. Diese Stellung könnte es sich um so leichter erobern, wenn der Satz zuträfe, der sich im Vorwort findet: „Noch niemals habe ich eine wissenschaftliche Schrift so leidenschaftslos geschrieben wie diese, und es dürfte wenige Schriften geben, die so gänzlich jedes Gefühl auszuschalten sich bemühen.“ Es ist schon eigenartig, wie ein so vortrefflicher Beobachter und Analytiker wie Passarge einer solchen Selbsttäuschung verfallen kann!

Léon de Poncins: Judentum und Weltumsturz. II. Teil von Hinter den Kulissen der Revolution. 199 S. Berlin (Schlieffen-Verlag) 1929. Kart. 3,— M., geb. 4,— M.

Das Buch kündigt sich als eine populäre Einführung in die Jugendfrage an. Populär heißt hier unwissenschaftlich. Solche Bücher wie dieses sollten nicht geschrieben werden. Denn es ist nichts anderes als eine Zusammenstellung z. T. recht unkontrollierbarer („folgende, von einer ungarischen Dame während der Bolschewistenherrschaft gemachte Niederschrift gibt ausgezeichnet den Eindruck wieder . . .“ So sehen nicht selten die Quellen aus!) Belege für die umstürzlerische Aktivität der Juden. Es ist die bekannte Stellung der Frage, die gar viele beschäftigt, deren Beantwortung aber weder statistisch noch sonst rein objektiv versucht wird.

Kalender des Auslandsdeutschtums 1930, herausgeg. von dem Deutschen Auslandsinstitut Stuttgart. 2,— M.

In reicher Ausstattung liegt wieder der Kalender des Auslandsdeutschtums vor, der als zweckdienliches Mittel zur Kräftigung der Verbundenheit des Deutschtums in der Welt angesehen werden muß.

Richard Frankenberg: Das Grenz- und Auslandsdeutschtum im Geschichtsunterricht. Der neue Geschichtsunterricht Bd. 4. 69 S. Leipzig und Berlin (B. G. Teubner) 1930. Kart. 2,60 M.

Mit Recht stellt die Schule mehr denn je die praktischen Erfordernisse des politischen Tages in den Vordergrund. Sowohl in der Geographie wie in der Geschichtsstunde muß in dem Sinne dem Deutschtum besondere Beachtung geschenkt werden. Für den Unterricht in der Geschichte gibt der Verfasser wertvollste Anregungen. Er weist die Hilfsmittel nach, bespricht Stoffauswahl und Einordnung und widmet den wesentlichen Teil seiner Schrift der Stoffbehandlung selbst an einigen Beispielen. Auch jenseits der Schule verdient das Büchlein Beachtung.

Wahrhold Drascher: Auslandsdeutsche Charakterbilder. XII u. 178 S. Stuttgart (Strecker und Schröder) 1929. Geh. 5,— M., geb. 7,— M.

Es ist wohl richtig gewesen, auch lange vor dem Abschluß der wissenschaftlichen Erforschung des Auslandsdeutschtums, diese reizvollen Charakterbilder zu bieten. Man wird vielleicht, wenn man die Frage dieses 30 Millionen und vielleicht mehr umfassenden Deutschtums besonders lebensvoll beantworten will, zur Zeit gar keinen anderen Weg wählen können, als zu solchen Schilderungen von Typen. So entwirft Drascher Skizzen vom hanseatischen Kaufmann, dem Kolonialdeutschen, dem Diplomaten, dem Abenteuerer, dem Auswanderer, der deutschen Frau im Ausland. Er bespricht die Stellung des Auslandsdeutschen allgemein als Volks- und Staatsbürger, kennzeichnet damit den oft nicht glücklichen Dualismus, der durch das Leben, und gelegentlich auch durch das Wesen des Auslandsdeutschen geht, und schenkt dann noch dem auslandsdeutschen Führer Beachtung. Wenn auch nur typisch gezeichnet, so sind es doch lebensvolle Bilder, die Drascher vorzüglich gelungen sind.

Walter Sulzbach: Nationales Gemeinschaftsgefühl und wirtschaftliches

Interesse. V u. 152 S. Leipzig (C. L. Hirschfeld) 1929. Kart. 6,— M.

Sulzbach geht in seiner Abhandlung von dem Gegensatz nationaler und wirtschaftlicher Interessen aus und weist darum die marxistische Anschauung zurück, daß der Nationalismus und Imperialismus nichts anderes als ein Überbau für wirtschaftlich-kapitalistische Interessen sei. Im Psychischen sieht er die Grundmotive des Imperialismus. Es hätte allerdings der Abhandlung nichts geschadet, wenn sich ihr Verfasser bemüht hätte, den Staat auch als ein bodenständiges Objekt zu betrachten. Bei der Durcharbeitung der einschlägigen Literatur hätte er nicht nur Gesetze gefunden, die angeblich von den „Geopolitikern des neunzehnten Jahrhunderts“ entdeckt worden sind, sondern er hätte gemerkt, daß auch seine eigenen Gedanken in der ihnen spezifischen Problemstellung schon einmal gedacht worden sind.

David Koigen: Der Aufbau der sozialen Welt im Zeitalter der Wissenschaft. Umriss einer soziologischen Strukturlehre. XII u. 147 S. Berlin (Carl Heymanns Verlag) 1929. Kart. 7,— M., geb. 8,— M.

Koigen geht von der Voraussetzung aus, daß das soziale Geschehen eine bestimmte Grundauffassung aufweise. Aus ihr ergibt sich ihm die Zielsetzung, nach diesem sozialen Aufbau der Welt zu forschen. So sucht er in diesem Buch „durch das vielgestaltige Geschehen und mannigfaltige Treiben der Menschen hindurchzusehen in die Strukturen, die die Grundstruktur der sozialen Welt konstituieren“. Es wird dabei geschieden zwischen einer schlechthin sozialen Welt und einem soziologischen Makrokosmos, hinter dem sich die erstere sozusagen verborgen hält, ohne daß sie aber aufhört zu sein. Sie wird durch einen sozialen Handlungsvorgang zum Ausdruck gebracht, der in einem sozialen Wirkungsfeld in seinen Grundzügen zu erforschen und darzustellen ist. Auf die Erkenntnis solcher Strukturgesetze hat es Koigens Struktursoziologie abgesehen. Ihre letzte Konsequenz ist in der Erfassung des soziologischen Weltbildes zu sehen. Das ist etwa die Grund-

einstellung des tiefen, aber sehr abstrakt geschriebenen Buches.

Heinz Klob: Nebensprachen. Eine sprachpolitische Studie über die Beziehungen engverwandter Sprachgemeinschaften. 60 S. Wien und Leipzig (W. Braumüller) 1929. Geh. 2,40 M.

Es ist eine sprachpolitische Studie, die besonders von der Bedeutung und den Entwicklungsmöglichkeiten von Niederländisch, Jiddisch, Afrikanisch, Friesisch, Pennsylvania-deutsch im Verhältnis zur deutschen Grundsprache handelt.

Wilhelm Medinger: Die Krise des Parlamentarismus. 53 S. Wien und Leipzig (W. Braumüller) 1929. Brosch. 1,50 M.

Die vorliegende Schrift ist ein Bericht über die internationale Diskussion, die von der Interparlamentarischen Union veranstaltet worden ist. Verfasser sieht die Ursache der Krise in der Überspannung der Parlamentsaufgaben, der die meisten Parlamentarier nicht gewachsen sein können, im Unzulänglichen des Parteiwesens, vor allem aber im Fernbleiben der Intelligenz vom politischen Schauplatz.

Ernst Mann: Weib und Waffe. Weimar (Gerhard Hoffmann) 1929.

Das Weib und der Krieg der Zukunft (allgemeiner Schutz für Weib und Kind; keine Amazonenkorps, aber Selbstschutz der hochgearteten Frau), der Kampf um das Weib (das Weib ist mit der Demokratisierung gesunken; Erhaltung der Kriegstüchtigkeit; rassenhygienische und sittliche Bedeutung des Zweikampfes), der gute Ton in den guten Familien (Ablehnung der christlich-bürgerlichen Sitten, Ideal wird in der Gattenwahl der Kriegerstämme gesehen), Religion und Kriegerum sind die Themen, die in einem recht wirklichkeitsfremden Sinn, bei gleichzeitig sehr einseitiger Blickrichtung nach nordischem Edelmenschenum hin vorgetragen werden.

Richard, E. Byrd: Himmelwärts. Meine Flüge zum Nordpol und über den Atlantik. Sammlung Reisen und Abenteuer Nr. 48. Mit vielen Abbildungen und Karten. 159 S. Leipzig

(F. A. Brockhaus). Halbleinen 2,80 M., ganzleinen 3,50 M.

Byrds Name steht im Augenblick im Zentrum des Interesses derer, die an den Entdeckungstaten der Gegenwart vollen Anteil nehmen. Wer den kühnen Flügen des Amerikaners zum Südpol gedanklich folgt, wird gern etwas über seine früheren Taten wissen wollen. Diesem Wunsch kommt jetzt die kleine Autobiographie, die verdienstlicherweise der Verlag Brockhaus in seiner Sammlung Reisen und Abenteuer bringt, bequem entgegen. Byrd erzählt von seiner frühen Entwicklung, seinen ersten Flügen über dem Weltmeer, dem zum Nordpol und dem über den Atlantik.

Alfred Vierkandt: Staat und Gesellschaft der Gegenwart. Eine Einführung in das staatsbürgerliche Denken und die politische Bewegung unserer Zeit. 3. verbesserte Auflage. Sammlung Wissenschaft und Bildung Nr. 132. 151 S. Leipzig (Quelle & Meyer) 1929. Geb. 1,80 M.

Der bekannte und geschätzte Leitfaden liegt in dritter Auflage vor. Im ganzen ist sein Grundcharakter gegenüber den früheren Auflagen gewahrt geblieben. Aber im einzelnen hat er die mannigfachen Wandlungen mit durchgemacht, die die Zeit seit der ersten Auflage (1916) durchlebt hat. Ganz besonders ausgebaut worden ist das Schlußkapitel unter der Einsicht, daß mit der Jahrhundertwende ein neues Zeitalter hereingebrochen ist. Vierkandts Schrift darf auch in dieser neuen Ausgabe nachdrücklichste Empfehlung verlangen.

Karl v. C. Loesch: Völker und Staatsauffassungen. Gedanken über das unterschiedliche Staatsdenken diesseits und jenseits der romanisch-deutschen Völkergrenze. Deutsche Rundschau Jg. 55. S. 187—202.

„Die Klammer, welche Schrift- und Kultursprache für das Volkstum bildet, muß freilich fest sein, sonst kommt es zur Bildung von Sondervolkstümern. Diese Klammer soll aber den natürlichen Nährboden des Stammlich-Mundartlichen nicht ersticken. Daher die Eigenart und Schwierigkeit der Problemstellung, die den Romanen eben mangels Achtung vor dem

Gewachsenen und Ursprünglichen der sprachlich-stammlichen Kleinheit und der örtlichen Tradition fehlt. Hier liegt politisch-psychologisch der springende Punkt. Daraus folgt auf großpolitischem Gebiet mehr als meist angenommen wird: die Einstellung der Staaten zur Sprachenfrage, ihre Kulturauffassung“. Das ist der fruchtbare Gedanke des Aufsatzes, der beweisend durchgeführt wird an einer Skizze der Sprach- und Volksgeschichte der Romanen.

Georg A. Lukas: Geopolitik und politische Geographie mit besonderer Rücksicht auf deutsches Land und Volk. Mit 15 Karten und 2 Skizzen. 58 S. Graz (Hamerlingbuchhandlung Stefan Poß) 1929. Brosch. 2,20 M.

Die Gedanken der Geopolitik, die einleitend kurz analysiert werden, werden auf Deutschland und das Deutschtum in sehr geschickter, überzeugender Weise angewendet. Das Deutsche Viereck und die Stellung Österreichs darin, das Problem von Rhein, Weichsel, Donau, die Verstümmelung des Reiches durch Versailles, der geopolitische Schaden und Nutzen des Kriegsausgangs für Österreich, die Anschlussfrage und das deutsche Gleichgewicht, die tirolische und die böhmische, die elsass-lothringische und die burgenländische Frage werden vortrefflich skizziert und in ihrer Bedeutung durch das Kartenbild veranschaulicht. Ein paar Ausblicke in die übrige Welt schließen das Heft, das nachdrückliche Empfehlung verdient.

Hugo Hassinger: Können Kapital, Volksvermögen und Volkseinkommen Gegenstände wirtschaftsgeographischer Betrachtung sein? Geographischer Jahresbericht aus Österreich. 14. u. 15. Bd. 1929. S. 58—76. Leipzig und Wien (Franz Deuticke).

Hassinger schneidet dabei eine Frage an, die bisher in der rein wirtschaftsgeographischen Literatur kaum einmal aufgeworfen worden ist. Er verneint diese Frage. Dagegen erkennt er aber die Notwendigkeit, die Ergebnisse der sozialökonomischen Forschungen über diese Gegenstände für geographische Zwecke räumlich aufzubereiten und in den Dienst der erklärenden Geographie zu stellen.

Hans Anstein: Rund um die Welt in zwanzig Monaten. Geschaut und Gehört auf einer Missionsstudienreise. Mit 87 Abb. auf 23 Bildertafeln u. 1 Übersichtskarte. 224 S. Stuttgart und Basel (Evangelischer Missionsverlag) 1929. Kart. 5,50 M., geb. 6,50 M.

Die Reise wendet sich besonders dem asiatischen Missionsfeld zu: Britisch-Indien samt Ceylon, Hinterindien, Niederländisch-Indien, China, Korea, Japan, von wo der Verfasser die Heimreise über Hawai und die Vereinigten Staaten antrat. Der Bericht ist alles andere als die Schilderung einer einfachen Weltreise. Es kam Anstein darauf an, zu zeigen, wie sich das Wort Gottes verbreitet, und wie es die Völker erfaßt. Unter diesem Gesichtspunkt ist alles gesehen, und das gibt dem Buch seinen eigenartigen Wert. Reich angebaute Äcker und Brachfelder der Mission ziehen in buntem Wechsel an dem Leser vorüber; und er lernt auch Gebiete mit fanatischer Abwehr gegen das Wort des Christengottes kennen.

Colin Roß: Die Welt auf der Wage. Der Querschnitt von 20 Jahren Weltreise. 188 S. Leipzig (F. A. Brockhaus) 1929. Geh. 3,25 M., Geb. 4,— M.

Durch Erfahrungen und Erlebnisse in allen Erdteilen ist dieses Buch allmählich gewachsen und herangereift, und namentlich dem Vergleich zwischen den Verhältnissen der Vorkriegs- und denen während der Nachkriegsreisen ist der befruchtende Impuls zu seiner Gestaltung entsprungen. Roß bezeichnet es selbst als „zu Ende gedachte Gedanken“. Man denkt diese Gedanken gern noch einmal mit, wenn man vielleicht auch nicht überall zu dem gleichen Resultat kommen wird. Vermutlich ist aber auch der Verfasser gar nicht der Überzeugung, daß jeder Leser gerade so denken müsse wie er. Entschieden beruht der Hauptwert des Buches im Aufzeigen der Punkte, über die der nachzudenken hat, der sich um die Kräfte der Entwicklung kümmern will, die die nächste und fernere Zukunft gestalten. Diese Stellen weiß Colin Roß mit bewundernswerter Findigkeit aufzuweisen und sie in der Mehrheit der Fälle in der richtigen Beleuchtung dem Leser zu präsentieren. Geeignet zu solcher Verwendung, muß dieses Buch als ein äußerst wertvolles bezeichnet werden.

Der moderne Führer

durch die Literatur aller Zeiten und Völker: Aufsehenerregend in seiner umwälzenden Methode ist das in Lieferungen neu erscheinende

„HANDBUCH DER LITERATURWISSENSCHAFT“

herausgegeben in Verbindung mit ausgezeichneten Universitätsprofessoren von Professor Dr. Oskar Walzel-Bonn. — Mit etwa

3000 Bildern

in Doppeltondruck
u. vielen Tafeln z. T.
in Vierfarbendruck.

7,- Rmk.

Gegen monatliche Zahlungen von nur

Urteile der Presse: „Das unentbehrliche Handbuch für jeden Gebildeten“ (Essener Allg. Ztg.). — „Ein gewaltiger Dienst am Volksganzen wird geleistet“ (Deutsche Allgemeine Zeitung). — „Eine monumentale Geschichte der Dichtung“ (Vossische Zeitung).

Man verlange Ansichtssendung Nr. 53a von

ARTIBUS ET LITERIS G. M. B. H., BERLIN-NOWAWES

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Verlages Freytag & Berndt bei.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Professor Dr. Maull, Graz, Hilmteichstr. 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinkel Verlag G. m. b. H., Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig / Alfa-Papier von E. A. Geese, Berlin SW 68

Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie

Herausgegeben von Rich. Thurnwald,
Professor an der Universität Berlin

Erscheinungsweise: Jährlich erscheinen vier Hefte im Umfange von je acht Druckbogen, und zwar im März, Juni, September und Dezember.

Kosten: Preis pro Jahrgang RM. 18.—, einzelne Hefte RM. 5.—.

Vorteile für die Bezieher: Auf Wunsch kann der Bezugspreis auch viertel- oder halbjährlich überwiesen werden.

Inhalt: Jedes Heft enthält 3—4 größere Abhandlungen. Besonderer Wert wird darauf gelegt, die Leser an Hand der wichtigsten Neuerscheinungen durch Besprechungen und Berichte über den jeweiligen Stand der Völkerpsychologie und Soziologie und ihrer weitverzweigten, schwer zu überschenden Hilfswissenschaften fortlaufend zu unterrichten.

Urteile aus dem Leserkreis: „Die ‚ZVS‘ ist mir unbedingt wertvoll, weil sie der soziologischen Arbeit das Hilfsmittel eines breiten völkerpsychologischen Anschauungsmaterials zur Verfügung stellt. Ganz besonders aber schätze ich den umfassenden Referatenteil, dessen Gediegenheit und Ausführlichkeit die Zeitschrift in die vordere Reihe der sozialwissenschaftlichen Revuen rückt.“
Prof. L. H., Kiel.

„Die von Universitätsprofessor Thurnwald, Berlin, herausgegebene ‚ZVS‘ ist die wertvollste, bestens redigierte, schön ausgestattete Zeitschrift unter den soziologischen.“

Ein Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Bestellen Sie heute noch ein Probeheft mit ausführlichem Prospekt

C. L. Hirschfeld / Verlag / Leipzig C 1

DREI PUNKTE

1.

empfehlen den GROSSEN BROCKHAUS Handbuch des Wissens in 20 Bänden zur Anschaffung.

DER GROSSE BROCKHAUS

ist das größte, unbedingt zuverlässige moderne deutsche Nachschlagewerk mit über 200000 Stichwörtern, etwa 42000 Abbildungen, Karten und Plänen im Text und auf etwa 2300 bunten und schwarzen Tafel- und Kartenseiten.

2.

DER GROSSE BROCKHAUS

ist auf das praktische Leben eingestellt, er bringt keine weltfremde Wissenschaft, sondern gibt Auskunft auf alle Fragen, die den Menschen von heute angehen. Er gehört daher in jede Familie, in jedes Büro, in die Hand jedes Gebildeten.

3.

DER GROSSE BROCKHAUS

ist objektiv und steht über allen Parteien. Strenge Sachlichkeit in allen Fragen der Weltanschauung, Religion und Politik. Er ist daher das Nachschlagewerk jedes Deutschen - innerhalb und außerhalb des Reiches.

Bandweises Erscheinen - günstige Zahlungsbedingungen. Etwa alle 4 Monate ein Band, daher bequeme Ratenzahlung.



Alte Lexika können in Zahlung genommen. Näheres in den Buchhandlungen und durch die Broschüre "DER BROCKHAUS neu von A-Z".

F. A. BROCKHAUS · LEIPZIG

Ich ersuche um kostenlose, portofreie und unverbindliche Zusendung der Broschüre:
DER GROSSE BROCKHAUS
neu von A-Z.

NAME UND STAND

ORT UND STRASSE